

# KoBra Brasilicum

in Zusammenarbeit mit



Ausgabe 233\_234 | April 2014

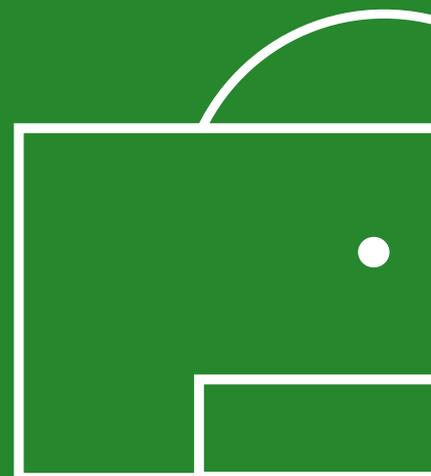
## Wie der Fußball Brasilien mit Füßen tritt



Stadtbevölkerung im Abseits  
*Proteste und das Recht auf Stadt*

Brot oder Spiele  
*Profiteure der Megaevents*

Platzverweise  
*Wer protestiert, fliegt vom Feld*



## **Stadtbevölkerung im Abseits – Proteste und das Recht auf Stadt**

- 04 Copa para tod@s! Eine Fußballweltmeisterschaft für alle?  
*Manuel Armbruster*
- 07 Wenn die Stadt auf die Straßen geht  
*Carlos Vainer*
- 11 Copa para quem? – Wem nützt die Weltmeisterschaft?  
*ANCOP - Landesweites Netzwerk der WM-Basiskomitees*
- 13 Stadionbau und Bannmeilen – Eine Verlust- und Gewinnrechnung  
*Uta Grunert*
- 15 Im Kampf gegen das Modell der Ausgrenzung – Interview mit Argemiro Ferreira de Almeida  
*Michael Althaus*
- 19 „Recht auf Stadt“ – mehr als nur ein guter Slogan  
*Andrej Holm*

## **Brot oder Spiele – Profiteure der Megaevents**

- 21 Neoliberalisierung im Trikot. Die FIFA als neokommunitäre Ernüchterung  
*Volker Eick*
- 24 „Brasilien brummt“ – Deutsch-brasilianische Wirtschaftsinteressen vor dem Hintergrund von industriellen Großprojekten – und der Widerstand dagegen  
*Christian Russau*
- 30 Fair statt foul – im Sport und in der Wirtschaft  
*Markus Dufner*

## **Platzverweise – Wer protestiert, fliegt vom Feld**

- 33 Brasilien trainiert für Olympia und WM: Mit Panzern, Wasserwerfern und Kleinkalibern  
*Christian Russau*
- 35 „Anti-Terror-Gesetz atmet Geist der Militärdiktatur.“ Interview mit João Tancredo  
*Cátia Guimarães*
- 39 Hexenjagd für's Fußballfest  
*Niklas Franzen*
- 42 Ist der Gigant eingeschlafen?  
*Igor Birindiba Batista*
- 46 Die Stadt im Ausnahmezustand  
*ANCOP - Landesweites Netzwerk der WM-Basiskomitees*
- 49 Öffentliche Sicherheit  
*ANCOP - Landesweites Netzwerk der WM-Basiskomitees*



# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

bei der Vergabe der Männer-Fußball WM 2014 nach Brasilien schien noch alles in trockenen Tüchern. Fußballbegeisterung und 'brasilianische Lebensfreude' wurden als tragende emotionale Säulen für das sportliche Megaevent vorausgesetzt, die aufstrebende Wirtschaftsmacht Brasilien schien der idealtypische Gastgeber für die WM 2014 und die Olympischen Sommerspiele 2016 in Rio de Janeiro.

Inzwischen kommen Zweifel auf, welche Stimmung sich in Brasilien rund um die WM 2014 durchsetzen wird. „Die WM wird es nicht geben!“ lautet der Slogan der WM-Basiskomitees, die sich landesweit an allen Austragungsorten organisiert haben. Zu viele Erwartungen, die brasilianische WM zu einer für alle zu machen, sind nicht erfüllt worden. Mitverdienen am großen Fußballfest wollten zunächst Viele. Inzwischen macht sich Ernüchterung breit: Wie in Südafrika wird es in Brasilien Bannmeilen mit Sonderregelungen um die zwölf Stadien geben. Straßenhändler\*innen sind in und um die Stadien unerwünscht. Die FIFA hat über die Jahre den vollen Profit an ihrer Marke *Fußball-WM* eingefahren. Sie sichert sich dafür gesetzlich Teile des öffentlichen Raumes des Gastgeberlandes. Der Vorwurf der kritischen Stimmen richtet sich an die Regierung und die FIFA, die für das kommerzielle Megaevent gemeinsame Sache machen und dabei demokratische Grundrechte mit Füßen treten. Zwangsräumungen und städtebauliche Entwicklungen, die die Segregation der brasilianischen Gesellschaft fördern, werden vorangetrieben. Im Namen von Sicherheit und Terrorbekämpfung kommen Polizei und Militär zum Einsatz. Favelas werden tourismusgerecht in Szene gesetzt, unerwünschte Demonstrierende drohen kurzerhand von der Straße geräumt zu werden. Eine neue Welle der Repression macht sich breit, um der Welt an den Bildschirmen ein Bild der 'Ordnung' und des 'Fortschritts' zu demonstrieren.

Das aktuelle Heft ist in Zusammenarbeit mit dem *Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre* entstanden. Gemeinsam mit den Kritischen Aktionärinnen und Aktionären fordern wir, Menschen- und Arbeitnehmer\*innenrechte einzuhalten und werfen einen genaueren Blick auf die Profiteure der Megaevents.

Das vorliegende Heft ist eine erweiterte und aktualisierte Neuauflage des *Brasiliicum 222\_223*, das zum Runden Tisch Brasilien 2012 erschienen ist. Dieser stand noch unter dem Motto „Eine WM für alle!“ Damals bestand noch Hoffnung, im Gespräch mit den politischen Gremien und der FIFA ein sozial gerechtes Großereignis auf die Beine zu stellen. Nach vielen weiteren Demonstrationen, die teilweise gewaltsam von der Polizei aufgelöst wurden, gescheiterten Gesprächen und neuen, schärferen Gesetzen, ist diese Hoffnung geschwunden. Zwar gab es kleine Erfolge, aber insgesamt ist es wenige Wochen vor dem Eröffnungsspiel für eine „WM für alle“ zu spät. Argemiro Ferreira de Almeida vom WM-Basiskomitee in Salvador drückt es so aus: „Das Modell der FIFA ist ein Modell, das fatale Folgen mit sich bringt. Denn es grenzt Menschen aus, die nicht dazu gehören sollen.“ Dieses traurige Fazit ist für uns Anlass genug, die WM noch einmal kritisch zu hinterfragen, Hintergründe und Motive der Protestbewegung herauszustellen und die Folgen von Grund- und Menschenrechtsverletzungen zu beleuchten.

Die Redaktion

**Der** Jubel war groß, als am 30. Oktober 2007 der Zuschlag für die Ausrichtung der FIFA Fußballweltmeisterschaft der Männer an Brasilien ging. Fußball hat in Brasilien einen hohen Stellenwert und fungiert auf verschiedenen Ebenen als identitätsstiftender Mythos.<sup>1</sup> Die Aussichten auf die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft und der Olympischen Sommerspiele 2016 in Rio de Janeiro versetzten das Land in einen nationalen Glückstaumel. Die beiden sportlichen Großereignisse wurden zum Symbol der brasilianischen Erfolgsgeschichte und zum Sinnbild einer aufstrebenden politischen und wirtschaftlichen Großmacht, mit hohem Wirtschaftswachstum, erfolgreicher Armutszureduzierung, sozialem Fortschritt und globalem Gestaltungsanspruch. Der damalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (2003 bis 2011) und seine Nachfolgerin Dilma Rousseff (seit 2011), beide von der Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores, PT*), versprachen das größte und beste Fußballfest aller Zeiten. Sie priesen die sportlichen Megaevents als große Chance, Brasiliens Image zu verbessern und die Wirtschaft weiter anzukurbeln.

## Copa para tod@s! Eine Fußballweltmeisterschaft für alle?

von Manuel Armbruster

In den zwölf Austragungsstädten werden nach Schätzungen 600.000 ausländische und circa drei Millionen inländische Tourist\*innen erwartet, mehrere hundert Millionen weltweit werden das Spektakel an den Bildschirmen verfolgen. Das WM-Gastgeberland verspricht den Besucher\*innen und Zuschauer\*innen den vorherrschenden Klischees entsprechend „Samba, Sonne, Strand und garantierte Fußballeuphorie.“ Soziale Missstände und die Kosten der sportlichen Großereignisse werden von den politisch Verantwortlichen, dem internationalen Fußballverband (FIFA) und der Weltöffentlichkeit hingegen gerne ausgeblendet. Die Sorge um die rechtzeitige Fertigstellung der Stadien und um den Schutz der (ausländischen) Tourist\*innen vor Kriminalität finden zwar medial durchaus Beachtung, schwere Menschenrechtsverletzungen im Zuge der sportlichen Großereignisse hingegen sollen nicht die Vorfreude auf die „große Party“ trüben. Die WM wird aber kein Fest für alle sein. Um Platz zu schaffen für Stadion- und Straßen-

bauten, Schnellbuslinien und Trams, Parkhäuser und Hotels, U-Bahnen und Autobahnzubringer wurden über 250.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben oder sind von Räumungen bedroht. Viele der Vertriebenen erhielten bislang keinerlei Entschädigung. Alternativer Wohnraum wird oft nur an den Rändern der Städte angeboten, wo es kaum Arbeit, Schulen oder Gesundheitsversorgung gibt. Die Wege sind so weit, dass viele ihre bisherigen Arbeitsplätze nicht mehr erreichen können. Die Abfindungen, sofern sie überhaupt gezahlt werden, sind so niedrig, dass sie bei weitem nicht für eine angemessene Unterkunft oder den Erwerb von zentrumsnahen Grundstücken ausreichen. Straßenhändler\*innen werden aufgrund exklusiver Verkaufsrechte vertrieben und damit um ihre Existenzgrundlage gebracht, öffentlicher Raum wird privatisiert, soziale Bewegungen kriminalisiert und die brasilianische Fußballkultur weiter kommerzialisiert. In den staatlich garantierten FIFA-Sonderzonen dürfen keine Produkte gehandelt werden, die nicht in einem Sponsoring-Verhältnis zur FIFA stehen. Damit wird der Straßenhandel, der in Brasilien

eine große Tradition hat und für viele Familien die wichtigste Einnahmequelle ist, stark eingeschränkt.

Der zeitliche Verzug gegenüber den Bauplänen bildet einen geeigneten Vorwand, um in großem Umfang Zwangsräumungen durchzuführen und die Rechte der Arbeiter\*innen zu beschränken. Ende 2013 kamen innerhalb

von nur drei Wochen vier Bauarbeiter ums Leben. Einige von ihnen waren an Tagen tätig, an denen sie laut Gesetz nicht hätten arbeiten dürfen. Doch da die FIFA drängt, wird vielen Arbeitern die wöchentliche Erholungszeit nicht gewährt. Der Arbeitsrhythmus, der den Bauarbeitern auferlegt wird, sowie die Arbeitsbedingungen sind sozial nicht vertretbar. Von staatlicher Seite wird versucht, das Streikrecht zu Gunsten der „nationalen Anstrengung“ zu durchlöchern.

### Die Kosten steigen...

Bereits jetzt steht fest, dass die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien die bislang teuerste WM aller Zeiten sein wird. Nach derzeitigen Schätzungen kosten alleine die Um- und Neubauten der Stadien und die dazugehörige Infrastruktur 12,2 Milliarden Euro. Und das in einem Land, in dem rund 5,5 Millionen Wohnstätten fehlen und mindestens weitere 15 Millionen Wohnungen im urbanen Raum sich in äußerst schlechtem Zustand

befinden. Die Hauptgründe für die gestiegenen Ausgaben sind Korruption, Misswirtschaft, Fehlkalkulationen und die Sondervorgaben der FIFA. So haben sich beispielsweise die Kosten für das *Itaquerao*-Stadion in São Paulo aufgrund der FIFA-Vorgaben fast verdoppelt. Da in dem Stadion am 12. Juni 2014 das Eröffnungsspiel stattfinden wird, bei dem mehrere Staatsoberhäupter und ungefähr 18.000 akkreditierte Journalist\*innen erwartet werden, mussten eigens VIP-Bereiche und zusätzliche Fahrstühle eingebaut werden. Auch die Kosten für den Umbau des legendären *Maracanã*-Stadions in Rio de Janeiro, wo am 13. Juli 2014 das letzte Spiel der WM stattfinden wird, haben sich von 140 Millionen Euro auf 622 Millionen erhöht – Kosten, für die die öffentliche Hand einstehen muss. Erst nach der WM soll das Stadion privatisiert werden, wobei der private Investor nicht für die entstandenen Mehrkosten aufkommen wird. Obwohl das Stadion erst für die Panamerikanischen Spiele 2007 renoviert wurde, war der erneute Umbau auf Verlangen der FIFA notwendig geworden. Diese fordert u.a. einen höheren Sicherheitsstandard, modernere Sitze, Logen sowie die Konstruktion ansteigender und überdachter Sitzreihen. Hierfür wurden das Innere des Stadions komplett abgerissen und das Dach vergrößert. Durch die Neuerungen reduzierte sich die Anzahl der Sitzplätze auf 76.525.

Dementsprechend werden die Tickets teurer und ein Teil der Fan-Gemeinschaften wird die Spiele fortan nur noch außerhalb des Stadions verfolgen können. Im Zuge der Privatisierung soll zudem das ganze Areal in ein Einkaufsparadies verwandelt werden, für die Parkplätze und Zufahrtswege müssen eine Favela, eine öffentliche Schule, weitere Sportstätten und das denkmalgeschützte Gebäude des Indigenen-Museums weichen. Die lokale Bevölkerung wurde nicht in Entscheidungsprozesse eingebunden, sondern mit intransparenten Beschlüssen konfrontiert, deren Folgen sie nun zu tragen haben. Die

Bauvorhaben in und um das *Maracanã*-Stadion verdeutlichen, wie die öffentliche Verwaltung privaten Interessen dient. Hierbei mischt nicht nur die FIFA mit. Das Indigenen-Museum steht einem Bauprojekt des Großunternehmers Eike Batista im Wege, der Parkplätze für ein neues Einkaufszentrum schaffen möchte. Mega-events wie die WM und die Olympischen Spiele sind

## Kostenexplosion Stadionbau 2009-2013

	2009 (R\$ 3,7 Mrd. = € 1,22 Mrd.)	2010 (R\$ 5,4 Mrd. = € 1,78 Mrd.)	2013 (R\$ 7,98 Mrd. = € 2,63 Mrd.)
<b>Belo Horizonte</b> <i>Mineirão</i>	unbestimmt	426,1 Mil.	695 Mil.
<b>Brasília</b> <i>Mané Garrincha</i>	520 Mil.	745,3 Mil.	1,43 Mrd.
<b>Cuiabá</b> <i>Arena Pantanal</i>	400 Mil.	454,2 Mil.	519,4 Mil.
<b>Curitiba</b> <i>Arena da Baixada</i>	unbestimmt	184,5 Mil.	265 Mil.
<b>Fortaleza</b> <i>Castelão</i>	300 Mil.	623 Mil.	623 Mil.
<b>Manaus</b> <i>Arena da Amazônia</i>	500 Mil.	515 Mil.	605 Mil.
<b>Natal</b> <i>Arena das Dunas</i>	300 Mil.	350 Mil.	350 Mil.
<b>Porto Alegre</b> <i>Beira-Rio</i>	120 Mil.	130 Mil.	330 Mil.
<b>Recife</b> <i>Arena Pernambuco</i>	500 Mil.	529,5 Mil.	529,5 Mil.
<b>Rio de Janeiro</b> <i>Maracanã</i>	430 Mil.	600 Mil.	1,19 Mrd.
<b>Salvador</b> <i>Fonte Nova</i>	400 Mil.	591,7 Mil.	591,7 Mil.
<b>São Paulo</b> <i>Arena Corinthians</i>	300 Mil.	240 Mil.	855 Mil.

Quelle: Werte in Reais. Eigene Tabelle aus Daten von [www.portal2014.org.br](http://www.portal2014.org.br) (eingesehen am 08.04.2014):

[www.portal2014.org.br/noticias/12106/CUSTO+DOS+ESTADIOS+DA+COPA+2014+DISPARA+E+CHEGA+A+R+8+BILH OES.html](http://www.portal2014.org.br/noticias/12106/CUSTO+DOS+ESTADIOS+DA+COPA+2014+DISPARA+E+CHEGA+A+R+8+BILH OES.html)

Katalysatoren und Vorwand für großangelegte städtische Umstrukturierungsprozesse. Sie schaffen für die hierin angelegte Privatisierung öffentlichen Raumes die Idealbedingungen. Zudem bieten sie Möglichkeiten für Geschäfte und die Flexibilisierung der Gesetzgebung sowie für Vorhaben der Regierung, die nicht zwangsläufig mit dem jeweiligen Großereignis zusammenhängen. Eine Art von Ausnahmezustand wird kreiert. „Die Spiele sind ein phantastischer Vorwand, um Rio zu ändern“, gestand Rios Bürgermeister Eduardo Paes in einem Gespräch mit BBC ganz offen ein.

### ... die öffentliche Hand trägt die Kosten

Ein wichtiger Faktor für die Umstrukturierung und Aufwertung attraktiver innerstädtischer Gebiete bildet ein spezielles Sicherheitskonzept. Seit 2008 kommen Einheiten der sogenannten Befriedungspolizei (*Unidade de Polícia Pacificadora, UPP*) in mehreren Favelas in Rio de Janeiro und São Paulo, bevorzugt in touristischen Gebieten, zum Einsatz. Die „Befriedung“ führt zu einer Verlagerung von Gewalt und Kriminalität in andere Stadtgebiete und zu höheren Preisen für Miete und Lebenshaltungskosten in den „befriedeten“ Gebieten. Dies befördert wiederum Prozesse der Verdrängung der bisherigen Stadtteilbevölkerung. Da es neben dem militärpolizeilichen Einsatz an langfristigen, strukturfördernden und gemeinwesenorientierten Methoden mangelt, vermuten Nichtregierungsorganisationen, dass es sich hierbei lediglich um ein kurzfristiges Aufpolieren des Stadtimages für die Weltöffentlichkeit während der WM 2014 und der Olympiade 2016 handelt.

Die Nachhaltigkeit der Stadien und der angepriesenen Infrastrukturprojekte ist fraglich. Das Versprechen des Sportministers im WM-Vergabebjahr, dass der Neu- und Umbau der zwölf Stadien „keinen Cent an öffentlichen Mitteln“ kosten würde, ist schon längst Makulatur. Die Erfahrungen aus Südafrika zeigen, dass die Einnahmen bei weitem nicht die Kosten abdecken. Südafrika blieb auf 2,2 Milliarden Euro Schulden sitzen, während die FIFA 2,4 Milliarden Euro erwirtschaftete.<sup>2</sup> Damit nicht der umgekehrte Fall in Brasilien eintritt, ließ sich die FIFA vom brasilianischen Staat eine Defizitgarantie ausstellen. Sollte der FIFA ein Verlust entstehen, wird dieser durch Gelder der öffentlichen Hand ausgeglichen. Für Rio de Janeiro zeigten die Untersuchungen des Instituts für Stadtplanung der Bundesuniversität von Rio de Janeiro, dass viele der Verkehrsprojekte an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigehen und nur dem Zugang zu den Stadien und der Anbindung an die reichen Touristenviertel dienen. Die Fahrzeit von den peripheren Vierteln zu den Arbeitsplätzen im Zentrum verkürzt sich kaum. Gleichzeitig werden sozial marginalisierte Bevölkerungsgruppen noch weiter ins Abseits gedrängt. Da sich die Kosten für den Neu- und Umbau der zwölf Stadien fast

verdoppelt haben, wurden im Gegenzug Gelder zur Verbesserung der urbanen Mobilität weiter reduziert. Expert\*innen rechnen damit, dass fünf der zwölf Stadien nach dem Ende der WM zu sogenannten „weißen Elefanten“ werden könnten, also zu Sportstätten, die in ihrer Größe nicht benötigt werden und die Kommunen teuer zu stehen kommen. In Manaus beispielsweise gibt es bereits Überlegungen, die 44.000 Zuschauer\*innen fassende *Arena Amazonas* zu einem Gefängnis umzufunktionieren.

### Widerstand gegen die Großevents

Die Schattenseiten der sportlichen Großereignisse zeichneten sich für die lokale Bevölkerung bereits 2010 sehr deutlich ab, worauf sich Vertreter\*innen sozialer Bewegungen, Menschenrechtsverteidiger\*innen, Bewohner\*inneninitiativen und Einzelpersonen in allen zwölf Austragungsorten in sogenannten WM-Basiskomitees (*Comitês Populares da Copa*) zu organisieren begannen. Die landesweit vernetzten Basiskomitees dokumentieren Menschenrechtsverletzungen, tauschen Informationen aus und organisieren den politischen Dialog und Widerstand gegen die staatlichen Zwangsmaßnahmen. Mit ihrem 2011 veröffentlichten Dossier „Sportliche Großereignisse und Menschenrechtsverletzungen“ haben sie in Brasilien und international für große Aufmerksamkeit gesorgt und das Thema auf die Agenda nationaler und internationaler Organisationen gesetzt. Mit dem Dossier boten sie erstmals einen detaillierten Überblick über die Vorbereitungen und die häufig unerwähnten Nebeneffekte: Kampf um Wohnraum und gegen Gentrifizierung, Einsatz für gerechte Arbeitsbedingungen im Baugewerbe und im informellen Handel, Einhaltung von Umweltschutzauflagen, Erhalt der Bürger\*innenrechte in Zeiten der Militarisierung öffentlicher Sicherheit und Teilhabe der Bevölkerung an den Spielen in ihrem Land. Mit jeder Neuauflage des Dossiers mussten einige Faktoren, wie etwa die Zahl der Zwangsgeräumten von ursprünglich 150.000 (2011) auf mittlerweile 250.000, zu einem schlechteren Wert hin korrigiert werden. Dennoch konnten auch einige Erfolge erzielt werden, wie Cláudia Fávaro vom WM-Basiskomitee

in Porto Alegre darlegt: „In Natal waren knapp über 1000 Umsiedelungen vorgesehen, es werden 30 sein. In Fortaleza hatten wir eine ganze Gemeinde, die nun nicht umgesiedelt wird,



„Ich freue mich auf die Weltmeisterschaft und denke, dass dadurch gute Investitionen getätigt werden. Allerdings glaube ich, dass ein Teil des Geldes für korrupte Machenschaften drauf geht. Außerdem werden Menschen für die WM von ihren Wohnorten auf den öffentlichen Plätzen São Paulos vertrieben und so vor den Touristen versteckt.“

*Marcos Antonio Simão, 52, hat ein Jahr auf der Straße gelebt, bevor er vor fünf Monaten in einer Obdachlosen-Herberge untergekommen ist.*

wir konnten die Trassenführung ändern. In Porto Alegre gelang es uns, Gelände zu enteignen um Sozialwohnungen zu bauen.“ Auch im Kampf gegen die Kommerzialisierung und Verdrängung von Straßenhändler\*innen gibt es Erfolge zu vermelden. In Salvador da Bahia beispielsweise wurde das auf Verlangen der FIFA ausgesprochene Verbot des Verkaufs der traditionellen Acarajé (Fischtörtchen) im Umkreis von zwei Kilometern des Stadions nach zahlreichen Protesten letztendlich doch genehmigt.

### Massenproteste gegen soziale Missstände

Zu einem besonderen Schub an nationaler und internationaler Öffentlichkeit führten die Proteste während des *Confederations Cups* im Juni 2013. Eigentlich sollte das Fußballturnier zur Generalprobe für die WM werden, doch stattdessen ließen hunderttausende Menschen auf den Straßen den Fußball zeitweise zur Nebensache werden. Bei der Eröffnungspartie wurden der FIFA-Präsident Joseph Blatter und Dilma Rousseff im Stadion ausgepiffen. Die Proteste richteten sich unter anderem gegen die enormen Investitionen zugunsten der Fußballweltmeisterschaft, gegen Korruption, gegen soziale Ungerechtigkeiten, die Zwangsräumungen in Stadionnähe und die Erhöhung der Preise im Nahverkehr. Landesweit kam es in über hundert Städten zu Protesten, aber vor allem in den urbanen Zentren und besonders in den zwölf WM-Austragungsstädten konzentrierten sich Proteste und Unzufriedenheit.<sup>3</sup> Auf den Demonstrationen waren oft die Slogans „FIFA go home“ und „Die WM wird es nicht geben“ zu hören und zu lesen. In São Paulo versammelte sich ein Bündnis aus verschiedenen Gruppen zu einer Demonstration unter dem Motto „Ich verzichte auf die Weltmeisterschaft. Ich will Geld für Unterkunft, Gesundheit, Bildung und Transport mit Qualität.“ Die Proteste zeigen, dass die WM kein Symbol für die brasilianische Erfolgsstory, sondern vielmehr ein Symbol für die sozialen Kosten des Aufstieges zum Global Player ist. Eine WM für alle wird es nicht geben. ■

\* Manuel Armbruster arbeitet im Koordinationsteam von KoBra e.V. in Freiburg.

- 1 Vgl. Fatheuer, Thomas (2014): Brasilien. Land des Fußballs. Debatten über einen identitätsstiftenden Mythos. In: *iz3w*, 340, D. 22-24
- 2 Grunert, Uta: Ungefragt überplant. In Brasilien führen die Vorbereitungen zur Männer-Fußball-WM zu Vertreibungen. In: *Brasilicum*, 222/223, S.4
- 3 Woldering, Yôko: Die Protestwelle und der Stand der Dinge in den WM-Austragungsstätten. Online abrufbar unter: [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org).

## I. Der Funken und der Flächenbrand

1.1. Für sie alle kamen die Massenproteste, die nicht nur das Antlitz, sondern auch das Alltagsgeschehen unserer Städte in den vergangenen Wochen verändert haben, vollkommen überraschend: Machthaber\*innen, Politiker\*innen aller Couleur, Journalist\*innen, politische Chronist\*innen und sogar Sozialwissenschaftler\*innen. Durch die Geschwindigkeit, mit der sich die Proteste ausgeweitet haben, durch die Massen, die dabei mobilisiert wurden, und durch die Vielfalt der Themen und Probleme, die im Rahmen der Demonstrationen vertreten wurden, haben diese einen der großen und seltenen Momente der brasilianischen Geschichte heraufbeschworen: Sie manifestieren Veränderungen und Brüche, die auf der politischen Agenda bislang unvorstellbar waren und rücken schließlich sogar einige soziale und politische Veränderungen in greifbare Nähe, die bislang unerreichbar schienen.

## Wenn die Stadt auf die Straßen geht

von Carlos Vainer

1.2. Ebenso überraschend ist die Art und Weise, wie diese außergewöhnlichen Ereignisse dazu führten, das Paradox einer städtischen Gesellschaft zumindest teilweise wieder rückgängig zu machen, nach dem in den letzten zehn bis zwanzig Jahren die ländlichen sozialen Bewegungen die Agenda der zivilgesellschaftlichen Bewegungen beherrschten. Während im Verlaufe des Demokratisierungsprozesses und der 1980er Jahre die Arbeiter\*innenbewegung und die städtischen Bewegungen die Widersprüche der beschleunigten Modernisierung kritisierten, die unsere Gesellschaft in den letzten 30 Jahren durchlaufen hat, begann in den 1990er Jahren die Zeit der „Verländlichung des sozialen Konfliktes“. Von da an prägten die Landlosenbewegung *MST-Movimento de Trabalhadores Rurais Sem Terra*, die Bewegung der vom Staudambau Betroffenen *MAB-Movimento de Atingidos por Barragens* und der Widerstand traditioneller Völker und Gemeinschaften gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes und ihrer Lebensweisen die Szenerie der öffentlichen politischen Arena.



„Wem nützt die WM? Dem Recht auf Stadt“  
Foto: Alderon Costa | Rede Rua São Paulo.

1.3. Denjenigen, die sich im Rahmen der öffentlichen Konflikte engagieren oder sie zumindest unterstützen, ist bekannt, dass sich im sozialen Gefüge bereits seit Längerem verschiedene, zersplitterte und fragmentierte Protestbewegungen, Unzufriedenheit und Widerstand mehren. Wie viele Versammlungen, ob nun akademischer oder politischer Art, wurden wohl bereits der Analyse und/oder dem Beklagen dieser Fragmentierung gewidmet? Wie lange schon ringen die politischen Aktivist\*innen mit der Schwierigkeit, lokale Konflikte und Erfahrungen der Auseinandersetzung an verschiedenen Brennpunkten und unter verschiedenen sozialen Voraussetzungen zusammenzuführen?

1.4. Was hat zu der heutigen Einheit geführt, die sich so viele gewünscht haben und so viele andere am liebsten vermieden hätten? Die Antwort ist vermutlich am ehesten in der Arroganz und Rücksichtslosigkeit der politischen Machthaber\*innen zu finden. Ihr sozialer und politischer Autismus, und ihre Unfähigkeit, den „alten Maulwurf“<sup>1</sup> zu bemerken, der bereits seit einiger Zeit im Untergrund des sozialen Gefüges agierte, und dem innerhalb weniger Tage gelang, was die politischen Aktivisten, Basisorganisationen und Teile der städtischen sozialen Bewegung bereits seit einiger Zeit vergebens versucht hatten: alle Unzufriedenheit, und alle Auseinandersetzungen, Forderungen und Ängste miteinander zu vereinen. Auch wenn dies nicht zum ersten Mal in der Geschichte passiert, dann doch zum ersten Mal mitten unter uns.

„Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen“,

sagte einst Mao Tse Tung.<sup>2</sup> Jede historische Analyse der derzeitigen Prozesse, sollte sich nicht auf den Funken konzentrieren, der das Feuer entzündet, sondern auf die Bedingungen, die einen Steppenbrand entstehen lassen. Denn mithilfe dieser Bedingungen lässt sich erklären, warum sich das Feuer ausbreitete. Die Steppe war, wie man jetzt weiß, trocken und bereit, sich zu entzünden.

Heute sind unsere Städte diese Steppe. Was hat sich in den letzten Jahren in unseren Städte ereignet, dass sie nicht nur zum Szenarium, sondern auch und vor allem, zum Gegenstand und Ziel des Engagements von Millionen von Menschen wurden?

## II. Die neoliberale Stadt: Unternehmen und Ware

2.1. Megaevents, Megageschäfte, Megaproteste. Unmöglich, keinen direkten Zusammenhang zwischen den immer noch andauernden Protesten und dem hohen Investitionsvolumen im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 – und im Falle Rio de Janeiros auch der Olympischen Spiele 2016 – zu sehen. Hier zeigen sich die brutale Repression und die Rasanz, mit der seitens der Medien und der Regierungen versucht wird, die Bewegungen in Angst und Schrecken zu versetzen und mundtot zu machen. Ein bedeutender Teil von ihnen war besorgt, dass verantwortungslose Jugendliche und „Vandalen“ das Image unseres Landes in einem Moment wie dem *Confederation Cup* beschmutzen, bei dem alle Augen auf unser Land gerichtet sind. Stattdessen gaben die großen Medien den Ton an: „Schlagt sie nieder!“. Und der brasilianische Justizminister kündigte in der führenden Nachrichtensendung im brasilianischen Fernsehen *Jornal Nacional*, an, staatlichen und kommunalen Regierungen nationale Truppen bereitzustellen.

Noch drastischer als die repressiven Maßnahmen sind allerdings die Umgestaltungen, die unseren Städten aufgrund der Megaevents aufgedrückt werden und die damit einhergehende Stadtplanung, die ständig aktualisiert wird.

2.2. Infolge der Übernahme neoliberaler Richtlinien und Konzeptionen, welche seit den 1990er Jahren die Beziehungen zwischen Kapital, Staat und Gesellschaft gestalteten, hatte der Akkumulationsprozess tiefgreifende Auswirkungen auf den Ort und die Rolle der „Stadt“. Un-

ter der Schirmherrschaft des keynesianischen Konsensmodells sollte die Stadt den umfassenden Bedürfnissen der Akkumulation und Zirkulation des Kapitals entsprechend regiert werden, indem der (modernistischen) Stadtplanung die Aufgabe der Rationalisierung und räumlichen Funktionalisierung anhand von Instrumenten zuteil wurde, die ab dem Zweiten Weltkrieg Verbreitung fanden: darunter vor allem Flächennutzungspläne und Zoneneinteilungen.

Unter Berufung auf den Washington-Konsens wird nun unmittelbar und direkt in die Stadt investiert, ohne Einschränkungen der Wertschöpfungs- und Finanzierungsbestrebungen des Kapitals. Die Städte präsentieren sich auf dem globalen Markt wie Unternehmen, die sich wegen der Anziehungskraft der Metropolen (und natürlich der Veranstaltungen) im Wettbewerb miteinander befinden. Und so bieten sie dem Kapital immer mehr bewegliche (*foot loose*), öffentliche Ressourcen an (Subventionen, Flächen, Steuerermäßigungen). Der Finanzkrieg ist nur eine der Folgen der globalen Urbanität, die lokale Machtkoalitionen anregt: sich um Beziehungen zu bemühen, auf nationalem und internationalem Niveau, die jeder Stadt – sprich dem Kapital und den Kapitalisten – eine, wenn auch untergeordnete, Eingliederung in den globalen Markt sichern.

**2.3.** Was zeichnet diese neue, neoliberale Konzeption der Stadt und ihre Regierung aus? Das neue Modell bringt in erster Linie, getreu dem neoliberalen Credo, den staatlichen und planerischen Anspruch der modernen Stadtplanung und seine Flächennutzungspläne auf die Anklagebank, welche neben der Art und Weise auch die Geschwindigkeiten und die Richtung des städtischen Wachstums festlegen wollen. Staatliche Eingriffe werden in der Stadt, wie in der Gesellschaft generell, als einschneidend betrachtet, da sie angeblich das freie Kräftefeld des Marktes behindern, welches mithilfe der Grundsätze des wirtschaftlichen Liberalismus die optimale Verteilung der Ressourcen sichert. *Mutatis mutandis* geht es darum, einen vernünftigen, planerischen Ansatz der Stadtpolitik aufzugeben und die staatlichen Interventionen stattdessen den Logiken, Dynamiken und Tendenzen des Marktes unterzuordnen. Der Doktrin der Weltbank folgend, geht es darum, die „marktfreundliche Planung“ (*market friendly planning*) oder auch die „marktorientierte Planung“ (*market oriented planning*) zu übernehmen.

### **III. Die Stadt im Ausnahmezustand und die direkte Demokratie des Kapitals**

**3.1.** Verwerfen wir also den Bebauungsplan und die Zoneneinteilung wegen ihrer Inflexibilität und Einschränkungen des Marktes. In der globalisierten Welt, so predigen es internationale Berater\*innen, brauchen wir den Wettbewerb der Städte: Bewegliche und flexible Mechanismen, die es uns ermöglichen, die „Fenster der Möglichkeiten“ (*windows of opportunities*) nutzen zu können. Anstelle von Regulierung und von Verhandlungen von Fall zu Fall, von Projekt zu Projekt, haben wir in der Realität nun das, was der französische Stadtplaner François Ascher so treffend als „ad hoc Stadtplanung“ bezeichnete.<sup>3</sup>

In Brasilien wurde das neue Konzept in Gestalt des Stadtstatuts „Gemeinschaftliche städtische Operation“ eingeführt (Gesetz 10.257 Art. 32 vom 10. Juli 2001), welches auch die Genehmigung von Projekten erlaubt, die der geltenden städtischen Gesetzgebung entgegenstehen.

**3.2.** Flexibel, verhandelbar, verhandelt: Die unternehmerische Stadt erneuert sich ständig durch öffentlich-private Partnerschaften und durch neue Formen der Beziehung zwischen Staat, privatem Kapital und Stadt. Passend zur „Stadt im Ausnahmezustand“ entwickelte sich eine Art „direkte Demokratie des Kapitals“.

**3.3.** Die Stadt der Megaevents prescht vor, intensiviert und schafft so die „Stadt im Ausnahmezustand“ und die „direkte Demokratie des Kapitals“. Die FIFA und das Internationale Olympische Komitee sind wahre internationale Monopole. Nationalen Unternehmen und lokalen Interessen verbunden, empfangen sie die städtische Regierung: Steuerermäßigungen, Werbemonopol und ein Monopol für Sportausrüstungen, finanziert aus öffentlichen Geldern. Sie sind neoliberal und schwören auf den freien Markt, lieben aber das Monopol!

Mit dem „Allgemeinen Gesetz zur Fußball-WM“<sup>4</sup> wurden neue Rechtsvorschriften geschaffen, die die im Gesetz Nr.10.671/03 festgelegte Fanstatute zur Wahrung der Rechte der Fußballfans verletzen. Auch die Rechte der Konsument\*innen werden durch das Monopol für Dienstleistungskonzessionen in den städtischen Gebieten verletzt. Ebenso verletzt werden durch die Zwangsvertreibungen von etwa 200.000-250.000 Menschen in den Austragungsstädten das „Recht auf Wohnen in Würde“ und das „Recht auf Stadt“. In den städtischen Gebieten, für die finanzielle Mittel, neue Gebäude und Mobilitätsprojekte vorgesehen sind, sieht sich die ärm-

ste Bevölkerungsschicht einer gigantischen ethnischen und sozialen Säuberungswelle ausgesetzt. Diejenigen, die dort unerwünscht sind, werden in die Peripherie geschickt, wo sie dann zu absurd hohen Kosten und unter prekären Transport- und Urbanisierungsbedingungen leben – und häufig zwei, drei oder vier Fahrstunden von ihrem Arbeitsplatz entfernt sind.

Die neoliberale Stadt hat die Probleme weiter vertieft und verstärkt, die unsere Städte in 40 Jahren exkludierender Entwicklung geerbt haben: „Favelisierung“, Informativität, prekäre und nicht vorhandene staatliche Leistungen, gravierende Ungleichheit, Raubbau an der Natur, Gewalt in den Städten, Staus und steigende Kosten im prekären öffentlichen Transportwesen sowie isolierte urbane Räume. In diesem Kontext ist die Explosion nicht überraschend – nur, dass sie so verspätet kam.

#### IV. Widerstand, Organisation und Perspektiven

4.1. Im Jahr 2005 bildete sich in Rio de Janeiro das Pan-Sozialkomitee *Comitê Social do Pan*. Während des Urbanen Sozialforums *Fórum Social Urbano* im Jahr 2010, einer Parallelveranstaltung zum Weltstadtförum *Fórum Urbano Mundial*, gefördert durch UN-Habitat, kam es zu den ersten Zusammenschlüssen, die letztlich zur Entstehung der WM-Basiskomitees und des Netzwerks der WM-Basiskomitees *ANCOP* beitrugen.

Bereits im Jahr 2011 veröffentlichte *ANCOP* ein ausführliches und zentrales Dossier mit dem Titel „Megaevents und Menschenrechtsverletzungen in Brasilien“, das sich an kommunale, bundesstaatliche und staatliche Autoritäten richtete. Überall im Land wehrten sich Gemeinden und ganze Stadtviertel gegen die Vertreibungen und prangerten die Gewalttaten an.

4.2. Lang und bezeichnend sind auch die Geschichten und Entwicklungen vieler sozialer Bewegungen in Brasilien: der Bewegung für den Nulltarif *Movimento Passe Livre*, der Bewegung der obdachlosen Arbeiter\*innen *Movimento dos Trabalhadores sem Teto*, die Vernetzung der politischen Bewegungen *Central de Movimentos Populares*, der Nationalen Bewegung des Kampfes um Wohnrecht *Movimento Nacional de Luta pela Moradia*, sowie vieler anderer Bewegungen in vielen Städten. Auch, wenn sie oft in ihrer eigenen Welt leben oder von den Ausschüssen gelockt werden, die fast nichts hervorbringen außer Schall und Rauch, arbeiten diese Bewegungen für den Erhalt des sozialen Geflechts unserer Städte. Ebenso wichtig, oder sogar noch wichtiger, ist die Anzahl der kulturellen Gruppen, innerhalb denen sich die Communi-

ties, mithilfe mannigfaltiger Ausdrucksformen, mehr oder weniger übergreifend, gegen ein soziales System und eine Stadt wenden, die ihnen Wohnraum und Transportmöglichkeiten verweigert.

4.3. Es sind diese Bewegungen und Dynamiken, die nun zum Vorschein kommen. Es weht eine frische Brise in unseren Städten und in der öffentlichen Sphäre, die noch nicht von der Ideologie des Unternehmertums und des kompetitiven Individualismus kontaminiert wurde, die das gesamte soziale Leben dominieren möchte.

Angestachelt durch die Stadt im Ausnahmezustand, durch die unternehmerische Stadt und die direkte Demokratie des Kapitals, fordern die Bewegungen diese Ideologie nun heraus. Sie wollen eine andere Stadt, einen anderen öffentlichen Raum. Die sozialen Umwälzungen, denen Brasilien und seine Städte ausgesetzt sind, eröffnen außerordentliche Möglichkeiten des Appells und der Transformation. Aber noch ist nichts entschieden. Das Spiel ist eröffnet. Und die Geschichte holt uns ein, zwinkert uns zu, und erinnert uns daran, dass eine andere Stadt möglich ist. ■

\* Carlos Vainer ist Professor am Institut für Stadtentwicklungsforschung (*Instituto de Pesquisa e Planejamento Urbano e Regional*) der Bundesuniversität von Rio de Janeiro, und Koordinator des Netzwerks zur Beobachtung städtischer Konflikte (*Rede de Observatórios de Conflitos Urbanos*) sowie der Planungswerkstatt *Núcleo Experimental de Planejamento Conflitual*.

Der Text ist erschienen unter dem Titel „Quando a cidade vai às ruas“ in *Cidades Rebeldes – Passe Livre e as manifestações que tomaram as ruas do Brasil*. São Paulo: Boitempo/Carta Maior. 2013.

Übersetzt aus dem brasilianischen Portugiesisch von Mirja Annawald.

- 1 „In den Anzeichen, die die Bourgeoisie, den Adel und die armseligen Rückschrittspropheten in Verwirrung bringen, erkennen wir unsern wackern Freund Robin Goodfellow, den alten Maulwurf, der so hurtig wühlen kann, den trefflichen Minierer - die Revolution.“ (Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Berlin/DDR 1961, Band 12, S. 3-4).
- 2 Im Jahr 1930 verfasster Text, der das berühmte Rote Buch umfasste, welches zur „Bibel“ der ersten Etappe der kulturellen Revolution wurde.
- 3 „Der Neo-Urbanismus zieht die Verhandlung und den Kompromiss der Anwendung der Mehrheitsregel vor, den Vertrag dem Gesetz, und die ad-hoc-Lösung der Norm.“ (Ascher, François; Les nouveaux principes de l'urbanisme. La fin des villes n'est pas à l'ordre du jour, Paris, Éditions de l'Aube. 2001:84).
- 4 Siehe Seite 47 in diesem Heft.

**A**ls die WM-Basiskomitees den Autoritarismus, die Betrügereien und die Verletzungen der Menschenrechte zu hinterfragen begannen, schienen sie nur Pessimisten zu sein, die einfach die Freude ihrer Landsleute im „Land des Fußballs“ nicht sehen wollten. Das war übrigens schon vor drei Jahren, der Widerstand ist also nicht erst von heute.

## Copa para quem? – Wem nützt die Weltmeisterschaft?

von ANCOP - Landesweites Netzwerk der WM-Basiskomitees

Heute, Anfang 2014, fragen sich viele: Wem nützt eigentlich die Weltmeisterschaft? Die Bürger\*innen im Land des Fußballs lassen sich nicht mehr so leicht täuschen, nur wenige glauben noch, dass die Weltmeisterschaft Vorteile für die Bevölkerung bringen wird. Was erleben wir in den zwölf Austragungsorten? Zwangsräumungen, Verletzungen der Rechte von Arbeiter\*innen, Ausnahmegesetzgebungen und die Zunahme sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen. Was dem Gemeinwesen gehörte, wird zerstört, um eine privatisierte Stadt zu errichten, die an den Interessen großer Unternehmen und Konzerne orientiert ist. Hinzu kommt die gewaltsame Repression des Staates und, was noch schlimmer ist, fehlender Dialog und mangelnde Sensibilität mit den Millionen Enttäuschten, die auf der Straße demonstrieren.

Die Regierungen auf staatlicher, bundesstaatlicher und kommunaler Ebene wissen, dass an der WM nur Wenige verdienen werden, und orientieren ihre Aktivitäten daran, diese Geschäfte zu schützen. Neue Spezialeinheiten innerhalb der Polizei wurden geschaffen, die neuen Dekrete und Gesetze erinnern an die schlimmsten Zeiten des Autoritarismus. Investiert wurde auch in eine billige Propaganda, die jede abweichende Meinung bekämpft und versucht, eine künstliche WM-Festtagsstimmung zu kreieren,

welche von alleine nicht aufkommen will. Gleichzeitig versucht die Regierung mit autoritären Mitteln die mit legitimen Forderungen auf der Straße demonstrierenden Brasilianer\*innen einzuschüchtern oder zum Schweigen zu bringen. Mit Unterdrückung bringt man die Stimmen jedoch nicht zum Schweigen. Statt gegen die Verletzungen der Menschenrechte vorzugehen, verschlimmert der Staat so die Situation.

Die Folgen einer Demonstration am 25. Januar 2014 in São Paulo zeigen deutlich, wie absurd die Situation inzwischen ist: 138 Festnahmen und ein Jugendlicher, der durch drei Schüsse schwer verletzt wurde, waren die Folge. Wer ist für diese Schüsse verantwortlich? Die selben Methoden der Unterdrückung, die gegen die Demonstrierenden verwendet werden, gab es auch bei den tausenden Zwangsräumungen, bei denen Arbeiter\*innen, Künstler\*innen und andere Bewohner\*innen, im Namen von Immobilienspekulation und für ein geschöntes „Brasilien-Bild“ für die Tourist\*innen, aus den Zentren der großen Städte vertrieben wurden.

Die verschiedenen biographischen Hintergründe der am 25. Januar Festgenommenen zeigen, dass die Unzufriedenen keine „reaktionäre rechte Gruppe“ sind, wie einige die Allgemeinheit glauben machen wollen. Das Thema ist komplexer, und erfordert eine umfassende Debatte über die Realisierung dieses Megaevents und die dadurch aufgeworfenen Fragen. Wenn der Staat die

Blick über São Paulo Zentrum. *Região Centro*, São Paulo, März 2013  
Foto: Shift-Photoproject | HFK Bremen.





„Ich sehe in der WM einige gute Chancen. Es werden temporäre Arbeitsplätze geschaffen und die Kultur Brasiliens in die Welt getragen. Allerdings ist das Land in Bezug auf Sicherheitsvorkehrungen oder Transportinfrastruktur für einen Mega-Event dieser Größenordnung noch nicht ausreichend vorbereitet. In beiden Bereichen fehlt es an guter Organisation und Struktur. Ich

denke dabei an die jetzt schon vorhandenen Verspätungen von Flügen oder den Ausfall von Zügen und U-Bahnen aufgrund der nicht immer perfekt gewährleisteten Wartung.“

*Carlos Soares Ricardo, 25, Sozialarbeiter.*

Menschenhandel in öffentlichen Schulen und in Hotels, die in der Nähe der Stadien und der touristischen Gebiete liegen. Dazu gehört auch die Fortbildung des Arbeitspersonals im Hotelfach und im Fremdenverkehr. Außerdem die politische Stärkung und Erweiterung von Frauen-, Kinder- und Jugendrechten und die Bekämpfung des Sex-Tourismus.

Diskussion verweigert, und mit seinen Erklärungen und Aktionen jeden Protest zu einer Polizeiangelegenheit macht, was sind dann die Errungenschaften, die wir mit der WM erreichen wollen?

Wenn auf der Straße „Es wird keine WM geben!“ skandiert wird, liegt das daran, dass die Regierungen die Frage „Wem nützt die WM?“<sup>1</sup> nur mit Aggressionen und Rechtsverletzungen beantwortet haben. Es ist weiterhin notwendig, auf die Straße zu gehen. Wir wollen keine Gewalt des Staates, sondern eine Verbesserung unserer Rechte und deren Garantie.

In den Jahren, in denen wir den Widerstand der sozialen Bewegungen unterstützt und begleitet haben, kristallisierten sich einige zentrale Forderungen deutlich heraus, deren Durchsetzung das Ziel des heutigen Kampfes ist:

**1.** Ende der Umsiedlungen und Zwangsräumungen, und die sofortige Aufnahme kollektiver Verhandlungen mit den Bewohner\*innen, mit dem Ziel der erneuten Festschreibung des Prinzips „Schlüssel gegen Schlüssel“<sup>2</sup> und die Entschädigung der schon umgesiedelten Familien.

**2.** Ende der staatlichen Gewalt und der sozialen Säuberungen der Straßen in den Zentren der WM-Städte. Für Wohnungslose fordern wir eine Politik, die ihnen Zugang zu Nahrung, Unterkunft, hygienischen Einrichtungen sowie Arbeit und soziale Unterstützung gewährt.

**3.** Sofortige Aufhebung der im Allgemeinen Rahmengesetz zur FIFA-WM vorgesehenen Bannmeilen sowie Beendigung der Strafverfolgung von ökonomischen Aktivitäten im informellen Arbeitsmarkt, sei es als Straßenkünstler\*in oder Straßenhändler\*in. Die Möglichkeiten zur Ausübung dieser Aktivitäten müssen vor, während und nach der WM garantiert werden, dabei müssen sie den selben Raum beanspruchen dürfen, wie er auch den Sponsoren der WM gewährt wird.

**4.** Kampagnen-Arbeit gegen sexuelle Ausbeutung und

mus.

**5.** Keine Einrichtung von Sondergerichten im Umfeld der Stadien. Die umfassenden Rechte von Beschuldigten müssen im legalen, juristischen Verfahren vor, während und nach der WM gleichermaßen garantiert werden.

**6.** Abschaffung des Sondergesetzes, das der FIFA und ihren kommerziellen Partner-Unternehmen Steuerfreiheit gewährt. Ebenso müssen die bisher schon im Namen der WM durchgeführten Privatisierungen rückgängig gemacht werden. Auf öffentlichen Anhörungen zur Verschuldung aller drei Regierungsebenen müssen die Kosten solcher Mega-Events und Mega-Projekte analysiert und publik gemacht werden. Dabei sollte das Ziel sein, mit der WM Vorteile für Brasilien zu erreichen anstatt ausschließlich Schulden zu machen.

**7.** Im Kongress eingebrachte Vorlagen für neue Gesetze müssen sofort zurückgezogen werden. Gesetzesänderungen, die die Straftat „Terrorismus“ neu definieren und gegen das Recht auf Demonstration gerichtet sind, kriminalisieren die sozialen Bewegungen und verstärken die Gewalt gegen die marginalisierten Teile der Bevölkerung und der Jugend.

**8.** Entmilitarisierung der Polizei und Beendigung der Unterdrückung von sozialen Bewegungen sowie die Einhaltung des in der Verfassung garantierten Demonstrationsrechts. ■

Der Text erschien am 31.01.2014 auf der Webseite der WM-Basiskomitees: [www.portalpopulardacopa.org.br](http://www.portalpopulardacopa.org.br)

Aus dem brasilianischen Portugiesisch übersetzt von Roland Müller-Hasselbeck.

1 Gemeint ist, dass eine Umsiedlung erst dann stattfinden darf, wenn der neue Wohnort wirklich gebaut wurde, beziehbar ist und den Bewohner\*innen ein Schlüssel ausgehändigt werden kann (Anmerkung des Übersetzers).

2 Aktuelle Informationen der ANCOP zum Widerstand gegen die WM finden sich über Twitter unter den Hashtags: #nãovaitercopa und #copaparaquem.

**Die** 1,7 Millionen Einwohner\*innen zählende Stadt Manaus hat eine Geschichte mit wirtschaftlichem Höhenflug während des Kautschukbooms hinter sich. Das ist lange her und vorbei. Als Hauptstadt des Bundesstaates Amazonas ist Manaus beliebter Ausgangspunkt für Reisen in den Regenwald. Wichtige Verbesserungen für den Tourismussektor und den Ausbau der Infrastruktur versprach sich die Stadtverwaltung zuletzt bei der Bewerbung als Austragungsort für die FIFA-WM. Als „Grüne Arena“ wurde das Stadion *Arena Amazônia* konzipiert, bei dessen Bau drei Arbeiter in Folge von Arbeitsunfällen ums Leben gekommen sind. Insgesamt sind bei den Bauarbeiten an den zwölf Stadien landesweit zwölf Menschen ums Leben gekommen. Anfang März wurde das Stadion in Manaus offiziell eingeweiht. Zwei lokale Vereine spielten gegeneinander, denn Manaus hat gar keine Mannschaft in der ersten Liga. Das Stadion war zur Hälfte mit Zuschauer\*innen besetzt. Während der WM

## Stadionbau und Bannmeilen Eine Verlust- und Gewinnrechnung

von Uta Grunert

werden vier Spiele an diesem Ort ausgetragen. Auf der Webseite der FIFA betont der Bürgermeister von Manaus, Artur Virgílio Neto: „Jetzt haben wir in Manaus ein Bauwerk aus der ersten Welt. Mit der Arena Amazônia und dem Kongresszentrum neben dem Stadion ist es das gemeinsame Ziel von Stadtverwaltung und Regierung des Staates, Manaus weltweit im Bereich des Sport- und Veranstaltungstourismus bekannt zu machen.“

Das Bauunternehmen Andrade Gutierrez GmbH hatte laut Arbeitsministerium MPT 2.300 Arbeiter beim Stadionbau in Manaus eingesetzt. Bereits im April 2013 stellten Arbeitsministerium und andere Kontrollbehörden bei der Begehung der Baustelle Arbeitssicherheitsmängel fest. Die Abmahnung des Bauunternehmens in Manaus betraf Sicherheitsvorkehrungen bei Arbeiten in großer Höhe, Maschineneinsatz, Elektroinstallationsarbeiten und das Zuwerfen von Arbeitsmaterial. Andrade Gutierrez GmbH habe gegen wesentliche Arbeitsschutznormen verstoßen. Die Verstöße wurden von den Behörden mit einer Geldbuße geahndet.

Die Untersuchung der näheren Umstände des zweiten

Arbeitsunfalls ergab, dass bereits um vier Uhr morgens gearbeitet wurde, um den zeitlichen Verzug noch aufzuholen. Die Arbeiter standen unter großem Druck, ihre Arbeit fristgerecht fertigzustellen. Die Anwältin Maria Nely de Oliveira stellte fest, dass es zu Konflikten zwischen der Belegschaft, die für die Sicherheit zuständig war und der Belegschaft am Bau gekommen sei. Und dass die stressigen Bedingungen ebenfalls zur Gefährdung der Bauarbeiter beigetragen haben.

Mit Ausnahme eines der tödlich Verunglückten, handelte es sich um Arbeitsmigranten aus anderen Regionen des Landes oder dem Ausland. Die Baufirma hatte die L.A. Jato e Pintura GmbH mit der Anwerbung von Arbeitskräften beauftragt. Ein Montagehelfer verdiente monatlich 950 Reais (290 Euro). Der Mindestlohn liegt in Brasilien bei 220 Euro. Es wurde im Schichtdienst gearbeitet, eine Arbeitsschicht begann regelmäßig um 19 Uhr und endete nicht vor fünf Uhr am Morgen.

Das verantwortliche Bauunternehmen Andrade Gutierrez ist eines der Größten Brasiliens. Bei den zurückliegenden Präsidentschaftswahlen tat es sich mit einer Wahlkampfspende von 64,6 Millionen Reais (19,7 Millionen Euro) an die sozialliberale Partei PMDB von Senator Braga hervor, der Manaus als Austragungsort ins Spiel gebracht hatte. 2012 folgte eine weitere Spende von 81 Millionen Reais (24,7 Millionen Euro) an die gleiche Partei. Das Geld scheint gut angelegt, denn die Kosten an der Arena Amazonia werden heute auf über 600 Millionen Reais (183 Millionen Euro) geschätzt. Dabei kommt zusätzlich das Gesetz für Steuernachlässe zur Vorbereitung der WM *Lei do Recopa* zur Anwendung, das die FIFA empfohlen und der Kongress 2010 bewilligt hatte. Die steuerlichen Vergünstigungen belaufen sich für Andrade Gutierrez in Manaus auf elf Millionen Reais (3,3 Millionen Euro).

Außer der baulichen Ausstattung für die WM hat sich für die Menschen in Manaus nicht viel verbessert. Der Human Development Index (HDI) liegt in Manaus bei 0,73, wobei der GINI-Index, der auch die Einkommensverteilung berücksichtigt, die stagnierende soziale Ungleichheit der Bevölkerung belegt. Die Kennziffer hatte sich zwischen 1991 und 2010 kaum merklich geändert. Zuletzt lag er bei 0,6, wobei 0 für soziale Ungleichheit und 1 für das Gegenteil steht. Das WM-Management schätzt den Tourismusstrom nach Manaus auf 18.000 Personen während der WM. Da die Hotellerie nach offiziellen Angaben nur 14.000 Betten zur Verfügung stel-

len kann, blieben 4.000 Betten in Privatquartieren. Ob diese Taktik zur nachhaltigen Einkommensbeschaffung dient, wird die Zukunft zeigen. Der für die WM geplante Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit einem *Monotrilho*, einer auf Stelzen geführte Hochbahn, die den dicht bevölkerten Norden der Stadt mit dem Zentrum verbinden sollte, wurde zwischenzeitlich eingestellt. Von der dringend benötigten Verbesserung der urbanen Mobilität bleibt nur die Flughafenerweiterung. Neben den Stadien war dies die Priorität der FIFA. Der Transfer zum Stadion soll mit Sonder-Bussen organisiert werden, die auf leeren Straßen fahren sollen, so die Rechnung der Organisatoren. Die Spieltage sind vorsorglich per Gesetz zu Feiertagen erklärt worden.

### **Kampf für Bürger\*innenrechte und gegen Bannmeilen um die Stadien**

Die brasilianische Menschenrechtsorganisation Conectas mit Sitz in São Paulo bat im Januar 2014 das bundesstaatliche Sekretariat für Öffentliche Sicherheit und die Militärpolizei von São Paulo um Auskunft zur Situation der öffentlichen Sicherheit und zur Erläuterung

Leben mit der Baustelle.

Foto: Luiz Baltar | Catalytic Communities.



der zwei Kilometer um die Stadien verlaufenden „Bannmeile“: Wird der allgemeinen Öffentlichkeit während der Spiele der Zugang verwehrt? Gilt innerhalb der Sonderzone ein Demonstrationsverbot? Welchen Anweisungen folgt die Polizei gegenüber mobilen Händler\*innen, die FIFA-lizenzierte WM Souvenirs verkaufen wollen? Wie verhält sich die Polizei gegenüber maskierten Demonstrant\*innen? Wie viele Polizist\*innen werden während der WM in São Paulo eingesetzt? Wie sind die Sicherheitskräfte ausgerüstet, in welchem Fall kommt es zum Einsatz von Wasserwerfern und Pfefferspray? Wird es zum Einsatz von Militärpolizei kommen?

Fragen dieser Art haben in einem demokratischen Land durchaus ihre Berechtigung. Während der Proteste im Juni des Vorjahres, als während des Confederations Cups hunderttausende Brasilianer\*innen auf die Straßen gingen, sahen sie sich einer überforderten und eskalierenden Polizeigewalt gegenüber. Im Monat der Männer-Fußball-WM steht Brasilien stark unter Druck, in der Weltöffentlichkeit ein positives Bild abzugeben. Begeisterung über den Fußballsport soll in Zusammenhang mit staatlicher Souveränität und dem Eindruck wahrgenommen werden, alles im Griff zu haben.

Die Straßenhändler\*innen protestieren sowohl gegen wirtschaftliche Benachteiligung als auch gegen das gesetzliche Verbot von Landeskultur. Die Menschenrechtsorganisation PACS veröffentlicht eine detaillierte Analyse der Situation des informellen Sektors in allen zwölf Austragungsstädten, zu Grunde gelegt sind Daten von StreetNet. Neben der Sonderzone um die Stadien ist den Straßenhändler\*innen der Zutritt zu Hotels und Medienveranstaltungen durch die FIFA verboten. Argumentiert wird jeweils mit dem Sicherheitsaspekt. Hier eine Auswahl aus der Untersuchung:

In Belo Horizonte leben 25.000 informelle Händler\*innen. 47,8 Prozent erzielen ein Einkommen, das dem Mindesteinkommen ähnelt, 32 Prozent verdienen zwei monatliche Mindestlöhne. Um die 130 Familien waren von der Schließung des alten Stadions *Mineirão* betroffen. Die Händler\*innen mussten ihre Verkaufstätigkeit verlagern und erhalten keine Entschädigung für Verdienstauffälle.

In Brasilia konzentrieren sich die meisten informellen Händler\*innen um den Busbahnhof *Rodoviária do Plano Piloto 21* herum. Einige konnten dort mit einem Kiosk einen festen Standplatz erwerben, die anderen mussten an andere Orte ausweichen. Nach Schätzungen garantieren die Kioske 60.000 Personen Arbeit und Ein-

nahmequellen.

In Fortaleza arbeiten am Bahnhof ca. 1.200 mobile Händler\*innen. Von der WM betroffen sind Händler\*innen an der *Avenida Beira Mar* und am Strand von *Iracema*. Die Straßenverkäufer\*innen rund um das Stadion *Castelão* mussten ihre Stammplätze bereits aufgeben. An anderen touristischen Orten zeigen sich die Händler\*innen besorgt wegen drohender Exklusivzonen und Verfolgung wegen dem Verkauf von Imittaten.

Die Zahl der Personen, die informellen Handel in der Metropole Rio de Janeiro betreiben, wird auf 60.000 Personen geschätzt, 6.000 davon haben keinen Stammplatz. Die Händler\*innen um das Stadion beklagten, dass die Stadtverwaltung auch nach Ende der WM keine Rückkehr zu den alten Verkaufsstellen duldet.

In São Paulo wurden 2010 158.000 ambulante Händler\*innen ermittelt. 43,1 Prozent von ihnen erzielen einen Mindestlohn, wofür sie im Mittel 40 Stunden in der Woche arbeiten. Nach dem Abkommen, das die Stadtverwaltung mit der Militärpolizei getroffen hat, wurde die Zahl der Verkaufsgenehmigungen um 91% verringert.

Ambulanter Handel zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass die Einnahmen nicht versteuert werden. Diese Eigenschaft haben die Straßenverkäufer\*innen mit dem Weltverband des Fußballs FIFA gemeinsam. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass die FIFA die Sportlichen Großereignisse hemmungslos vermarktet und mit ihren Reglements dafür sorgt, dass sozial schwache Gruppen wie die Straßenhändler\*innen durch die WM benachteiligt sind. Die WM ist extrem vom gewinnmaximierenden Interesse der FIFA geprägt. In vielen Bereichen stellte sich also früh heraus: Von der WM profitiert die eigene Bevölkerung des Gastgeber-Landes nur sehr eingeschränkt oder verliert dadurch sogar. Dagegen wehrt sich die Fußball-Nation Brasilien – auch auf der Straße. ■

\* Uta Grunert arbeitet im Koordinationsteam von KoBra e.V. in Freiburg.

Der Text wurde für das Copa-Dossier | März 2014 geschrieben, das auf der Projektwebsite <http://www.kooperation-brasilien.org/de/kick-for-one-world> vollständig abrufbar ist.

**Argemiro** Ferreira de Almeida (49) macht schon seit vielen Jahren gegen die Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien und die damit einhergehenden Ungerechtigkeiten mobil. In seiner Heimatstadt Salvador da Bahia ist er Vorstandsmitglied im WM-Basiskomitee *Comitê Popular da Copa*. Er organisiert Seminare und Proteste und produziert Dokumentar-Videos. Als Mitglied der Organisation *Rede Rua* mit Sitz in São Paulo kämpft der Philosoph seit vielen Jahren für das Recht auf Stadt und versucht, den Entrechteten eine Stimme zu geben.

## Im Kampf gegen das Modell der Ausgrenzung

Interview mit Argemiro Ferreira de Almeida vom WM-Basiskomitee in Salvador

von Michael Althaus

**Werden Sie an der Fußball-Weltmeisterschaft diesen Sommer in irgendeiner Form teilnehmen?**

Ich werde auf eine sehr eigenwillige Art und Weise teilnehmen: Ich werde auf den Straßen sein und protestieren. Ich habe keine Eintrittskarte für ein Spiel und habe auch nicht vor, eine zu kaufen. Aber ich mache den Leuten keine Vorwürfe, die in die Stadien gehen. Jeder muss seine eigene Position finden; meine ist da, wo gegen das Modell der Weltmeisterschaft der FIFA protestiert wird.

**Sie sind Vorstandsmitglied im Comitê Popular da Copa in Salvador. Was bedeutet das genau und was sind Ihre Aufgaben?**

Meine Aufgabe ist es, die Leute zu motivieren, dass sie hinausgehen auf die Straßen und sich organisieren, reflektieren, Gruppen des Widerstands gründen, egal ob kleine oder große. Ich glaube, dass die Aufgabe der WM-Basiskomitees eine zutiefst politische ist. Wir müssen Orte schaffen, wo verhandelt wird, Orte, an denen jedes einzelne Subjekt zum Tragen kommt. Das ist für mich Politik. Wenn wir solche Orte nicht schaffen, dann nehmen wir weder den einzelnen Menschen wahr noch die Handlungen, die die Rechte des Einzelnen beschneiden.

**Als die WM-Basiskomitees sich gründeten, da lautete der Leitspruch zunächst „*Outra Copa do Mundo é Possível*“ – „Eine andere Weltmeisterschaft ist möglich“. Inzwischen wurde das Motto entscheidend geändert: „*Não vai ter Copa*“ – „Es wird keine Weltmeisterschaft geben“. Warum sprechen sich die WM-Basiskomitees mittlerweile komplett gegen die Weltmeisterschaft aus und nicht für eine andere, gerechtere, sozialere Weltmeisterschaft?**

Zunächst muss ich klarstellen: Wir sind gegen jenes Modell der Weltmeisterschaft, das die FIFA durchsetzt. Wir sind nicht gegen Fußball, nicht im Geringsten. Aber das Modell der FIFA ist ein Modell, das fatale Folgen mit sich bringt. Denn es grenzt Menschen aus, die nicht dazu gehören sollen. Ich will ein Beispiel nennen: Hier in Salvador hat die FIFA zusammen mit der Regierung und allen zuständigen brasilianischen Instanzen durchgesetzt, dass das Stadion abgerissen und nach einem Konzept wieder aufgebaut wird, das allein den Vorstellungen der FIFA entspricht. Das alte Stadion war der einzige öffentliche Ort in Salvador, wo es ein Schwimmbad, eine Turnhalle und eine Laufbahn gab. Die Bewohner\*innen der Stadt konnten die Anlagen frei nutzen, um Sport zu treiben. All das wurde abgerissen und musste dem Kommerz weichen, den die FIFA hier etablieren möchte. Wenn auf diese Weise öffentliche Einrichtungen ohne Verhandlungen oder Diskussion einfach zerstört werden, dann ist das gegen das Gesetz.

**Welche Menschen oder Bevölkerungsgruppen werden durch das Modell der FIFA besonders benachteiligt?**

Am meisten leiden immer die Leute, die in der Gesellschaft keine aktive Stimme haben. Dazu gehören vor allem die Armen. Armut ist immer relativ, aber ich zähle zum Beispiel die Straßenhändler\*innen zu den Armen, weil sie eine Arbeit ausüben, die nicht offiziell anerkannt und gewürdigt wird. Unter den Machenschaften

der FIFA leiden insbesondere auch die Leute, die aus ihren Häusern vertrieben wurden. In allen *Comunidades*<sup>1</sup>, die für Projekte der Weltmeisterschaft zerstört wurden – und ich meine wirklich alle, in allen zwölf Austragungsorten, ohne Ausnahme – wohnen Leute mit niedrigem Einkommen. Nicht eine einzige Siedlung der Oberschicht wurde entfernt, selbst wenn sie an strategisch günstigen Orten für Bauprojekte gelegen hätte. Bewusst wurde für die Weltmeisterschaft in Kauf genommen, dass Einzelschicksale zerstört werden. Mit all den großen Projekten, ob Stadien oder Straßen, wurden die Leben von armen Menschen schlicht und einfach platt gewalzt. Die Armen sind also die besonders Benachteiligten. Mit Schuld daran ist auch der Staat: Er schaut nicht auf diese Menschen und hält die Pläne der FIFA für wichtiger als die der eigenen Leute.

**Was wird aus den Menschen, die für Bauprojekte der WM zwangsumgesiedelt werden?**

Ihre Häuser wurden zerstört und die Bewohner\*innen wurden, wenn überhaupt, 30 oder 40 Kilometer entfernt von ihren alten Wohnorten angesiedelt: in Gebiete, wo es keine Infrastruktur, keine öffentlichen Verkehrsmittel, keine Kindergärten und keine Ärzte gibt. Dort gibt es schlicht nichts und die Leute sind völlig isoliert. Zwar lebten sie schon vorher in schlechten Verhältnissen, aber in den neuen Siedlungen ist es noch viel, viel schlechter. Genau gegen diesen Umgang mit den Menschen protestieren wir.

**Sie haben eben schon die Straßenhändler\*innen angesprochen. Der Straßenhandel hat in Brasilien eine lange Tradition. Allerdings sieht das Gesetz zur Weltmeisterschaft (*Lei Geral da Copa*, siehe Infokasten auf S.47) die Schaffung von Restriktionszonen vor. Darin darf ausschließlich die FIFA ihre Produkte vertreiben, externe Händler\*innen sind nicht zugelassen.**

**Die Zonen sollen rund um die Stadien aber auch in der Nähe anderer Veranstaltungsorte oder Hotels eingerichtet werden. Was bedeutet das konkret für die Straßenhändler\*innen?**

Erstens wird das Menschenrecht auf Arbeit missachtet. Der Einzelne, der seine Steuern zahlt, der fleißig



„Die WM ist eine Bedrohung für das Leben von Obdachlosen. Zum Beispiel im Stadtbezirk *Anhangabaú* von São Paulo. Dort wird es einen über zwei Kilometer langen Public Viewing-Bereich geben, zu dem nur diejenigen Zutritt erhalten, die sich vorher online registriert haben. Die vielen Menschen, die momentan auf den dortigen Straßen leben, werden von der Polizei an andere Orte vertrieben. Der Public Viewing-Bereich wird mit großen Aufstellwänden so abgeschirmt, dass das wahre Leben, nämlich

das auf den Straßen São Paulos, versteckt bleibt.“

Ruth Batista de Oliveira, 48, Sozialarbeiterin.

arbeitet, um seine Familie zu ernähren, wird schlicht ignoriert. Zweitens werden Bürger\*innen in ihrem Recht auf Selbstbestimmung eingeschränkt. Unser freiheitliches System sieht eigentlich vor, dass jeder selbst bestimmen kann, was er tun oder lassen möchte. Aber die FIFA bestimmt, was die Menschen an einem öffentlichen Ort – und ein solcher sind unsere Straßen – tun oder lassen sollen. Der öffentliche Ort wird plötzlich in einen total privaten Ort umgewandelt, der obendrein noch streng überwacht wird. Wer dort gegen die Vorschriften verstößt, wird von der Polizei entfernt. Das sind Rechtsverletzungen höchsten Grades. Hier in Salvador haben wir zusätzlich noch eine besondere Situation mit den Verkäuferinnen von *Acarajé*.<sup>2</sup> Ein Groß-Event wie ein Fußballspiel ohne *Acarajé*-Verkäuferinnen, die sogenannten *Baianas* in ihrer traditionellen Kleidung, ist praktisch unvorstellbar. Das ist einfach Teil der Kultur. Die FIFA wollte zunächst auch diese Verkäuferinnen von ihren Veranstaltungen verbannen, lässt sie aber nach einigen Protesten doch zu. Jetzt behauptet die FIFA: „Die Verkäuferinnen haben gewonnen.“ Das ist aber nur sehr bedingt richtig. Zwar dürfen sie verkaufen, aber die FIFA schreibt bis ins kleinste Detail vor, wie der *Acarajé* zubereitet werden muss.

**Wie schaffen Sie es, Menschen wie den Straßenhändler\*innen eine Stimme im öffentlichen Diskurs zu geben?**

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich auszudrücken. Wir alle wissen, dass man alleine nichts erreichen kann. Die WM-Basiskomitees haben erkannt, dass ein einzelner Mensch, der in seinen Rechten verletzt wurde, sich mit anderen Menschen zusammentun muss. Er muss sich austauschen, Erfahrungen verarbeiten und gemeinsam Visionen entwickeln. Deshalb haben wir Seminare, Vorträge, Kundgebungen oder Fußmärsche organisiert, wir haben Videos produziert. Wir haben erkannt: Kommunikation ist das wichtigste Instrument des Widerstands.

**Aus dieser Idee heraus haben sich auch die Straßen-Proteste entwickelt. Im Juni 2013 hat die brasilianische Bevölkerung dieses demokratische Instrument neu entdeckt. Was ist übrig von der Bewegung, die**



Argemiro Ferreira de Almeida, Foto: Kenneth Nars | bz Basel.

**damals entstanden ist und wurde etwas erreicht?**

Es gab schon immer gewisse Teile der Bevölkerung in Brasilien, die öffentliche Proteste organisiert haben. Schauen wir etwa in die Zeit der Militär-Diktatur. Schon damals ging das Volk auf die Straße, weil es wusste: Das ist unser Recht. Außerdem gibt es viele Organisationen, Gruppen, Vereine, die schon lange Erfahrung haben im Proteste Planen und Durchführen. Im vergangenen Jahr kam aber hinzu, dass sich in dreifacher Hinsicht ein günstiger Moment ergab. Erstens hielt das Volk die Gleichgültigkeit der Politiker\*innen, der Justiz und der ganzen Gesellschaft nicht mehr aus. Die Leute wollten sich nicht mehr von den Mächtigen anlügen lassen. Deshalb sind sie auf die Straße gegangen. Zweitens war der Moment so günstig, weil die Aufmerksamkeit der ganzen Welt just zu diesem Zeitpunkt auf Brasilien gerichtet war. Nichts war also passender, als auf die Straße zu gehen und zu sagen: „Wir lassen uns nicht gefallen wie ihr uns behandelt!“ Drittens warteten viele Gruppen bereits darauf, endlich auf die Straße zu gehen. Ich meine damit die WM-Basiskomitees, aber zum Beispiel auch die Bewegung *Passe Livre*.<sup>3</sup> Die Bewegung *Passe Livre* hatte schon lange erkannt: Wir müssen an die Öffentlichkeit. Dabei geht es nicht um die wenigen Centavos der Fahrpreiserhöhung, sondern darum, sich mitzuteilen und zu sagen: „Was ihr mit uns macht, ist grundverkehrt.“ Im richtigen Moment kamen also verschiedene Anliegen zusammen, und plötzlich nahm die ganze Bewegung Ausmaße an, die sich niemand vorgestellt hätte.

**Aber was wurde tatsächlich erreicht – nicht nur mit den großen Straßen-Protesten sondern auch mit der Arbeit, die im Verborgenen geschah. Gibt es in Ihren Augen Erfolge?**

Ich denke, das Engagement hat sehr viele Erfolge gebracht. Als erstes hat das brasilianische Volk für sich selbst erkannt, dass in diesem Land nicht alles in Ordnung ist. Das ist unheimlich wichtig, um eine Gesellschaft zu mobilisieren. Die Brasilianer\*innen haben gelernt, nicht mehr alles so zu akzeptieren, wie es ihnen vorgelegt wird. Darüber hinaus—ist die mediale Aufmerksamkeit ein wichtiger Effekt. Wenn brasilianische oder auch internationale Zeitungen die Demonstrierenden und die Komitees fragen: „Was kritisiert ihr denn eigentlich?“, dann ist das ein Erfolg. Außerdem möchte ich festhalten, dass die Gesetze und Regierungsentscheide und ihre Auswirkungen wesentlich schlimmer aussehen würden, hätte es keine Proteste gegeben. Im Jahr 2010 haben wir zum Beispiel sehr viel Lobby-Arbeit in den Parlamenten gemacht, um einige Aspekte des Gesetzes zur Weltmeisterschaft zu ändern. Und wir konnten einige Erfolge verbuchen.

**Können Sie konkrete Punkte nennen?**

Ich habe bereits die Problematik um die Verkäuferinnen des *Acarajé* hier in Salvador angesprochen. Wenn der Staat und die FIFA immerhin erkennen: Es ist wichtig, dass *Acarajé* verkauft wird, weil es zur regionalen Kultur gehört, dann ist das ein Erfolg. Es ist ein Erfolg, dass das *Maracanã*-Stadion in Rio de Janeiro nicht, wie geplant umbenannt wurde, dass das viel genutzte Schwimmbad *Júlio Delamare* neben dem *Maracanã*-Stadion nicht abgerissen wurde und Parkplätzen weichen musste. Sehr positiv ist auch, dass in Belo Horizonte 15.000 Straßenhändler\*innen Platz gegeben wurde, offiziell ihre Stände aufzubauen. Das alles sind Siege, die es nicht gäbe, wenn niemand mobil machen und Druck ausüben würde.

**Es verbleiben nur noch wenige Wochen bis zum 12. Juni, an dem die Weltmeisterschaft beginnt. Was wollen die WM-Basiskomitees in dieser Zeit noch tun?**

Wir haben noch viel Basis-Arbeit vor uns. Wir müssen unsere Arbeit und unsere Diskussionen noch näher an die betroffenen Menschen und an die *Comunidades* herantragen. Denn noch längst nicht jeder weiß, wie groß das Loch sein wird, das die Weltmeisterschaft hier in Brasilien hinterlassen wird. Was wir jetzt schon wissen ist, dass die öffentliche Hand Schulden hat, mit denen wir

in Zukunft umgehen müssen. Am Anfang hatte die brasilianische Regierung angekündigt, fünf Milliarden Reals (1,6 Milliarden Euro) für die Weltmeisterschaft auszugeben. Heute wurden bereits 38 Milliarden (12,2 Milliarden Euro) investiert, und es sind noch nicht alle Bauarbeiten abgeschlossen. Diese 38 Milliarden fehlen an anderen Ecken, an denen ein armes Land eigentlich viel eher investieren müsste. Der Staat behauptet, Brasilien sei ein reiches Land. Aber wenn ich auf die Straßen schaue, dann sehe ich: Wir sind arm. Deshalb werden wir nicht müde, auch den Armen eine Stimme zu geben. Derzeit bereiten wir ein großes Treffen für alle Betroffenen von Mega-Events vor, das vom 1. bis 3. Mai 2014 in Belo Horizonte stattfinden soll. Es gibt also viel zu tun. Vor allem müssen wir immer wieder darauf aufmerksam machen, dass das Modell der FIFA ein falsches ist.

\* Michael Althaus ist katholischer Theologe und Journalist. Er lebt in Itzehoe.

- 1 Comunidade: wörtlich „Gemeinschaft“. Das Wort wird oft synonym zu der Bezeichnung „Favela“ für Elendsviertel bzw. Wohnsiedlungen auf öffentlichem Grund genutzt. Es betont besonders den sozialen Aspekt des Zusammenlebens, der häufig von sozialen Bewegungen und NGOs in den Siedlungen gefördert wird. Hier sind einfach Wohnsiedlungen allgemein damit gemeint.
- 2 Aracajé: Traditioneller Snack in Bahia aus Bohnenmehl, Zwiebeln, diversen Gewürzen und manchmal auch Krabben in Palmöl gebraten.
- 3 Die Bewegung *Passe Livre* kämpft für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr in Brasilien.

**U**nter dem Stichwort *Right to the City* (Recht auf Stadt) konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern.

## „Recht auf Stadt“ mehr als nur ein guter Slogan

von Andrej Holm

Die Aktivitäten und Forderungen die sich auf ein „Recht auf Stadt“ beziehen, sind dabei sehr vielfältig: in New Orleans fordern die Mieter\*innen der Sozialwohnungssiedlungen die Rückkehr in ihre preiswerten Wohnungen, in Madrid protestieren Sexarbeiter\*innen und Bewohner\*innen gegen die Verdrängung aus ihrer Nachbarschaft, in Istanbul wehrte sich eine Roma-Nachbarschaft gegen den Abriss einer ganzen Siedlung, in Wuppertal mobilisierte ein breites Bündnis gegen das kommunale Spardiktat und in Hamburg besetzten Künstler\*innen die letzten historischen Gebäude im Gängeviertel um die Neubaupläne eines Investors zu verhindern. Kaum ein Stadtprotest der letzten Jahre, der nicht auf die Parole „Recht auf Stadt“ zurückgriff. Wie ist diese hohe und auch internationale Attraktivität für ein „Recht auf Stadt“ zu erklären und welche Potentiale birgt der Ansatz für städtische soziale Bewegungen?

### Das Konzept

Inhaltlich geht die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre zurück, der schon in den 1960er Jahren das „Recht auf die Stadt“ als ein „Recht auf den Nichtausschluss“ von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft konzipierte.<sup>1</sup> In seinem Text *Le droit à la ville* von 1968 beschreibt Henri Lefebvre die kapitalistische Stadt, insbesondere ihre sozioökonomische Segregation und die damit einhergehenden Entfremdungserscheinungen wie die „Tragik der banlieusards“, die in weit vom Zentrum entfernte „Wohnghettos“ vertrieben wurden. Vor diesem Hintergrund stellt er die Forderung nach einem „Recht auf die Stadt“ als kollektive Wiederaaneignung des städtischen Raumes durch die buchstäblich an den Rand gedrängten Gruppen auf. Lefebvres Aufruf, das „Recht auf die Stadt“ zu ergreifen und die Stadt zu verändern bezieht sich dabei gleichzei-

tig auf die Stadt als physische Form und die mit ihr in Wechselwirkung stehenden sozialen Verhältnisse und Praktiken. Gemeint sind damit alle Formen des diskursiven und instrumentellen Entwurfs künftiger städtischer Entwicklungen. „Recht auf die Stadt“ – so ließe sich dieses Verständnis zusammenfassen – beschränkt sich nicht auf die konkrete Benutzung städtischer Räume, sondern umfasst ebenso den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade. Vor dem Hintergrund der fordistischen Stadtentwicklung von Paris benennt Lefebvre zunächst das Recht auf

Zentralität und das Recht auf Differenz als die zentralen Bestandteile eines Rechts auf die Stadt. Das Recht auf Zentralität steht für den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastrukturen und des Wissens. Das Recht auf Differenz deutet die Stadt als Ort des Zusammenkommens, des sich Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung. In anderen stadtsoziologischen Debatten ist von der „Integrationsmaschine Stadt“ die Rede, die aus der Fähigkeit Verschiedenartigkeiten zu verdichten, einen individuellen und gesellschaftlichen Mehrwert produziert.

Eine dritte Ebene des ‚Rechts auf die Stadt‘ orientiert sich an den utopischen Versprechungen des Städtischen und reklamiert ein Recht auf die schöpferischen Überschüsse des Urbanen. Hintergrund dabei sind die Erfahrungen des fordistischen Klassenkompromisses, der in den funktionalen, modernen Stadtplanungen „unbefriedigende Lösungen für die sozialen Grundbedürfnisse“ hervorbrachte. So wurde etwa das ‚Recht auf Wohnung‘ in den Projekten des Massenwohnungsbaus nur unter dem Verlust anderer ‚städtischer Qualitäten‘ bedient. Insbesondere die Stadt als offener Raum des kulturellen Austausches und der Kommunikation war – so die Argumentation von Lefebvre – in den Wohnungsbauprojekten nicht zu finden.

### „Recht auf Stadt“ und soziale Bewegungen

Seit den späten 1990er Jahren wurde Lefebvres Forderung sowohl in der Geographie und Stadtforschung als auch in sozialen Bewegungen vielfach wieder aufgenommen. Hintergrund ist nun weniger als bei Lefebvre die fordistische Stadt der Moderne, als vielmehr die neoliberale Stadt, die mit neuen Produktionsweisen in Verbindung steht, eine neue Gestalt annimmt und neue Ausschlüsse produziert. Für die dauerhaft ökonomisch



Acarajé Verkäuferinnen in Salvador protestieren gegen FIFA-Bannmeile.  
Foto: Fora do Eixo | André Costa.

(lokal)staatlichen Institutionalisierung verschiedener Forderungen. So können verschiedene Instrumente, Programme und Leitbilder von Stadtregierungen mit den skizzierten Dimensionen eines „Rechts auf Stadt“ beurteilt und überprüft werden.

- ist Praxisorientierung für eine Ausrichtung sozialer Bewegungen auf eine politische Selbst- und Mitbestimmung sowie Praktiken der (Wieder)Aneignung. Das „Recht auf Stadt“ lässt sich nicht auf konkrete Forderungen und Projekte beschränken, sondern steht für nichts weniger als den Anspruch auf eine (Re)Politikalisierung der Stadtpolitik, verstanden als eine öffentliche Verhandlung über Dinge, von denen alle betroffen sind.

- ist Organisationsansatz für neue breite Bündnisse, da unter dem Dach eines „Recht auf Stadt“ verschiedene, sonst marginalisierte Themen und Initiativen zu „neuen Mehrheitsbündnissen“ verknüpft werden können. In den US-Städten aber auch in Hamburg gibt es bereits Versuche für die Institutionalisierung von solchen Netzwerken.

Die neoliberalen Neustrukturierungen der Gesellschaft werden sich verstärkt in den Städten umsetzen und dort sichtbar werden. Gesellschaftliche Utopien und Alternativen werden daher immer auch Alternativen für die Organisation des Städtischen sein. Mit einem „Recht auf die Stadt“ verbinden sich nicht nur Mobilisierungen zu einzelnen Konfliktlinien marginalisierter Interessengruppen, sondern die Chance auf soziale Mobilisierungen und neue Bündnisse, die Perspektiven einer Vergesellschaftung jenseits von Staat und Markt verfolgen. ■

\* Andrej Holm ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er forscht zu Themen der Stadterneuerung, Gentrifizierung und Wohnungspolitik im internationalen Vergleich.

Der Artikel erschien erstmals im *Heft für Literatur, Stadt und Alltag*. Juli 2010, S. 32-33 und hier um einige bibliographische Angaben gekürzt.

1 Lefebvre, Henri (1990): Die Revolution der Städte, Frankfurt a.M.: Hain.  
2 Holm, Andrej (2009): Recht auf Stadt – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. In: Rosa- Luxemburg-Stiftung Thüringen e.v. (Hrsg.): Die Stadt im Neoliberalismus. Erfurt: RLS/Gesellschaftsanalyse, 27- 37.

nen oder die aus gentrifizierten Innenstädten verdrängten Bewohner\*innen, aber auch für die wachsende Zahl der von restriktiven Zuwanderungspolitiken betroffenen Migrant\*innen und Illegalisierten stellt sich die Frage nach der Teilhabe an der Stadtgesellschaft und ihren Ressourcen in sehr unmittelbarer Weise.

Die Attraktivität des „Recht auf Stadt“ Konzeptes für Protestmobilisierungen lässt sich vor allem auf seine Vieldeutigkeit zurückführen. Das „Recht auf Stadt“ lässt sich nicht auf einen individuellen Rechtsanspruch im juristischen Sinne verkürzen, sondern ist gesellschaftliche Utopie und kollektive Forderung zugleich. Das „Recht auf Stadt“ skizziert Vorstellungen einer besseren Welt und gibt Anregungen für die Wunschproduktion sozialer Bewegungen – zugleich werden mit dem „Recht auf Stadt“ meist konkrete Forderungen verbunden, die oft mit umsetzbaren Reformstrategien verbunden werden. Für Protestbewegungen kann das „Recht auf Stadt“ verschiedene Funktionen haben.

### Das „Recht auf Stadt“ ...

- ist Legitimationsressource im Sinne einer moralischen Ökonomie, die legitime Vorstellungen von sozialen Normen und Verpflichtungen mit einer breiten öffentlichen Zustimmung verbindet. Insbesondere die Formulierung eines Rechts auf Nicht-Ausschluss von den städtischen Qualitäten hat einen universellen Charakter.<sup>2</sup>
- ist Orientierungsmaßstab für die Organisation des Gemeinwesens und eröffnet Perspektiven der

**D**er CIA-gestützte Putsch gegen Chiles demokratisch gewählte Regierung im Jahr 1973 bot den Feinden Salvador Allendes erstmals die Gelegenheit, mit autoritärer Marktreform, dem Rückbau von Gesetzen, dem Verkauf öffentlicher Güter sowie der Förderung des unregulierten, freien Wettbewerbs oder, kurz gesagt, mit Neoliberalismus praktisch zu experimentieren. Dieser kleine 11. September brachte die erste neoliberale Restrukturierung von Ökonomie und Staat unter Anleitung der Chicago Boys hervor und war in gewisser Weise auch der Startschuss für die Neoliberalisierung der *Fédération International de Football Association*, der FIFA.

## Neoliberalisierung im Trikot

### Die FIFA als neokommunitäre Ernüchterung

von Volker Eick

Nicht nur kollaborierte der damalige FIFA-Generalsekretär mit dem Pinochet-Regime und nutzte das als Foltergefängnis dienende *Estadio Nacional in Santiago* für ein WM-Qualifikationsspiel. Es war zudem die Antrittszeit des neuen FIFA-Präsidenten João Havelange, eines brasilianischen Geschäftsmagnaten, der mit Sponsoring und TV-Rechten die FIFA in ein globales Unternehmen mit weltweiter Öffentlichkeit, exorbitanten Profiten und spektakulären Sicherheitsvorkehrungen verwandelte. Der aktuell existierende Neoliberalismus der FIFA ist ein hybrides Gemisch aus Privatisierung, Marktlogiken und internationalisierter Steuerbefreiung.

#### Verwertungsmonopol im Fußball

Für die FIFA (als Nonprofit-Organisation), die Männer-Fußball-WM (als deren wichtigstes Produkt) und den Fußball im Allgemeinen (als Profit erzeugende Industrie) liegt die Förderung des freien Wettbewerbs auf der Hand. Seit den 1970ern fand Havelange Mittel und Wege, die globale Entwicklung des Fußballs voranzutreiben und neue Generationen auf diese Veränderungen vorzubereiten. Dazu gehört eine marktwirtschaftlich orientierte Fußballindustrie, die sich von einem Millionengeschäft in den 1980ern zu einem mehrere Milliarden umfassenden Markt im 21. Jahrhundert entwickelt hat. Fußballspieler wurden durch die FIFA von Amateuren zu unternehmerischen Athleten geformt, zu Trägern von

Marken-Logos der Sportindustrie und zu modernen Gladiatoren.

Was als Seilschaft alter Männer begann, ist heute ein moderner, gewinnorientierter und Profit erzielender Nonprofit-Konzern; vom losen Netzwerk weniger nationaler Fußballverbände aufgestiegen zum Global Player mit hierarchisch und funktional aufgebautem Vollzeitmanagement, Festangestellten und einem systematischen Rechnungswesen. Allerdings, dieses System entstand auch aufgrund von Forderungen aus der Wirtschaft. Diese Doppeldeutigkeit – ein Nonprofit formt (und wird geformt von) Märkte(n), Staaten und nicht-staatliche(n) Akteure(n) – gibt Aufschluss über eine neokommunitaristische Spielart<sup>1</sup> des Kapitalismus, bei der die FIFA die Regeln setzt. Sie hat es geschafft, eine an sich gesellschaftliche Tätigkeit, Fußballspielen, in ein profitables Geschäft zu verwandeln. Mit der WM hält die FIFA gar ein Verwertungsmonopol – „freier“ Wettbewerb wird auf Null reduziert.

#### Anhaltende Reregulierung des Marktes

Die englischen und walisischen Fußballverbände erfanden 1885 den professionellen oder profitorientierten Fußball; die FIFA hat ihn im 20. Jahrhundert zur Ware gemacht. 1904 mit sieben europäischen Mitgliedern gegründet, hat sie heute 208 Mitglieder weltweit. Obwohl ursprünglich als internationale Sportorganisation gedacht, die offiziell lediglich Regeln verwalten und Turniere regulieren sollte, hat sie sich seit den späten 1970ern in einen kapitalistischen Betrieb globalen Ausmaßes gewandelt. Die Gewinne der FIFA wuchsen von 20.000 Euro im Jahr 1930 auf 1,1 Milliarden 2006. Der Anteil des Profits, den die FIFA allein kontrolliert, stieg 1990 von 19 auf 25 Prozent, davon ein Prozent ausschließlich als Beitrag zu einem Sonderfond, über dessen Gebrauch das FIFA-Exekutivkomitee entscheidet. 1998 wurde die finanzielle Transparenz zur Verteilung der Gewinne an die FIFA-Familie abgeschafft.

Die Kommodifizierung des Fußballs ist umfassend: von Stadien, die nach multinationalen Konzernen benannt sind;<sup>2</sup> von Vereinen, die an Aktienmärkten gehandelt werden (wie *Manchester United* oder *Borussia Dortmund*); von der Erfindung neuer Ligen, um Profitmöglichkeiten zu vergrößern (wie die 3. Liga in Deutschland seit 2008); bis hin zu der Stadiengestaltung, um ein finanziell solventeres Publikum anzuziehen.

Obwohl der Transfer von Spielern zwischen verschiedenen nationalen Clubs und sogar zwischen National-

mannschaften deren Rolle als Vertreter von Nationen unterminiert, bleiben Weltmeisterschaften dennoch symbolisch aufgeladene und nationalisierte Veranstaltungen. Die FIFA legt eigene Regeln fest und schränkt dabei die Rolle des Staates ein. Gleichzeitig will sie über den Rechtsweg (durch Anfechten bestehender staatlicher Gesetzgebung) und über ‚private‘ Gesetze den freien Wettbewerb regulieren. Man könnte sagen, solche Reregulierungen sind das Geschäft der FIFA seit der Privatisierung des Sports.

### **Marktlogiken im öffentlichen Bereich**

Die Errichtung von Fanmeilen kann entweder als Privatisierung öffentlichen Raumes oder als Einführung von Marktlogiken im öffentlichen Raum betrachtet werden. Die jeweilige Fanmeile wurde etwa bei der WM 2006 vorübergehend an den TV-Partner der FIFA, *Infront Sports*, verpachtet. Fanmeilen müssen seitdem grundsätzlich registriert sein und über eine Lizenz verfügen, die, abhängig von deren Einordnung als kommerzielle oder nicht-kommerzielle Veranstaltung, gebührenpflichtig ist. Ein öffentlicher Raum wird also nicht privatisiert, sondern nur vorübergehend eine Marktlogik installiert.

Mit den Fanmeilen verfolgt die FIFA nicht das Ziel, Fans ohne Stadionticket eine Möglichkeit zu bieten, die Spiele dennoch zu sehen. Es geht vielmehr um Vermarktungs- und Werberechte. Die (kurzzeitige) Übernahme öffentlichen Raumes durch die FIFA soll den Sponsoren die Exklusivrechte für Werbeflächen gewährleisten. Die FIFA zwingt sämtliche WM-Bewerber (Staaten wie Gastgeberstädte), allen im FIFA-Regelwerk festgelegten Vermarktungskonditionen, Profitinteressen und Sicherheitsbestimmungen zuzustimmen, noch bevor die Bewerber überhaupt wissen, ob sie die Weltmeisterschaft austragen dürfen.

Das Konzept der Marktlogik im öffentlichen Bereich lässt sich zudem allgemein auf die FIFA als Institution übertragen, da Nonprofit-Organisationen per definitionem weder eine staatliche noch eine privatwirtschaftliche Rechtsperson sind. Die FIFA setzt Konditionen durch, die kommerziellen Kriterien entsprechen, offiziell erwirtschaftet sie jedoch keinen Gewinn. Sie fungiert als eine Art Stellvertreter für Privatisierung: Man könnte die FIFA insoweit als Inbegriff einer „Marktlogik ohne Markt“ definieren.

### **Neoliberalisierung mit neokommunitären Mitteln**

Sport ist der einzige Teil der Massenkultur, dem – anders als bei Mode, Musik oder Showgeschäft – ein globales institutionelles System zur Verfügung steht.<sup>3</sup> Die jeweiligen Organisationen auf der regionalen (z.B. UEFA) und globalen Ebene können als supranationale Organisationen und wegen ihrer direkten Verbindung zu lokalen Sportvereinen (im Fußball alle unter dem Einfluss der FIFA) als Ausdruck der „Glokalisierung“ gesehen werden.<sup>4</sup> Den Charakteristika des Neoliberalismus in seiner neokommunitaristischen Variante kommt die FIFA als internationale nichtstaatliche Nonprofit-Organisation in Form eines Vereins nach schweizerischem Recht nicht zuletzt deshalb am nächsten, weil sie von allen Steuern befreit ist.

Eine umfassende Definition von Nonprofit-Organisationen gibt es bis heute nicht, jedoch einige wichtige idealtypische Charakteristika. Demnach sind Nonprofits formale (professionalisierte) unabhängige gesellschaftliche Organisationen, deren vorrangiges Ziel es ist, gemeinschaftliche Ziele ohne Profitabsicht voranzutreiben; sie entstammen der öffentlichen Sphäre, haben üblicherweise keine Mitglieder aus Regierungen oder Regierungsbehörden und werben für ein öffentliches Gut (hier: Fußball oder „sozialer Zusammenhalt“), von dem ihre Mitglieder und/oder die Öffentlichkeit profitieren.<sup>5</sup> Obwohl der Gewinn nicht nach der Höhe des ursprünglich investierten Kapitals verteilt wird und die Nutznießer hauptsächlich die Mitgliedsverbände sind, verbleiben doch 25 Prozent des Gesamtgewinns bei der FIFA-Zentrale. Das mag als Verteilungsprinzip ‚unorthodox‘ sein, verbleibt aber in kapitalistischer Logik.

Die FIFA zielt darauf ab, durch Regelsetzung in ihren Mitgliedsorganisationen den freien Wettbewerb zu beschränken (wobei sie außerhalb der Organisation neoliberales Marketing befördert). Mit der öffentlichen Vermarktung des kommerziellen Fußballs, inklusive seiner politischen Rolle, betont die FIFA den gesellschaftlichen Nutzen des Fußballs, der den „sozialen Zusammenhalt“ stärke. In den Zielen der FIFA ist das auch vorgegeben: „Den Fußball ständig zu verbessern und ihn im Lichte seines einenden, bildenden, kulturellen und humanitären Wertes weltweit zu fördern“.<sup>6</sup>

Aus dieser Perspektive heraus plädiere ich für ein Verständnis von Nonprofits wie der FIFA als neokommunitaristische Realisten, die hier auf sehr nüchterne Art und Weise Vorteile aus der schweizerischen Gesetzgebung

ziehen: durch Beschränkung des freien Wettbewerbs innerhalb ihrer Untergliederungen; durch Selbstermächtigung mit dem Ziel, die Rolle von Nonprofit-Organisationen zu stärken, durch die Betonung der Rolle des Fußballs für einen (nationalisierten) „sozialen Zusammenhalt“; durch, im ursprünglichen Sinne, globales Denken und lokales Handeln; und durch die teilweise Übertragung ihrer steuerbefreiten Gewinne auf die Mitgliedsverbände.

**Neokommunitäre Ernüchterung**

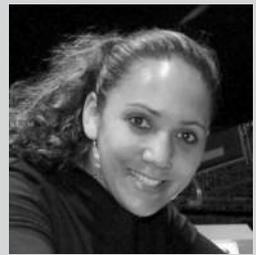
Trotz des bekannten Trends zur Festivalisierung städtischer Politik und angesichts des Marketings für die „Stadt als Unternehmer“, macht die zeitliche und räumliche Intensität der Vermarktungs- und Kommodifizierungsprozesse vor, während und nach den vier Wochen der WM den großen Unterschied. Und deren Folgen – Vertreibungen aus Wohngebieten, Sklavenarbeit, ökologisch „nachhaltige“ Schäden, Niederschlagungen von Streiks – dringen zunehmend ins öffentliche Bewusstsein.

Die FIFA als Nonprofit-Organisation prägt die Neoliberalisierung und wird von ihr geprägt. Ihr Hauptprodukt ist die Vermarktung einer per se zivilgesellschaftlichen Aktivität, das Fußballspielen, hin zu einer profitablen Ware. Sie formt den urbanen Raum und wird von ihm geformt. Seit 2002 legt sie nicht mehr nur die Gesetze und Regelungen für ihre Mega-Events in den Stadien fest (vom Grün des Rasens über die Trikots für die Spieler), sondern darüber hinaus auf den Fanmeilen und in der gesamten Stadt entscheidet sie über Sicherheitsmaßnahmen und über das, was an Werbung zu sehen ist und verkauft werden darf. Die Regelungen, die vor, während und nach der WM festgelegt werden, nutzen nicht nur der FIFA, sondern auch den urbanen Eliten, Sponsoren, Medien sowie der Bau- und Sportindustrie.

Dabei bietet der Nonprofit-Status der FIFA noch eine besondere Perfidie: Alle (vertraglichen) Beziehungen zwischen den beteiligten Interessengruppen sind zwar hierarchisch zugunsten der FIFA strukturiert und basieren auf ihrem monopolisierten Produkt. Für die aus den Weltmeisterschaften regelmäßig resultierenden Menschenrechtsverletzungen aber muss sie als gemein-

„Ich finde es lächerlich, eine Weltmeisterschaft in einem Land zu veranstalten, das so viele ungelöste Probleme hat. Es gibt so viel Geldwäsche bei uns, so viele Probleme mit dem Gesundheitssystem, dem Bildungssystem, der Sicherheit. Aber ich möchte nicht nur pessimistisch sein: Immerhin profitieren wir von der WM, weil neue Infrastruktur gebaut wird und so zum Beispiel der Verkehr in São Paulo um einiges besser wird. Aber letztendlich ist es traurig, dass erst eine WM veranstaltet werden muss, um solche Infrastruktur-Projekte voran zu bringen.“

*Simone de Oliveira, 32, Psychologin.*



nützige Organisation ebenso regelmäßig keinerlei Verantwortung übernehmen – nicht für die Schüsse auf streikende Wachleute in Südafrika während der WM 2010, nicht für die Vertreibungen von Bevölkerung zur WM 2014 in Brasilien, nicht für die Toten auf den Baustellen zur WM 2022 in Katar. Die Blutspuren der FIFA bleiben ungesühnt. Ein ernüchternder Befund. ■

\* Volker Eick ist Politikwissenschaftler und arbeitet in Berlin.

- 1 Mit Bob Jessop (2002, Liberalism, neoliberalism, and urban governance. In: N. Brenner & N. Theodore (Eds.), Spaces of Neoliberalism. Oxford: 105–125) soll Neokommunitarismus hier charakterisiert werden durch die Begrenzung der Expansion der Ökonomie in gesellschaftliche Bereiche (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Kultur, hier: Sport), die Expansion der sozialen Ökonomie und (die zu mindest programmatische) Orientierung an deren „Gebrauchswert“: gekennzeichnet hier durch die Betonung des gesellschaftlichen „Ereignisses“ Fußball; vgl. auch Fn 5.
- 2 Die FIFA reguliert auch den Wettbewerb im Markenrecht: Während der WM 2006 in Deutschland mussten sieben von zwölf Stadien umbenannt werden, weil deren Namensgeber keine Sponsoren der WM waren.
- 3 Eisenberg, Christiane (2002): „Die Entdeckung des Sports durch die moderne Geschichtswissenschaft“. Historical Social Research 27(2/3), 4–21.
- 4 Der Begriff der „Glokalisierung“ setzt sich aus den Begriffen „Globalisierung“ und „Lokalisierung“ zusammen und verdeutlicht die komplexe und wechselseitige Durchdringungen von globalen Trends und lokalen Besonderheiten sowie Interpretationen des Globalen. Glokalisierung drückt sich beispielsweise darin aus, dass ein- und dasselbe Produkt nicht weltweit einheitlich, sondern lokal variierend vermarktet wird.
- 5 Eick, Volker (2010): „A Neoliberal Sports Event? The FIFA from the Estadio Nacional to the Fan Mile“. CITY, 14(3), 278–297.
- 6 FIFA (2007): FIFA Statutes. Regulations Governing the Application of the Statutes Standing Orders of the Congress. Zürich. S. 5.

„**Auch** für die deutsche Kernindustrie ist die Zusammenarbeit mit Brasilien von großer Bedeutung. Die für die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich interessanten Punkte des Zusammenarbeitsprogramms sind die Lieferung von Natururan von Brasilien in die Bundesrepublik Deutschland und umgekehrt die Lieferung von bis zu acht Kernkraftwerken, die Erstellung einer Brennelementefabrik, die Zusammenarbeit bei der Urananreicherung auf der Basis des in Karlsruhe entwickelten Trenndüsenverfahrens und die Errichtung einer Pilotanlage für die Wiederaufbereitung bestrahlter Brennstoffe“. So die Antwort der westdeutschen Bundesregierung im Jahre 1976 auf die Fragen des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Hans Kern zum deutsch-brasilianischen Regierungsabkommen über die „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie“.<sup>1</sup>

## „Brasilien brummt“

### Deutsch-brasilianische Wirtschaftsinteressen vor dem Hintergrund von industriellen Großprojekten – und der Widerstand dagegen

von Christian Russau

„Im März 1978 stattete der damals amtierende brasilianische Präsident, General Geisel, der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch ab. In einer Tischrede (die in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie eingehen sollte) lobte Bundeskanzler Schmidt die 'Konvergenz der Ziele' und die 'Übereinstimmung der Werte' der sozialliberalen Bundesregierung und der brasilianischen Militärdiktatur. Vor dem Kölner Gürzenich, in dem anlässlich des Geisel-Besuchs ein Staatsbankett der brasilianischen Regierung für 'tausend Bestecke' gegeben wurde, prägten die Polizei der demokratischen Bundesregierung deutsche Atomkritiker und brasilianische Opponenten der Militärdiktatur (siehe Luiz Ramalho in *Brasilicum* 232) nieder; auf einem Polizeirevier wurden Festgenommene mit Fäkalien beschmiert. Brasilianische Pressebeobachter, die diesem Schauspiel als Augenzeugen beiwohnten, erlebten gewöhnliche Szenen aus dem brasilianischen Alltag: in Köln.“<sup>2</sup>

#### **Menschenrechte und Umwelt – von jeher unter dem Primat des Profits**

Zwei Zitate, eine Kernaussage: Die bundesdeutsche auswärtige Politik war schon immer vorrangig Außen-

wirtschaftspolitik – Menschenrechte und Umwelt standen seit jeher untergeordnet auf der Tagesordnung. Beispiel Volkswagen: Anfang der 1990er Jahre publizierte die Tageszeitung *Jornal do Brasil* (JB) über Akten der Geheimpolizei *Deops*, nach denen *Volkswagen do Brasil* (ebenso wie Mercedes Benz) in den 1970er Jahren Diktaturspitzel in die Gewerkschaftsversammlungen seiner Arbeiter\*innen einschleuste und Informationen über seine Angestellten an die Geheimpolizei der Diktatur weiterreichte. Der Fall des LKW-Bauers, der VW-Tochter Scania, reichte sogar noch weiter: Dem JB-Bericht zufolge feuerte Scania 223 Streikende im Juli 1978 – um sie sofort anschließend durchleuchten zu lassen und diese Infos – zumindest in einem Fall – direkt an die Geheimpolizei weiterzugeben. Volkswagen tat dem Bericht zufolge das Gleiche im August 1978 mit drei seiner Angestellten, die von der Polizei verhaftet worden waren, weil sie Mitglied einer sozialistischen Bewegung waren.

*Volkswagen do Brasil* soll noch in diesem Jahre vor der Nationalen Wahrheitskommission in Brasília zu der VW-Verstrickung in die Militärdiktatur in Brasilien aussagen. Der Generalstaatsanwalt der Republik und Mitglied der Wahrheitskommission, Cláudio Fonteles, hatte im vergangenen Jahr in den Archiven des vormaligen Geheimdienstes Brasilien, *Serviço Nacional de Informações* – SNI, Dokumente gefunden, die die Zusammenarbeit von Industrie und Unternehmern mit den brasilianischen Repressionsorganen nahelegten. Den als Verschlussache deklarierten Dokumenten sei laut Fonteles zu entnehmen, dass als Mittelsmänner für die Industrie das Forschungsinstitut *Ipês* (*Instituto de Pesquisas e Estudos Sociais*) und die Industriebildungsgruppe *GPMI* des Industrieverbands *FIESP* in São Paulo (*Grupo Permanente de Mobilização Industrial da Federação das Indústrias do Estado de São Paulo*) fungierten. Die Industrie- und Unternehmervertreter – unter ihnen bekannte Größen wie Volkswagen, die VW-Tochter Scania oder auch die deutsche Mannesmann – hätten zur Zeit der Militärdiktatur (1964-1985) diese zwei Institutionen finanziell gefördert, damit diese gemeinsam mit der Obersten Heeres Schule (*Escola Superior de Guerra*) einen „militärisch-industriellen Komplex“ gegen den Widerstand aufbauen.

Profit für die Konzerne und goldene Uhren wie die von Willy Brandt für Junta-General Artur da Costa e Silva statt Menschenrechte und Umwelt – dies hat sich bis

heute nicht geändert. Waren Brandt, Schmidt, Strauß & Co die Gefolterten und Malträtigten damals in den 1970er Jahren allenfalls egal, bestenfalls bedauernswerte Kollateralschäden, so waren dies die deutschen Wirtschaftsinteressen nie. Tummelte sich in São Paulo – seit Volkswagen und Mercedes, BASF und Bayer samt ihrer ebenfalls deutscher Zulieferer sich dort niederließen – seit den 1970er Jahren eine massive Ansammlung deutscher Wirtschaft, so ist die Metropolregion Grande São Paulo mit ihren über 20 Millionen Einwohner\*innen eine der größten Städte der Erde – und beherbergt die weltweite größte Konzentration an deutscher Industrie. Für deutsche Konzerne rollte da schon immer der Rubel, sei es als *Cruzeiro*, *Cruzeiro Novo*, *Cruzado*, *Cruzado Novo*, *Cruzeiro Real* oder *Real* – und die deutsche Politik gab Schützenhilfe.

### Im Schwellenland den Reibach machen

Ab Mitte der 1970er Jahre stockte der Ausbau der deutschen Atomwirtschaft im Inland – die wütenden Proteste von Wyl und Kalkar, später dann gegen Brokdorf und Gorleben – da bot sich der deutschen Atomwirtschaft das Ausland an: Schwellenländer wie Argentinien, Brasilien, Südafrika, Iran und andere schlossen mit der BRD Atomverträge, die den Bau von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und die Kooperation bei Uranprospektion, -verarbeitung und -aufbereitung vorsah. Ein Bombengeschäft! Alle diese „Abkommen zur friedlichen Nutzung auf dem Gebiet der Nukleartechnologie“ sind bis auf eine Ausnahme bis heute gültig, galt doch in politisch opportunen Momenten (selbst einer rot-grünen Bundesregierung) eine Kündigung derselben als diplomatischer Affront, den es zu vermeiden gelte. Einzig im Falle des postrevolutionären Iran war Deutschland sich flugs einig, dass solch ein Abkommen aufzukündigen sei. „Brasilien ist noch kein Industrieland. Es braucht zum Aufbau und Ausbau seiner Wirtschaft große Energiequellen.“<sup>3</sup> Was die deutsche Bundesregierung 1976 zur Begründung des größten deutschen Exportgeschäfts aller Zeiten unter dem Banner des „Technologietransfers“ bemühte, klingt noch heute wieder in den Verlautbarungen von deutschen Wirtschafts- und Politikvertreter\*innen,



Stadion *Mineirão* in Belo Horizonte: Präsidentin Dilma Rousseff besucht das Projekt.  
Foto: Roberto Stuckert Filho | flickr.

die der Öffentlichkeit weitere Großprojekte schmackhaft machen wollen. „Brasilien brummt“, so 2008 der damalige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder anlässlich seines Besuchs in Lateinamerikas größtem Stahlwerk in Rio de Janeiro, das von der deutschen Bundesregierung eine Exportkreditgarantie in Höhe von 200.000 Euro erhalten hatte, weil das Projekt „förderungswürdig und Risiko mäßig vertretbar“ sei, so die Bundesregierung. „Die ohnehin schon bemerkenswerte deutsche Präsenz in Brasilien [wird durch das Stahlwerk] noch gesteigert“ und „die positive Grundstimmung“ zeige, dass „das gestiegene Lateinamerika-Interesse [...] nachhaltig verankert werden“ müsse. „Brasilien brummt“, resümierte Kauder, „davon konnte sich die Delegation ein beeindruckendes und umfassendes Bild vor Ort machen“.

Was die deutsche Politikprominenz umfassend beeindrucken sollte, deutete sich in linken Medien in Deutschland bereits an – schade nur, dass Fraktionsvorsitzende diese Medien eher selten konsultieren. Revoltierende Fischer\*innen, mutmaßliche Mafiamilizen als Werkssicherheitskräfte angestellt, Umgehung von Umweltgesetzen, Murks am Bau, dann in Folge von anhaltendem Stahlwerkstaub, der schwer toxisch ist, protestierende Anwohner\*innen, Klage einreichende Staatsanwälte, explodierende Baukosten – so, dass das ThyssenKrupp-Stahlwerk in Rio de Janeiro mit seinen sieben Milliarden Euro Baukosten, den Abschreibungen von über drei Milliarden Euro und den eingefahrenen jährlichen operativen Verlusten in Halbmiliardennähe zu einer der größten deutschen Auslandsinvestitionen aller Zeiten

**Junge im neu errichteten Linienpark *Parque Linear Várzeas do Tietê*. Die nahe gelegene *Comunidade São Francisco*, in der er und seine Familie leben, soll der Grünanlage weichen.**

*São Mateus, São Paulo, März 2013.*

Foto: Shift-Projekt | HFK Bremen.







Replik auf FIFA-Generalsekretär Valcke: „Wir werden der FIFA in den Hintern treten!“  
Foto: Alderon Costa | Rede Rua São Paulo.

Baubewilligung, „in Deutschland hätten wir ein Vielfaches dieser Zeit gebraucht.“ Das Werk orientiere sich an „modernster Technologie und an höchsten Umweltstandards“, so Thyssen Krupp selbst. Der Hinweis auf den vielgerühmten Technologietransfer durfte da ebenso wenig wie das Schmankerl oben drauf fehlen: da giftige Gase von Kokerei und Hochofen zur Stromgewinnung mittels Gasturbinen verbrannt und die Rückwärme der Anlagen im Kraftwerk über Dampfturbinen weiterverwendet werden sollen, sollten Teile des Stahlwerks als „Clean Development Mechanism“-Projekt

wurde – und selbst von der Tageszeitung *Die Welt* am 13.6.2013 schlicht als „Schrott“ abgetan wird.

Da wundert es kaum, dass auch die trickreichsten Finten des Geschäftemachens mit heißer Luft zu dem verpuffen, was deren Essenz ist: Luftschlösser.

### Luftschlösser – und verpestete Luft

Der Plan war schlau gedacht! Wie nebenbei sollte das neue Hüttenwerk am Zuckerhut all die in Deutschland aufkommenden Probleme entschärfen: Die zunehmenden EU-Auflagen zur Reduzierung der Feinstaubbelastung in Duisburg, die Vorgaben der neuen EU-Richtlinie für Energieeffizienz zu jährlicher Reduktion von 1,5 Prozent des Energieverbrauchs, die geplante Verknappung der CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte, die von der Stahlindustrie beklagten EU-Benchmark-Werte für CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die steigenden Strompreise in Deutschland, die latente Gefahr, dass in Zukunft der öffentliche Brass über die Befreiung der energieintensiven Betriebe in Deutschland von der EEG-Umlage diesen politischen Entscheid rückgängig machen könnte sowie die aus Betriebsicht doch mehr als ärgerliche Bauvorschrift, nach welcher von der äußersten Emissionsquelle eines Stahlwerks bis zur nächsten Behausung ein Mindestabstand von 1.500 Metern gilt – all das sollte durch das neue Werk umgangen werden. Brasilien, Rio de Janeiro, Stadt am Zuckerhut – das neue El Dorado!

Der Umweltschutzdirektor von ThyssenKrupp lobte 2009 die Schnelligkeit der brasilianischen Behörden bei der

bei der UN-Klimarahmenkonvention UNFCCC anerkannt werden. Grüner Mantel für den Export schmutziger Industrie in die Länder des globalen Südens. Da störte sich dann zunächst auch niemand daran, dass das Stahlwerk mit dem Ausstoß von zukünftig deutlich über fünf Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> je Jahr die CO<sub>2</sub>-Emissionen des gesamten Stadtgebiets von Rio de Janeiro (Industrie, Verkehr, Haushalte) um satte 72 Prozent erhöht.

Schade nur, dass der UNFCCC-abgesegnete „grüne Deal“ im Rahmen des CDM-Mechanismus aus unerklärlichen Gründen nicht funktionierte. Erschien auf der UNFCCC-Webseite das TKCSA-CDM-Projekt der Gasverbrennung und Abwärmenutzung bis 2011 als „beantragt“, so änderte sich der Status in jenem Jahr – ohne je eine Mitteilung darüber verlautbart zu haben – in „zurückgezogen“, so dass es heute im Nirwana der Behördenbewilligungen verschwunden ist – und kein Zeichen mehr von der hochnotpeinlichen Angelegenheit davon Kenntnis geben soll.

In Rio de Janeiro hatte der Multi aus Essen die Rechnung zwar mit dem Wirt (dem Bürgermeister, dem Gouverneur und dem damaligen Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, dem vormaligen Metallarbeitergewerkschafter, dem selbst von seinen engsten Vertrauten immer wieder nachgesagt wird, Lula verstehe „Entwicklung“ unter der doch eher schlichten Perspektive „Stahlwerke, Stahlwerke, Stahlwerke...“), aber ohne die Fischer\*innen und Anwohner\*innen vor Ort gemacht.

**Von Vertragspartner\*innen und Betroffenen: Mit den einen redet man, mit den anderen nicht**

Gleiches gilt für den Weltmarktführer bei großen Wasserkraftturbinen, VoithHydro, einem Joint Venture des Heidenheimer Familienkonzerns Voith und der Münchener Siemens, ebenso wie für die auch in Bayerns Landeshauptstadt ansässigen Konzerne Allianz und Münchener Rück. Alle drei sind am Bau des drittgrößten Staudamms der Welt, Belo Monte im amazonischen Bundesstaat Pará, beteiligt: VoithHydro liefert die Turbinen, Allianz versichert und die Münchener Rück macht die Rückversicherung. „Brasilien brummt“. Auf den Aktionärsversammlungen 2013 und 2014 wurden die Vorstände von Siemens, der Münchener Rück und Allianz gefragt: „Haben Sie überhaupt Kenntnis über die Situation der Betroffenen vor Ort? Hat jemals auch nur ein Vorstandsmitglied sich die Mühe gemacht, mit einem oder einer der Betroffenen zu reden? Oder unterschreiben Sie nur die Verträge und stecken die Millionenprämie ein?“ Die Antwort der Allianz steht hierbei exemplarisch für die drei deutschen Konzerne: „Wir stehen in engem Kontakt mit unserem Vertragspartner, dem Betreiberkonsortium.“

Wer nur mit dem Wirt alles aushandelt, aber die anderen Gäste ignoriert, braucht sich hinterher nicht zu wundern, wenn sich der Zorn der Flussanwohner\*innen, Indigenen und kleinbäuerlichen Gruppen, denen der „Monsterstaudamm“ (O-Ton Vorstandsvorsitzender der Münchener Rück, Nikolaus von Bomhard, auf der Aktionärsversammlung 2013) ihre Lebensgrundlagen zu rauben droht, gegen die Konzerne richtet. Bereits 2010 hatten brasilianische Nichtregierungsorganisationen einen Offenen Brief veröffentlicht, in dem den an Belo Monte beteiligten Konzernen Konsequenzen angedroht werden. „Das Hauptziel dieser Mitteilungen ist, dass die Banken und Fonds über ihre Verantwortung in Kenntnis gesetzt werden, die sich aus ihrer Finanzierungsbereitschaft ergibt. Auf dieser Basis können sie nun darüber entscheiden, ob sie von der Finanzierung Abstand nehmen oder ob sie das finanzielle und Reputationsrisiko auf sich nehmen wollen. Was sie nicht mehr können, ist bei künftig anstehenden Gerichtsprozessen zu behaupten, sie seien sich ihrer Verantwortung nicht bewusst gewesen.“

**Es kommt was in Bewegung**

„Brasilien brummt“. Aber eben auch auf der zivilgesellschaftlichen Seite. Wenn sich in den knapp 30 Jahren seit

Ende der Militärdiktatur etwas geändert hat, dann ist es das Bewusstsein der Menschen, dass sie Rechte haben. Für die sie kämpfen müssen, für die sie protestieren dürfen und die sie einzuklagen versuchen können. Und diese Proteste und Klagen richten sich auch zunehmend gegen ausländische Konzerne, denen der Profit wichtiger als die betroffenen Menschen und die Umwelt sind. Der Stahlkocher in Rio de Janeiro, ThyssenKrupp, spürt, wie das neue Selbstbewusstsein der lokalen Anwohner\*innen ebenso wie der deutsche Vorstandschefs der am Belo-Monte-Staudamm beteiligten deutschen Firmen auf den Aktionärsversammlungen, in der Presse oder aber auf der Anklagebank der Wind ins Gesicht bläst. Siemens musste wegen seiner Korruptionsaffäre bei der Metro in São Paulo unlängst das Gerichtsurteil von Ende Januar dieses Jahres akzeptieren, nach dem der Münchener Konzern für die nächsten fünf Jahre in Brasilien von Staatsaufträgen ausgeschlossen ist. ■

\* Christian Russau ist Autor und Journalist und schreibt u.a. für die Lateinamerika Nachrichten in Berlin.

- 1 Zit.n. Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft. Eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, Amnesty International und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz 1976. S117.
- 2 Das deutsch-brasilianische Bombengeschäft. Sondernummer der Lateinamerika Nachrichten in Kooperation mit dem FDCL, Berlin (West) 1980.
- 3 Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft. Eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, Amnesty International und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz 1976. S117.

**F**ußball-Fans in aller Welt fiebern dem 12. Juni 2014 entgegen. Um 17 Uhr Ortszeit ist Anstoß im Eröffnungsspiel zwischen dem Gastgeber Brasilien und Kroatien im Stadion von São Paulo. Vier Wochen lang rollt der Ball, bis feststeht, welche beiden der insgesamt 32 Mannschaften am 13. Juli im Endspiel in Rio de Janeiro stehen werden. Es besteht kein Zweifel: Brasilien, das Land des fünfmaligen Fußball-Weltmeisters, liebt „futebol“. Trotzdem ist die Fußball-WM zwischen Zuckerrhut und Amazonas nicht unumstritten. Die Fußballweltmeisterschaft scheint als Katalysator für die Unzufriedenheit über soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit im größten Land Lateinamerikas zu wirken.

## Fair statt foul – im Sport und in der Wirtschaft

### Kampagne der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Fußball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien

von Markus Dufner

Bereits Mitte 2013 gingen Hunderttausende in vielen Städten des Landes auf die Straßen und verlangten von Präsidentin Dilma Rousseff höhere Sozialausgaben und keine Verschwendung öffentlicher Gelder für Sportereignisse wie die Fußball-WM. Das Bündnis „Ohne Bürgerrechte wird es keine WM geben“, das sich aus sozialen Bewegungen, Bildungs- und Gesundheitsorganisationen sowie linken Parteien zusammensetzt, ruft seitdem immer wieder zu Demonstrationen auf und fordert einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und mehr Investitionen in das Gesundheits- und Bildungssystem.

#### Proteste gegen die FIFA

Dass sich soziale Proteste auch gegen den Weltfußballverband FIFA richten, ist ein Novum. Viele finden den Gigantismus mit Stadionbauten und die Rundumvermarktung der WM bedenklich. Sie meinen, dass sich ihr Land keine Knebelverträge von einer Sportorganisation aufzwingen lassen sollte. Betroffen sind auch Straßenhändler\*innen, die während der WM im Bereich der Stadien nichts verkaufen dürfen. Organisationen wie *Streetnet International* fordern eine angemessene Partizipation des informellen Sektors in den WM-Austragungsorten.

„Ohne Zweifel hat die WM etwas mit den Protesten zu tun“, meint Cláudia Fávoro, eine Aktivistin im WM-Basiskomitee Porto Alegre. „Denn die Weltmeisterschaft, die Großereignisse, beschleunigen die Prozesse des Ausverkaufs der Städte.“<sup>1</sup> Trotzdem sieht sich die FIFA nicht in der Verantwortung und will mit den sozialen Protesten nichts zu tun haben. Ihr Präsident Sepp Blatter hofft auf einen ruhigen Verlauf der Weltmeisterschaft. Der Schweizer, gegen den es in den letzten Jahren immer wieder Korruptionsvorwürfe gegeben hatte, sagte: „Während des Confed-Cups 2013 war der Fußball Opfer von sozialen Unruhen. Wir hoffen, dass dies bei der WM nicht der Fall sein wird.“<sup>2</sup>

#### Fairplay – Konzerne in der Verantwortung für Mensch und Umwelt

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre hat im Jahr der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien die Kampagne „fairplay – Konzerne in der Verantwortung für Mensch und Umwelt“ gestartet. Die Forderungen der Nichtregierungsorganisation richten sich an Unternehmen, aber auch an den

Sportsektor mit seinen mächtigen Verbänden. Erst durch Sponsoren konnte der Sport – aber insbesondere der Fußball – ein Mega-Geschäft werden, von dem aber nur wenige profitieren. Das ist 2014 bei der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien wieder so. Konzerne wie Adidas, Coca-Cola, McDonalds hoffen, dass der Glanz von „König Fußball“ auf sie abstrahlt.

Für die Schattenseiten einer Weltmeisterschaft – egal ob in Südafrika 2010 oder in Katar 2022 – interessieren sich Sponsoren nicht. Dass wegen des Neubaus von Stadien an den zwölf WM-Spielorten in Brasilien eine Viertel Million Menschen zwangsumgesiedelt wurde: Wen interessiert das?

#### Fairplay – Tugend oder Schwäche?

Fairness gilt als Tugend. Wer sich fair verhält – gerade gegenüber der Konkurrenz – genießt Sympathien. Faire Sportler\*innen werden in unserer Gesellschaft gern als Vorzeigethlet\*innen präsentiert oder zu Held\*innen hochstilisiert. In der Wirtschaft ist das nicht ganz so. Dort steht der Erfolg an erster Stelle. Fairness und Rücksichtnahme gegenüber Konkurrent\*innen – aber auch unter Kolleg\*innen – werden als Schwäche ausgelegt.

Aber die unterschiedlichen Motivlagen in Gesellschaft und Wirtschaft sind nicht säuberlich voneinander getrennt, sie vermischen sich. Unsere auf Leistung getrimmte Gesellschaft möchte immer neue Bestleistungen, Olympiasieger\*innen und Weltmeister\*innen. Wer verliert, wird schnell als „Loser“ abgestempelt, und wer es nur zu Mittelmaß bringt, gilt bestenfalls als „graue Maus“.

Schon der Amateursport fördert das Leistungsdenken, und im Profisport ist es unverzichtbarer Bestandteil. Eine hohe Leistungsdichte ist aber ohne Geld nicht zu haben. Trainer\*innen, Trainingsstätten, Ausrüstung und die Teilnahme an Wettkämpfen müssen finanziert werden. Vereinsmitgliedsbeiträge reichen da schon lange nicht mehr.

### **Sponsoring – das Zaubermittel**

Angesichts leerer werdender öffentlicher Kassen ist das Zaubermittel heute Sponsoring. Je populärer die Sportart und je bekannter der Verein, desto leichter ist es, Sponsoren oder finanzstarke Partner\*innen zu finden. Der Sport braucht das Geld der Wirtschaft – dieses Credo ist weithin akzeptiert und wird nur selten hinterfragt.

Ein Paradebeispiel für Erfolg durch Sponsoring ist der FC Bayern München – Champions-League-Sieger, Deutscher Fußballmeister und angeblich bestgesponserter Verein der Welt. Der eben wegen Steuerhinterziehung verurteilte, langjährige Bayern-Boss Uli Hoeneß „hat den FC Bayern reich gemacht – und das in erster Linie mit seinem Geschick, Sponsoren zu finden“.<sup>3</sup>

Das „Spiel“ funktioniert aber nur deshalb, weil auch die Wirtschaft die Nähe zum Sport sucht. Vom Glanz der Olympiasieger\*innen und Weltmeister\*innen soll etwas auf die Konzerne abstrahlen. Beispiel Adidas. Der zweitgrößte Sportartikelhersteller der Welt schmückt sich gern mit den großen Namen des Sports. Aktuell sponsert das Unternehmen aus dem fränkischen Herzogenaurach die Fußball-Nationalmannschaften von Argentinien, Deutschland und Spanien. Hinzu kommt, dass Adidas schon seit mehr als 40 Jahren Partner des Weltfußballverbandes FIFA ist: Seit 1970 liefert Adidas für alle WM-Spiele den offiziellen Spielball. Die Jahrzehnte alten Geschäftsbeziehungen von Adidas und dem FC Bayern München sind Legende.

Laut Deutschem Sponsoring-Index 2013

betreibt Adidas nach Red Bull das zweitwirksamste Sponsoring. Auf den nächsten Plätzen folgen der direkte Konkurrent Nike, dann Mercedes-Benz, Coca-Cola, Audi und Volkswagen.<sup>4</sup>

Das argentinische Fußballgenie Lionel Messi gehört bereits zur „Adidas-Familie“, in die vor einigen Monaten auch der deutsche Nationalspieler Mesut Özil aufgenommen wurde. Er wirbt für die von der „Adilette“ zur „Özilette“ aufgemotzte Badelatsche. Ob sich der Kicker schon mal die Frage gestellt hat, unter welchen Arbeitsbedingungen die „Özilette“ und andere Adidas-Produkte hergestellt werden? Auch Adidas trägt Mitschuld an den Lebensumständen in Brasilien und in vielen anderen Ländern, in denen für den Drei-Streifen-Konzern produziert wird. Die Menschen, die Adidas-Produkte fertigen, erhalten in aller Regel Löhne, die weit unter dem liegen, was man zur Sicherung der Grundbedürfnisse für sich und die Familie benötigt“, sagte Maik Pflaum von der Christlichen Initiative Romero. „Mit Drohungen, die Produktionsstandorte im Falle von Lohnerhöhungen zu verlagern, macht sich Adidas hier doppelt schuldig.“

### **VWs respektloser Markenbotschafter**

Es gibt Geschäftsbeziehungen zwischen Sportler\*innen und Konzernen, die sich als problematisch erweisen. Der Volkswagen-Konzern will die Fußball-WM dazu nützen, seine Stellung als Automobilhersteller Nr. 1 in Brasilien auszubauen. Hierfür hat VW sechs brasilianische Fußballstars, darunter den dreimalige Weltmeister Pelé, als Markenbotschafter verpflichtet. Zu den größten Massenprotesten seit Jahren bemerkte Pelé: „Vergessen wir dieses ganze Chaos, das in Brasilien geschieht, und denken wir daran, dass das brasilianische Team unser Land, unser Blut ist.“ Dass diese Respektlosigkeit ihres Markenbotschafters gegenüber seinen Landsleuten sich negativ auf das Image von VW auswirken könnte, scheint den Konzern bisher noch nicht zu interessieren. Was ist, wenn der Unmut hunderttausender Brasilianer\*innen,

Der Dachverband der Kritischen Aktionäre hat VW-Chef Martin Winterkorn aufgefordert, nur noch Markenbotschafter auszuwählen, die sich mit demokratischen Rechten identifizieren. Die Briefe mit Forderungen an die Konzernchefs von VW, Adidas und ThyssenKrupp können auf der Website der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre heruntergeladen und unterschrieben werden. Der Dachverband sammelt die Unterschriftenlisten und überreicht sie den Konzernchefs bei den Aktionärsversammlungen am 8. Mai in Fürth und am 13. Mai in Hamburg.



## Das Shift-Photoproject

wurde 2012 von neun Student\*innen der HFK Bremen/Leuphana Universität Lüneburg gegründet. Idee ist es, die sozialen und urbanen Veränderungen und Umstrukturierungen, die in Brasilien im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 stattfinden, fotografisch zu untersuchen. Im Februar 2013 landete die Gruppe in Brasilien, wo hauptsächlich mit analoger Großformat-Technik, ergänzt durch digitale Technik, der fotografische Prozess begann.

V.l.n.r.: Bauarbeiten an der Sport- und Veranstaltungshalle *Ginásio do Maracanãzinho*. *Maracanã*, Rio de Janeiro, März 2013. | Versammlung im Gerichtsgebäude. Rio de Janeiro, März 2013. | Bereits verlassene Häuser werden von Abrissunternehmen unbewohnbar gemacht. *Campo Belo*, São Paulo, März 2013.

die wütend auf Pelés Ignoranz reagierten, sich auch gegen VW wendet?

### Sportevents bringen viele Infrastrukturprojekte mit sich

Für Konzerne wie ThyssenKrupp ist die WM „ein Event, das auch viele Infrastrukturprojekte mit sich bringen wird“. Seit 2010 ist die *ThyssenKrupp GfT Bautechnik* mit ihrer Tochtergesellschaft *ThyssenKrupp GfT do Brasil* in Rio de Janeiro ansässig, um „Bautechnik in Südamerika – made by ThyssenKrupp“ zu realisieren.<sup>5</sup>

Angesichts der zahlreichen Fehler, die ThyssenKrupp bei der Errichtung des TKCSA-Stahlwerks an der Bucht von Sepetiba unterlaufen sind, muss berechtigterweise die Frage gestellt werden, ob der Konzern in der Lage ist, andere Infrastrukturprojekte in Brasilien verantwortungsvoll zu managen.

Das TKCSA-Stahlwerk ist ein ökonomisches, ökologisches und soziales Desaster. Für ThyssenKrupp war es eine milliarden schwere Fehlinvestition. Für 8.000 Fischer\*innen und ihre Familien bedeutete der Bau des Stahlwerks den Verlust ihrer Existenz. Deshalb wurde dem Vorstandsvorsitzenden Heinrich Hiesinger bereits bei der Aktionärsversammlung am 17. Januar in Bochum ein Brief mit Unterschriftenlisten ausgehändigt. Aber

ThyssenKrupp lehnt es beharrlich ab, Verantwortung zu übernehmen und den Fischern eine Entschädigung zu zahlen.<sup>6</sup> ■

\* Markus Dufner, seit September 2006 Geschäftsführer des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.

- 1 „Eine WM für alle wird es nicht geben“. Interview mit Cláudia Fávaro, 6.11.2013. Online abrufbar unter: [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org).
- 2 Siehe Spiegel Online „Proteste in Brasilien: Blatter bezeichnet Fußball als Opfer sozialer Unruhen“, 27.03.2014 Online abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/>.
- 3 Siehe Handelsblatt Online: „Geldmaschine. Wer den FC Bayern München reich macht“. 5.08.2012. Online abrufbar unter: <http://www.handelsblatt.com/>.
- 4 Rentz, Ingo (2013): Deutscher Sponsoring-Index 2013. „Die Richtung stimmt“. Online abrufbar unter: [www.horizont.net/](http://www.horizont.net/).
- 5 <http://www.thyssenkrupp.com/de/bildstrecke/95/>.
- 6 Die Dokumente zur Aktionärsversammlung 2014 können auf der Webseite der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre abgerufen werden. [www.kritischeaktionaeere.de/thyssenkrupp.html](http://www.kritischeaktionaeere.de/thyssenkrupp.html).

**Der** Real rollt. Für Konzerne sind WM und Olympia in Brasilien ein Bombengeschäft. Nicht nur für Firmen, die sich am Stadionbau beteiligen. Denn Brasilien erwirbt auch neue sicherheitstechnische Ausrüstung, um gewappnet zu sein für potentielle Terrorabwehr – und für die Masse an Demonstrierenden. Firmen aus Deutschland und Österreich sind an vorderster Front dabei, während Kritiker\*innen vor Militarisierung im Innern warnen.

## Brasilien trainiert mit Panzern, Wasserwerfern und Kleinkalibern für Olympia und WM

Deutschland und Österreich sitzen auf der Trainerbank

von Christian Russau

Er ist groß. Schwarz lackiert. Seine Kennung lautet 27-0002. Seit Ende Juni 2013 ist er im Land – und wird auf den Straßen gegen die Masse an Protestierenden eingesetzt. Auf dem Fahrzeug thront ein Gefechtssitz. Von dort wird der Wasserstrahl auf sein Ziel ausgerichtet. Wer in diesen Strahl kommt, wird von der Straße gespült. Verletzungen sind nicht ausgeschlossen. Sein Strahl ist hart. Dies sieht selbst Brasiliens größte Tageszeitung *O Globo* so. „Die Militärpolizei von Rio setzt auf eine neue Waffe, um Demonstrationen auseinander zu treiben: einen Wasserwerfer mit Hochdruckwasserstrahl. Wer an diesem Samstag im Zentrum der Stadt war, konnte das Fahrzeug sehen, eskortiert von vier Motorrädern, als es in Richtung des Sitzes des *Batalhão de Choque* [Sonderkommando der Militärpolizei] im [Stadtteil] Cidade Nova fuhr.“ So berichtete die *Globo*-Tochter *Extra* Ende Juni, damals, auf dem vorläufigen Höhepunkt der Massendemonstrationen, die Brasilien erfasst hatten. *Extra Globo* verweist in dem Beitrag darauf, dass „die Türken, die in Istanbul auf die Straßen gingen, die Kraft dieses Wasserstrahls sehr gut kennen“. Und auf dem abgebildeten Foto des Wasserwerfers, deutlich zu erkennen, prangen zwei der fünf letzten Buchstaben des Alphabets, aufeinander, eingefasst im Kreise – das Logo von Deutschlands größtem Autobauer, Volkswagen. Programm- und Szenenwechsel zu den Live-Streams im World Wide Web: Bilder aus Istanbul, Taksim-Platz.

Demonstrant\*innen im Tränengasnebel. Auf den leergeschossenen Patronen leuchten die brasilianische Fahne und der Satz „Made in Brazil“. Als „*Condor Tecnologias Não-Letais S.A.*“, also als Hersteller nicht-tödlicher Waffen, bezeichnet sich die Firma mit Sitz in Rio de Janeiro. Sie zählt zu den weltgrößten Tränengasherstellern überhaupt. Nachdem massenhaft Fotos der leeren Tränengaskartuschen vom Taksim-Platz in den sozialen Netzwerken verbreitet wurden, bestätigte *Condor Tecnologias*, der Lieferant zu sein. „Die Türkei ist eines der Länder, in welche Condor exportiert, doch kauft die türkische Polizei diese Art von Ausrüstung auch bei anderen Lieferanten, unter anderem US-amerikanischen und südkoreanischen“, hieß es in einer Mitteilung. Während in Rio deutsche Fahrzeugtechnik für Panik bei den Demonstrant\*innen sorgt, fliehen sie auf dem Taksim-Platz in Istanbul vor brasilianischem Tränengas. Die neue Art der internationalen Arbeitsteilung.

In Brasilien laufen derzeit die Vorbereitungen für die bevorstehenden sportlichen Großereignisse – die Fußballweltmeisterschaft der Männer 2014 und die Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro. Zur „Gefahrenabwehr“ oder „Terrorabwehr“ heißt für die Regierenden weltweit die Devise: „Sicherheitstechnik“. Da will auch das Land am Zuckerhut nicht zurückstecken. Und Brasilien lässt sich nicht lumpen: Für 70 Millionen US-Dollar bestellte Brasilien Militärtechnik in den USA, in Israel und auch in Deutschland: Drohnen, ferngesteuerte Roboter mit Kameras und Chemie-Detektoren und Panzer zur Boden-Luftabwehr.<sup>1</sup>

In Deutschland bestellte Brasilien 34 gebrauchte Exemplare des Flugabwehrpanzers Gepard 1A2. Der Panzer kann auch ferngesteuert betrieben werden. Die ersten Exemplare trafen bereits im Mai 2013 in Brasilien ein und wurden erstmals zum Besuch des Papstes auf dem katholischen Weltjugendtag in Rio de Janeiro eingesetzt. „Wir benötigen die Panzer, um bei Großereignissen die Menschen in den Stadien zu schützen“, argumentierte der General der Luftwaffe Marcio Roland Heise. Der Panzer verfügt über zwei 35-mm-Geschütze und soll Flugobjekte auf kürzere Distanz abschießen können. Der Gesamtpreis für die von Krauss-Maffei, Blohm + Voss und Siemens gefertigte Panzerflotte soll bei knapp 40 Millionen US-Dollar liegen.

Von den Sportereignissen in Brasilien soll auch der österreichische Kleinwaffenhersteller Glock profitieren. Laut Informationen der Tageszeitung *Gazeta do Povo* haben die Bundespolizei sowie die Militärpolizei des Staates Rio de Janeiro mit dem Rüstungsunternehmen einen Exklusivvertrag für die Bewaffnung ihrer Polizeieinheiten während der 2016 in Rio de Janeiro stattfindenden Olympischen Spiele abgeschlossen. Die *Gazeta do Povo* berichtet, dass brasilianische Militärs und Polizisten nach Wien reisen durften – bezahlt durch die „berühmte österreichische Firma“.

Zumindest die Anschaffung der deutschen Panzer – so ein Bericht der Tageszeitung *Folha de São Paulo* – geht ausdrücklich auf eine Anforderung der FIFA zurück. Auch Kritiker wie der Soziologe und Stadtplaner Professor Carlos Vainer weisen darauf hin, dass die Aufrüstung von internationalen Organisationen wie dem Weltverband des Fußballs verlangt wurde. „Die FIFA wandte sich als militärischer Berater an unsere Streitkräfte und bestimmte, welche Art von Waffen sie kaufen sollten. Das ist eine komplette Verhöhnung der nationalen Souveränität.“ Mit den bevorstehenden Mega-Events gewinne die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit, die Professor Vainer als das „hartnäckigste Erbe der Militärdiktatur“ bezeichnet, neue Impulse.

Zudem gefährde die Schaffung eines besonderen Sekretariats für Öffentliche Sicherheit von Großveranstaltungen das föderale Prinzip Brasiliens und damit die demokratische Ordnung des Landes. „Diese technischen Innovationen im Namen des Fußballs werden dauerhaft

antidemokratische und verfassungswidrige Veränderungen hinterlassen“, befürchtet der Professor. Diese Sorge teilen offensichtlich auch viele soziale Organisationen und Bürger\*innenbewegungen Brasiliens. Sie warnen seit Jahren vor der Militarisierung des öffentlichen Raums. Angesichts der nun bekannt gewordenen Waffenkäufe durch den Staat wächst ihre Sorge, dass Rio de Janeiro bis zu den Olympischen Spielen 2016 „komplett militarisiert“ wird, heißt es in einer ausführlichen Analyse des Basiskomitees zur Olympiade und der Weltmeisterschaft in Rio de Janeiro. Dazu passen jüngste Meldungen über die vom brasilianischen Verteidigungsminister Celso Amorim am 19. Dezember 2013 unterzeichnete gesetzliche Durchführungsbestimmung N° 3.461/MD über die „Gewährleistung von Gesetz und Ordnung“<sup>2</sup>. Diese Gesetzesbestimmung bezieht sich laut dem Rechtsakt explizit auf den „Zeitraum vor oder während der [sportlichen Groß-]Events“. Und der Verteidigungsminister geht dabei nicht zimperlich vor: Proteste während der WM können als „terroristische Akte“ eingestuft und mit 15 oder sogar bis zu 30 Jahren Haft bestraft werden.

Bereits Ende Juni 2013 berichteten brasilianische Medien über die Besorgnisse der internationalen Sponsoren der Fußballweltmeisterschaft, die fürchteten, durch die Proteste könnte ihr Markenimage leiden. Brasília reagiert nun offensichtlich mit allen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln. Es kann im Land des Fußballs nicht sein, was nicht sein darf: Protest gegen Fußball und gegen die WM, gegen die Milliardenausgaben des Staates,

V.l.n.r.: „Lukrative Gewalt“. Foto: Alderon Costa, Rede Rua São Paulo | VW-Wasserwerfer. Foto: Fernando Frazão, Agência Brasil.



gegen die Vertreibungen infolge des WM-Baubooms in den zwölf Austragungsstädten.

Ist also alles doch nicht so harmlos, wie gerne von den FIFA-Sponsoren behauptet? Ist den fränkischen und schwäbischen Sitzschalenfabrikanten für die Bestuhlung der Stadien, den Architektur- und Planungsbüros aus Berlin, München, Stuttgart und Hamburg<sup>3</sup>, ist der deutschen Entwicklerin der Torlinientechnik, ist dem fränkischen Schuhfabrikanten mit den drei Streifen oder ist den über 100 deutschen Unternehmen, die sich bereits 2010 der Initiative „WinWin 2014/16“ anschlossen, um zur WM deutsche Kenntnisse nach Brasilien zu transferieren, ist dem Bundesverband der deutschen Industrie BDI bewusst, dass seine Einrichtung eines speziellen Brasilien-Boards<sup>4</sup> für die Fußballweltmeisterschaft 2014 für interessierte deutsche Unternehmen ein Imagerisiko darstellt? Denn war in den vergangenen Jahrzehnten für Unternehmen die Beteiligung an WM-Vorhaben meist ein Imagegewinn, so steht dies angesichts der latenten Protestwelle in Brasilien in Frage. Zu selbstsicher sollten sich die Konzerne und Firmen nicht sein. Denn Brasilien ist nichts für Anfänger, besagt das Bonmot des brasilianischen Komponisten Tom Jobim. ■

\* Christian Russau ist Autor und Journalist und schreibt u.a. für die Lateinamerika Nachrichten in Berlin.

Vorabdruck aus: Gerhard Dilger, Thomas Fatheuer, Christian Russau, Stefan Thimmel (Hrsg.): *Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie. Mythen und Helden, Massenkultur und Proteste*. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. VSA-Verlag, 240 Seiten. Erscheint im Mai 2014. ISBN 978-3-89965595-7

1 Daniljuk, Malte; Russau, Christian (2013): Brasilien rüstet für Olympia und WM auf. Brasilien kauft Drohnen, Roboter und Luftabwehrpanzer für Mega-Events. Sicherheitstechnische Aufrüstung angeblich durch FIFA erzwungen, amerika21.de, 2.6.2013.

2 online abrufbar unter: [www.defesa.gov.br/arquivos/File/doutrinamilitar/listadepublicacoesEMD/md33\\_m\\_10\\_glo\\_1\\_ed2013.pdf](http://www.defesa.gov.br/arquivos/File/doutrinamilitar/listadepublicacoesEMD/md33_m_10_glo_1_ed2013.pdf)

3 Walter, Jan O.: Deutsche Ingenieurskunst in Brasiliens Stadien. Online abrufbar unter: [www.dw.de/deutsche-ingenieurskunst-in-brasiliens-stadien/a-16863343](http://www.dw.de/deutsche-ingenieurskunst-in-brasiliens-stadien/a-16863343). Zugriff 5.Febr. 2014.

4 Fasse, Markus u. Axel Höpner: Wie deutsche Firmen von der WM in Brasilien profitieren. Online abrufbar unter: [www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/milliarden-programm-wie-deutsche-firmen-von-der-wm-in-brasilien-profitieren/3450156.html](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/milliarden-programm-wie-deutsche-firmen-von-der-wm-in-brasilien-profitieren/3450156.html). Zugriff 5.Febr. 2014.

**João** Tancredo ist Anwalt und Vorsitzender des Instituts zur Verteidigung der Menschenrechte (*Instituto de Defesa dos Direitos Humanos, DDH*), das die politischen Gefangenen der Demonstrationen in Rio de Janeiro verteidigt. In diesem Interview erläutert er, dass die aktuelle brasilianische Gesetzgebung bereits alle denkbaren Straftaten abdeckt, die auf Demonstrationen begangen werden können. Es seien daher wirtschaftliche Interessen im Zusammenhang mit der WM, die hinter dem derzeit im Kongress diskutierten Vorschlag eines Anti-Terrorgesetzes stünden.

## „Anti-Terror-Gesetz atmet Geist der Militärdiktatur“

Interview mit João Tancredo

von Cátia Guimarães

**Wie sieht es in anderen Ländern aus, in denen es spezifische Gesetze gegen Terrorismus gibt? Gehen sie dort ebenfalls auf Ereignisse zurück, die dem Aufruhr um den Tod des Kameramanns Santiago Andrade ähnlich sind?**

Im Allgemeinen handelt es sich um eine Art „Gelegenheits-Gesetzgebung“. Es sind Gesetze, die von einem bestimmten Fall provoziert wurden und sich entsprechend schnell als Irrtum herausstellen. Vor allem, wenn sie sich auf die Definition eines Strafbestandes beschränken, sind sie nicht sehr langlebig.

**Das Hauptargument für ein spezifisches Anti-Terrorgesetz lautet, die „Chaoten“ könnten zwar festgenommen, aber nicht länger in Haft behalten werden, weil es keinen entsprechenden gesetzlichen Rahmen gäbe, der dies regeln würde. Stimmt das?**

Nein, das stimmt so nicht. Brasilien ist eines der wenigen Länder, das für alles ein Gesetz hat. Es reicht also aus, diese zu nutzen. Es geht darum, dass sie für die WM eine härtere Gesetzgebung wollen. Es gibt mächtige Wirtschaftsgruppen, die verhindern wollen, dass die Leute auf die Straße gehen, egal auf welche Demonstration. Demonstrierende als Terrorist\*innen zu bezeichnen ist völlig absurd. Demonstrierende sind Demonstrierende. Natürlich gibt es auch Straftäter\*innen, aber dafür sind entsprechende Tatbestände definiert. Wenn jemand

eine Straftat begeht, wie sie im Strafgesetzbuch steht, wird diese Person festgenommen. Das geltende Gesetz sieht all dies vor. Dafür braucht nichts Neues erlassen zu werden. Es reicht, den bestehenden Rahmen auszuschöpfen.

**Aber die Abgeordneten, die sich für das neue Gesetz aussprechen versichern, dass es das Demonstrationsrecht nicht einschränken würde...**

Vor wenigen Tagen wurde der Versuch unternommen, den Tatbestand des „gewaltsamen Verschwindenlassens“ zu etablieren. Verschwindenlassen durch staatliche Beamte. Dies kam im Zuge des Falls [des verschwundenen und zu Tode gefolterten] Amarildo auf. Aber was haben die Parlamentsabgeordneten getan? Sie strichen die Passage „durch staatliche Beamte“. Auch hier gilt: Es ist die Hysterie des Moments, in der der Ruf nach neuen Gesetzen laut wird. Ich wiederhole, dass ich dies für einen großen Fehler halte. (...) Mit dem Anti-Terrorgesetz wird versucht, jede soziale Bewegung zu kriminalisieren, die sich gegen etwas wehrt: die etwa die Ausgaben zur WM kritisiert, eine bessere Gesundheitsversorgung einfordert oder eine höhere Qualität im Bildungswesen. Das Ziel ist es, alles und jeden zu kriminalisieren. Das ist unsere große Befürchtung. Der von Beltrame vorgelegte Gesetzesentwurf [für das Antiterrorgesetz] atmet den Geist der Militärdiktatur. Es fehlt nur der Anstand zuzugeben, dass es sich um die Neuauflage einer veralteten Gesetzgebung aus der Militärdiktatur handelt. Bereits heute ist geregelt, dass das Mitführen eines Wurfgegenstandes oder eines waffenähnlichen Objektes, die potentielle Verletzung Dritter bedeutet. Das ist strafbar. Wenn jene Jugendlichen, die [des Totschlags von Santiago Andrade] beschuldigt werden – und über deren Täterschaft keinesfalls Klarheit besteht – mit entsprechenden Wurfgegenständen gefasst würden, könnten sie verhaftet werden. Auch wenn dieser Wurfgegenstand niemanden getroffen hätte, der Strafbestand bliebe bestehen. Wenn jemand verletzt oder tödlich getroffen wird, wiegt dies noch

schwerer, aber der Gesetzesverstoß greift bereits vorher. Entsprechend könnten sie auch bereits bestraft werden. Aber sie wollen Märtyrer schaffen und versuchen härtere Strafmaßnahmen durchzusetzen.

**Die überwiegende Mehrheit der zahlreich auf den Demonstrationen verhafteten Personen wurde wieder frei gelassen. Wieso?**

Es ist gängige Praxis der Polizei, nicht zulässige Verhaftungen vorzunehmen. Und wenn ich Polizei sage, meine ich nicht die einzelnen Beamt\*innen, die ihre Befehle ausführen, sondern ich rede vom Staat und vom zuständigen Sicherheitsstab.

Ein Großteil der Verhaftungen war komplett illegal. Nicht zu vergessen: Santiago starb, aber die Polizei platzierte auch Feuerwerkskörper in die Rucksäcke von Demonstrant\*innen. Die Polizei feuerte Schüsse mit Gummigeschossen ab und verletzte dabei nicht nur Demonstrierende, sondern auch anwesende Journalist\*innen. Es scheint, als spiele dies keine Rolle mehr und alle reden nur noch von Santiago. Das ist ein großer Fehler. Die Leute wurden frei gelassen, weil die Verhaftungen nicht rechtmäßig waren. Die Polizei geht oft so vor: erst festnehmen und dann nachträglich die Verhaftung mit einem Geständnis der Person legitimieren. Da das nicht funktioniert, muss sie sie wieder frei lassen. Daher kommt der Ausspruch: „Die Polizei nimmt fest und die Justiz lässt wieder frei“. Sie lässt sie mangels rechtlicher Grundlagen frei, sonst hielte die Polizei sie weiter fest. Die große Zahl Gefangener, die wir bis heute haben, schreit zum Himmel. Da ist zum Beispiel Rafael, ein Obdachloser, der eine Dose des Raumsprays *Pinho Sol* bei sich trug, um seinen Schlafplatz zu reinigen. Er wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Ist es das, was wir wollen? Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass eine willkürlich handelnde Polizei allen gegenüber eigenmächtig handelt. So eine Polizei nützt niemandem etwas. Eine Polizei, die Straftaten begeht, taugt nichts und muss verhindert werden. Noch schlimmer sind aber Regierende, die das Begehen von Straftaten fördern.

**In anderen Fällen wurde versucht, Demonstrierende als organisierte Gruppen darzustellen und der Bandenbildung zu bezichtigen. Wie steht das in**



„Ich denke, dass die Weltmeisterschaft in Brasilien ein grandioses Fest wird. Im Vergleich zur WM in Deutschland 2006, wo fast alle Vorbereitungen sechs Monate vor der WM schon abgeschlossen waren, wird es in Brasilien schon etwas Unordnung geben. Dass es Missstände im Land gibt, ist ja bekannt. Aber ich finde, wir dürfen trotzdem feiern. Ich möchte es einmal sinnbildlich ausdrücken: Meine Schwester wohnt im selben Haus

mit einem kranken Mann, trotzdem wird sie zur WM eine Party veranstalten.“

*Fernando Vieira d'Avila, 30, Beamter.*

### **Verbindung mit dem Terrorismusvorwurf?**

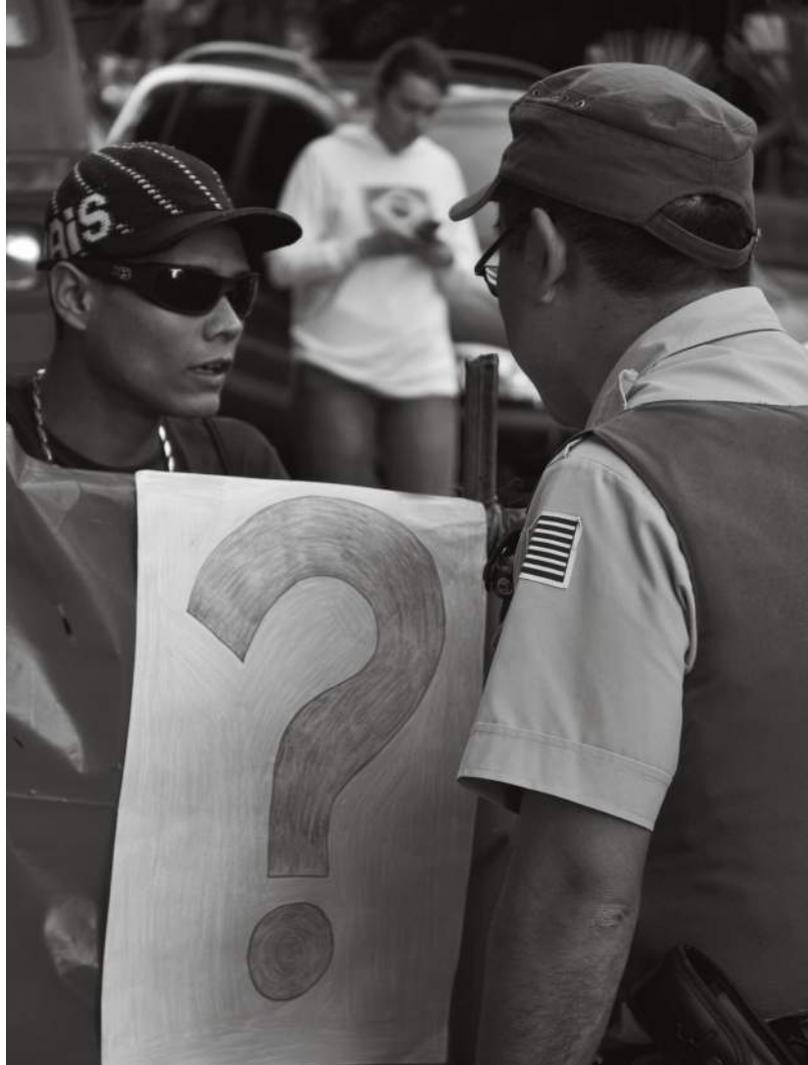
Dieser Aspekt wird ebenfalls verfälscht. Diese spezifische Gesetzgebung wurde speziell entwickelt, um Milizen und organisierte Kriminelle zu bestrafen. Hier werden fallspezifische Gesetze herangezogen, um Demonstrierende zu belangen. Daran sieht man, wie sehr sich das eigentliche Ziel ins Gegenteil verkehrt hat. Es war also unmöglich, in diesem Rahmen die Verhaftungen zu rechtfertigen, denn Bandenbildung liegt nur dann vor, wenn sich mehr als drei Personen dauerhaft zusammenschließen, um Straftaten zu planen und zu begehen. Das passt also nicht, denn Demonstrierende sind keine kriminelle Vereinigung, die Straftaten gemeinsam vorbereiten. Ist es eine Straftat zu einer Demonstration aufzurufen? Nein! In einer Demokratie gibt es das Recht zu demonstrieren. Es handelt sich um einen Versuch, Gesetze da anzuwenden, wo sie nicht passen. Jetzt brauchen sie eine Gesetzgebung, die ihrer Ansicht nach effektiver ist, um die Gesellschaft soweit einzuschüchtern, dass sie sich nicht mehr traut, zu demonstrieren.

### **Das gewaltsame Verhalten, das bei den Demonstrationen zu Tage trat, ist also nicht als Terrorismus zu betrachten?**

Nein. Beschädigung öffentlichen Eigentums ist ein Straftatbestand und kann sowohl im Rahmen des Strafrechts als auch im Rahmen der zivilrechtlichen Haftung für Demonstrationsschäden geahndet werden. Es handelt sich also offensichtlich nicht um Terrorismus.

### **Der Gesetzesvorschlag PLS 499/2013 spricht vom Terrorismus gegenüber Sachmitteln wie Schulen, Umspannwerken, Krankenhäusern und Stadien, die als Grundversorgungsdienste betrachtet werden. Ist das sinnvoll?**

Nein, das gibt keinerlei Sinn. Der Terrorakt ist dadurch definiert, dass er Personen in Gefahr bringt. Das größte Gut, das wir zu schützen haben, ist das Leben und die körperliche Unversehrtheit. Zerstörung von öffentlichem oder privatem Eigentum ist etwas anderes. Wie ich schon sagte, wenn Demonstrierende Eigentum zerstören, dann werden sie dafür haftbar gemacht. Es war die Polizei, die in Rio de Janeiro Wurfgeschosse in das Krankenhaus Salgado Filho geworfen hat. Deswegen mussten sogar Patient\*innen verletzt werden. Wenn hier jemand Terrorakte vollführt, dann sind es Staatsbeam\*innen.



-Ohne Worte- Foto: Alderon Costa | Rede Rua São Paulo.

### **Die in der Gesetzesvorlage PLS 499/2013 vorgesehenen Strafen sind höher als die in den Gesetzen aus der Diktaturzeit. Wie ist das zu erklären?**

Die Leute glauben, je mehr Zeit jemand im Gefängnis verbringt, desto eher dient die Person der Gesellschaft als abschreckendes Beispiel. Doch das ist ein großer Irrtum. Von dem Tag an, an dem Gefängnis gleichbedeutend ist mit Resozialisierung, wäre dies ideal. Wäre dies schon heute Realität, dann wären die USA das beste Land der Erde. Und Brasilien ebenso, denn Brasilien hat die drittgrößte Gefängnisbevölkerung der Welt. Lange Haftstrafen sind also keinesfalls eine Garantie dafür, dass die Personen keine Straftaten mehr begehen. Es ist vielmehr Synonym dafür, dass mehr Leute für längere Zeit inhaftiert sind – nichts weiter. Rafael, der verhaftete Obdachlose, wird mit einer bedeutenden kriminellen Ausbildung aus dem Gefängnis kommen. Die langen Strafen, die Kinder zu Teil werden, sind wenig wirkungsvoll. Wir müssen anfangen, die Frage der Bestrafung neu zu denken.

# Manifest gegen die Kriminalisierung von Anwältinnen und Anwälten, die sich für die Verteidigung von Demonstrierenden einsetzen

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, äußern hiermit unsere große Sorge angesichts der zunehmenden Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen, die sich im Zusammenhang mit den Demonstrationen seit Juni vergangenen Jahres engagieren.

Der Versuch, diese Anwalt\*innen zu behindern und zu entmutigen, ist ein Rückschritt für die Demokratie. In einem demokratischen Rechtsstaat ist es von fundamentaler Bedeutung, dass die Grundrechte für alle und in umfassender Form gewährt werden. Es ist deshalb besorgniserregend, wie Anwalt\*innen diffamiert werden, wenn sie ihren Beruf ausüben und dabei ihre Pflicht wahrnehmen, jene zu verteidigen, die angeklagt sind, während der Proteste Straftaten begangen zu haben. Wir betonen, dass die Demonstrierenden Forderungen formulieren, die essentiell für die Festigung der brasilianischen Demokratie sind: die Demokratisierung der Mobilität in der Stadt, die Entmilitarisierung der Polizei, ein Ende der Hinrichtung von Jugendlichen insbesondere afro-brasilianischer Herkunft und aus städtischen Armenvierteln.

Seit Juni gibt es unzählige Beschwerden über die Behinderung anwaltschaftlicher Arbeit: die Unterbindung der Kommunikation mit inhaftierten Demonstrierenden; informelle Anhörungen ohne anwaltlichen Beistand, obwohl Anwalt\*innen greifbar wären sowie die Weigerung von Polizeistellen, Auskunft über die Anschuldigungen gegenüber verhafteten Mandant\*innen und über deren Verbleib zu geben. Wir weisen deshalb darauf hin, dass der Staat weiterhin die Grundrechte der Demonstrierenden verletzt, indem er ihr Recht auf Verteidigung beschneidet. Wenn die Anwalt\*innen selbst Opfer polizeilicher Willkür werden, verschärft dies die Repression gegenüber den Protestierenden: Sie werden bedroht, beschimpft und sogar mit Tränengas, Gummigeschossen und Schlagstöcken körperlich angegriffen. Solche Vorkommnisse verletzen nicht nur die elementaren Rechte der Berufsgruppe der Anwalt\*innen, sie sind vielmehr Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat, zu dessen Kern die Garantie und die Verteidigung der Bürger\*innenrechte gehört.

Der tragische Tod des Kameramanns Santiago Ilídio de Andrade gibt allen Anlass zu großer Trauer, die für eine Kultur der Rechte und des Respekts sowie für eine Wertschätzung des Lebens kämpfen. Wir verurteilen es, wie aus diesem Verlust politisches Kapital geschlagen wird, um jene weiter zu kriminalisieren, die Teilnehmende der Demonstrationen verteidigen. Die Arbeit der Anwalt\*innen hat zum Ziel, Freiheiten zu verteidigen, sei es das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Demonstrationsfreiheit, oder das Recht auf die individuelle Verteidigung der Grundrechte der Protestierenden.

Anwalt\*innen werden öffentlich und in feiger Manier angefeindet und bedroht, weil sie ihrer durch die Verfassung garantierten Aufgabe nachkommen. Deshalb ist es wichtig, die Verteidiger\*innen der Bürger\*innenrechte zu unterstützen, die in den letzten Tagen angegriffen wurden. Es muss deutlich gemacht werden, dass die Ausübung der anwaltlichen Vertretung jederzeit und ohne Einschränkung möglich sein muss, da sonst Gefahr für die Demokratie droht.

Rio de Janeiro, 12. Februar 2014.

*Anm.d.Red.:* Die Liste der zahlreichen Institutionen und Einzelunterzeichner\*innen ist abrufbar auf der Website: <http://ddh.org.br/manifesto-contra-a-criminalizacao-de-advogadas-e-advogados-que-atua-m-em-defesa-de-manifestantes/>

## **Einige soziale Bewegungen und Menschenrechtsaktivist\*innen nennen diesen Gesetzesvorschlag den AI 5 der Demokratie. Sehen Sie das auch so?**

Die Sicherheitsgesetze AI 5<sup>1</sup> wurden von der Militärjunta erlassen, während der jetzige Vorschlag von der Legislative stammt, von gewählten Abgeordneten. Ich habe große Zweifel an der heutigen repräsentativen Demokratie. Zweifel, ob diese Abgeordneten wirklich die Gesellschaft repräsentieren oder ob sie Interessengruppen vertreten. Ich glaube, es ist eine Neuauflage des AI 5, allerdings in verschlimmelter Form, weil der Zeitpunkt ein anderer ist. Man kann sie „AI 5 der Demokratie“ nennen. Das ist ein passender Name. Aber es gibt einen verschärfenden Aspekt: Das Gesetz ist kein Erlass einer Militärdiktatur. Es ist vom Parlament abgestimmt und hat die Zustimmung der ebenfalls „vom Volk rechtmäßig gewählten“ Regierung. Ich glaube, dass dies nicht das ist, was wir brauchen.

## **Welchen Nutzen hat Brasilien von einem Anti-Terrorgesetz?**

Die WM geht, das Land bleibt. Und ich denke, dieses Erbe sollten wir nicht mitnehmen. Ich glaube, dass die Weltmeisterschaft keinerlei positiven Nutzen für die Gesellschaft bringen wird. Lediglich große Firmen werden davon profitieren. Und wir wissen, dass diejenigen die davon profitieren, diesen Nutzen nicht an die brasilianische Gesellschaft zurückgeben. Ich glaube, dass wir mit den Kräften, die wir noch haben, dafür kämpfen müssen, dass uns dies nicht zum verfluchten Erbe für das Land wird. ■

\* Cátia Guimarães, Escola Politécnica de Saúde Joaquim Venâncio (EPSJV). Der Text ist in gekürzter Fassung auf deutsch unter Poonal erschienen.

Aus dem brasilianischen Portugiesisch übersetzt von Tina Kleiber.

<sup>1</sup> Durch den Institutionelle Akt Nr.5 erhob die Militärjunta den Ausnahmezustand zum „Normalfall“ und begründete die „Bleiern Jahre“ der brasilianischen Militärdiktatur (Anm.d.Red.).

**A**ls FIFA-Generalsekretär Jérôme Valcke Anfang März Brasilien einen erneuten Besuch abstattete, versuchte er erst gar nicht gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Seine Kritik am Gastgeberland fiel hart aus. Vor allem die Verzögerungen auf den Baustellen der Stadien bereiten dem Fußballweltverband Sorgen. Die WM rückt unaufhaltsam näher und der Druck auf Brasilien wächst mit jedem Tag. Während sich das Land auf das Megaevent vorbereitet mobilisieren soziale Bewegungen gegen die WM im eigenen Land. Seit Anfang des Jahres organisiert ein Bündnis in São Paulo Demonstrationen mit dem Motto „Wenn es keine Rechte gibt, wird es keine WM geben“. Die Kritik am Sportevent soll auf die Straße getragen werden. In erster Linie werden die enormen Ausgaben im Zuge der WM bemängelt und Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitssystem gefordert. Laut den Aktivist\*innen sind die Konsequenzen der WM verheerend, vor allem für die ärmsten Bevölkerungsschichten: Bereits über 250.000 Menschen wurden aus ihren Häusern geräumt, um Platz für das „Fußballfest“ zu machen. Dem Staat kommt die Kritik äußerst ungelegen. Seit den Massenprotesten im vergangenen Juni steht dieser nämlich nicht nur im eigenen Land stark unter Druck. Unlängst forderte die FIFA von der brasilianischen Regierung erneut Garantien ein, dass mögliche Demonstrationen nicht den Ablauf des Turniers stören werden. Mit ihrer Kampfansage „Es wird keine WM geben“ fordert die Protestbewegung den Staat heraus. Und dieser reagiert nicht zimperlich. „Seit Juni letzten Jahres gehen Brasilianer\*innen auf die Straße. Für die Regierung bedeuten die Proteste eine Destabilisierung, deshalb hat der Staat eine Gegenoffensive gegen soziale Bewegungen gestartet“ meint die Aktivistin Luisa D’Avola am Rande der dritten Großdemonstration in São Paulo am 13. März 2014. „Gerade im Jahr der WM und der Wahlen kann sich der Staat keine Destabilisierung leisten“. Am heutigen Abend, dem 13. März 2014, versammeln sich die Aktivist\*innen auf dem *Largo da Batata* (Platz der Kartoffel), im Westen der Stadt. Den 1.500 Demonstrierenden steht ein Großaufgebot von 2.300 Polizist\*innen gegenüber. Diese leiten den Protestzug durch das schicke Büroviertel *Faria Lima* zur brasilianischen Prachtstraße Avenida Paulista. Hinter dem Polizeispalier patrouillieren Beamte mit dem Finger auf dem Abzug der Gummi-geschossgewehre. Heute fällt kein Schuss. Die Demons-

tration bleibt weitgehend friedlich und lediglich fünf Personen werden verhaftet. Am Kunstmuseum *MASP* löst sich der Protestzug auf. Dass der überwiegend gewaltlose Verlauf der Demonstration einem neuen Deeskalationskurs geschuldet ist, darf bezweifelt werden. Nach den Ereignissen auf der letzten Demonstration in der Stadt stehen Proteste wieder stärker im medialen und zivilgesellschaftlichen Fokus. So begleiten heute Menschenrechtsbeobachter\*innen, Angestellte der Schiedsstelle der Polizei sowie ein Heer aus Pressevertreter\*innen den Protestzug.

## Hexenjagd fürs Fußballfest

Wenige Monate vor der Fußballweltmeisterschaft spitzt sich die Repression gegen die Protestbewegung zu

von Niklas Franzen

Der 22. Februar 2014 gilt für Viele als trauriger Höhepunkt der Repression gegen die Bewegung. An diesem Samstag stoppte die Polizei die zweite Großdemonstration des Anti-WM Bündnisses rund eine Stunde nach Beginn und kesselte den vorderen Teil des Zuges ein. 262 Personen wurden an diesem Abend in der Innenstadt São Paulos verhaftet, darunter fünf Journalisten. „Das waren gestern die schwersten Bürgerrechtsverletzungen, die ich jemals erlebt habe“ kommentierte der Professor der staatlichen Universität von São Paulo Pablo Ortellado die Ereignisse am Tag darauf. Anwält\*innen und Journalist\*innen berichteten von massiven Übergriffen und Behinderungen von Seiten der Polizei. Diese feierte den Einsatz als Erfolg und rechtfertigte ihr Eingreifen damit, dass Demonstrierende dazu aufgerufen hätten, Sachbeschädigungen durchzuführen. Bereits im Vorfeld der Demonstration bewies der Staat seine harte Hand. So erhielten 40 Aktivist\*innen aus São Paulo, denen unter fadenscheinigen Vorwürfen die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wurde, die Aufforderung, sich zum Zeitpunkt der Demonstration bei einer Polizeiwache zu melden. Wie der Chef des Einsatzes Wagner Guidice bestätigte, hatten die Vorladungen zum Ziel, die Teilnahme der Aktivist\*innen an der Demonstration zu verhindern. In

Zukunft könnte diese Methode laut Guidice wiederholt werden. In den Tagen vor der Demonstration kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen bei linken Aktivist\*innen. Außerdem wurden eine Reihe von Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Gegensatz dazu müssen Polizist\*innen in Brasilien kaum mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen. Trotz regelrechter Gewaltexzesse und Verstöße auf fast jeder Demonstration, wurden bislang keine Polizeibeamtin und kein Polizeibeamter für eine Tat bestraft. Diese Straflosigkeit wird durch das Fehlen jeglicher sichtbarer Identifikationsmöglichkeit noch begünstigt. Obwohl es das Gesetz vorschreibt, tragen die Polizist\*innen auch bei der dritten Großdemonstration keine Namensschilder. Die Begründung heute: Die Uniformen seien neu und die Namensschilder noch nicht angenäht.

Für die Schüsse auf Fabrício Proteus Nunes musste sich außerdem bislang kein Polizeibeamter verantworten. Der 22-jährige war am 25. Januar 2014 am Rande der ersten Großdemonstration gegen die WM durch drei von Militärpolizisten abgefeuerte Schüsse lebensgefährlich verletzt worden.

Die Verschärfung der Repression lässt sich auch daran festmachen, dass auf den ersten beiden Demonstrationen in diesem Jahr in São Paulo genauso viele Menschen verhaftet wurden wie auf allen Demonstrationen im Jahr zuvor, wo Zehntausende auf die Straße gingen. Politik und Justiz präsentieren immer abenteuerlichere Initiativen. Zuletzt erklärte der Polizeioberst von São

Paulo Benedito Roberto Meira den Einsatz von Wasserwerfern, die blaue Farbe auf Demonstrierende spritzen soll, um diese als Teilnehmer\*innen von Protesten zu „markieren“. In Belo Horizonte könnten schon bald verdächtige Personen bereits vor Demonstrationen präventiv festgenommen werden. Konkret würde dies 176 Menschen betreffen, die nach ihrer Teilnahme an Protesten im Jahre 2013 Anzeige wegen Sachbeschädigungen erhielten. Das in vielen Bundesstaaten bereits eingeführte Vermummungsverbot soll nun auch in São Paulo gesetzlich verankert werden.

Der Staat zeigt seine Muskeln. Es scheint, als solle die Protestbewegung durch Einschüchterung mundtot gemacht und im Keim erstickt werden. Noch im letzten Jahr suchte die Regierung verstärkt den Dialog mit den WM-kritischen Basiskomitees und sozialen Bewegungen. Mit dem näher rückenden Sportereignis und dem stetig wachsenden Druck stehen die Zeichen jedoch auf Konfrontation. „Der Staat versucht gewaltsam, die Straße zurückzuerobern“ so die 25-jährige Demonstrantin und politische Aktivistin D’Avola.

Am 12. März kündigte Präsidentin Dilma Rousseff auf einer Pressekonferenz an, man werde während der WM „auch die Armee mobilisieren“, sollte dies nötig sein, um „die Sicherheit von Fans, Touristen, Teams und die der Staatsoberhäupter, die uns besuchen, zu garantieren.“ Der Tod des Kameramannes Santiago Andrade wird zusätzlich genutzt um der Repression Legitimation zu verleihen. Andrade wurde Anfang Februar am Rande einer

Demonstration in Rio de Janeiro von einem Feuerwerkskörper am Kopf getroffen und starb kurze Zeit später im Krankenhaus. Der Fall gab einer im Senat diskutierten Gesetzesinitiative des rechtsgerichteten Senators Romero Juca Auftrieb. Kritiker\*innen sehen in dem sogenannten Anti-Terror-Gesetz die Gefahr der Unterbindung jeglicher Proteste, unter Anwendung der ungenauen Formulierung von Terrorismus. Pedro Estevam Serrano, Juraprofessor an der Katholischen Universität von

Demonstration am 7. September 2013 in Vitória, Espírito Santo.  
Foto: Mídia NINJA



São Paulo bezeichnete die Initiative als „starke Bedrohung der bürgerlichen Freiheiten“. Für viele atmet das Gesetz den Geist der Militärdiktatur.<sup>1</sup> Sah es vorerst so aus, als sei das Anti-Terror-Gesetz gestoppt, bemühten sich Bundesregierung und rechte Politiker\*innen

Ende März wieder verstärkt um dessen Verabschiedung. Ein weiteres Gesetz, das eine massive Erhöhung des Strafmaßes für auf Demonstrationen verübte Straftaten beinhaltet, wird von der Bundesregierung vorbereitet. Insbesondere die sogenannten Black Blocs sind der Justiz ein Dorn im Auge. Die schwarzgekleideten Vermummten rechtfertigen ihre teils gewaltsame Verteidigungsstrategie und ihr Auftreten mit der massiven Polizeigewalt und Repression. Aktivist\*innen betonen, dass Black Bloc eher als Demonstrationstaktik als eine Gruppe oder Bewegung zu verstehen ist. Die Öffentlichkeit brandmarkt die Black Blocs als „Krawallmacher“ und Präsidentin Rousseff nannte ihre Aktionen „antidemokratische Barbarei“. Medialen Auftrieb bekommt die Debatte dabei von konservativen Medien. So titelte die Zeitschrift *Veja* unlängst „WM in Gefahr“ und nannte die Black Blocs in einem Atemzug mit Terroristen und dem organisierten Verbrechen.

Linke Aktivist\*innen befürchten, dass die Repressionswelle auch nach dem Sportevent nicht abreißen wird. „Die Repression wird sich auch nach der WM weiter zuspitzen“ so die Einschätzung von Rafael Padial von der städtischen Bewegung *Território Livre* (Freies Land). Im Hinblick auf die im Oktober stattfindenden Wahlen wird die regierende Arbeiterpartei PT weiter versuchen, Demonstrationen um jeden Preis zu verhindern. Nach den Massenprotesten im vergangenen Jahr waren die Popularitätswerte von Präsidentin Rousseff rekordverdächtig gefallen. Eine Studie zeigte zuletzt, dass nur noch 52% Prozent der brasilianischen Bevölkerung hinter der WM steht.

Die Protestbewegung ist verunsichert. Wegen der massiven Polizeigewalt bleiben nicht wenige den Demonstrationen fern. Die Bilder vom Polizeikessel und Abbruch der Demonstration am 22. Februar 2014 löste zwar einen kurzen medialen Aufschrei aus, jedoch ist ein Dominoeffekt wie im Juni 2013 bisher ausgeblieben. Damals kam es nach gewalttätigen Übergriffen der Polizei

„Ich sehe schon jetzt Veränderungen für die Menschen auf den Straßen São Paulos. Im Stadtteil Luz wurden bereits Obdachlose aus ihren Hütten und Zelten verwiesen. Es wurden zwar Alternativen angeboten, aber diese sind nicht immer passend für die jeweilige Situation des Menschen. Die Polizei und Politik stellt die Stadt im guten Licht dar und versteckt die in den Problemvierteln vorhandenen Schwierigkeiten wie zum Beispiel Gewalt und Drogen, besonders jetzt zur Weltmeisterschaft.“

*Edgar Rocha, 39, lebt auf den Straßen São Paulos.*



auf eine Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen zu Massenprotesten im ganzen Land. Die Bewegung will trotz der Repression weiter auf die Straße gehen und die Proteste auf andere Städte ausweiten. In der Öffentlichkeit scheinen diese Wirkung zu zeigen.

Trotz der chaotischen Vorbereitung mit Unfällen, Finanzierungsproblemen und unfertigen Stadien wird am 12. Juni 2014 in Brasilien die 20. Fußballweltmeisterschaft angepfiffen. Daran wird auch die von der Protestbewegung formulierte Parole „Es wird keine WM geben!“ nichts ändern. Jedoch wird es Widerstand geben. Nun liegt es an den staatlichen Akteur\*innen zu zeigen, ob ihnen das Image des Landes wichtiger ist als die Menschen- und Bürger\*innenrechten. ■

\* Niklas Franzen ist freier Journalist zwischen Berlin und São Paulo, unter anderem Autor für die Lateinamerika Nachrichten, [amerika21](http://amerika21) und den [taz-blog Latin@rama](http://taz-blog-Latin@rama).

<sup>1</sup> Siehe Interview mit João Trancedo, Seite 35 in diesem Heft.

**Bei** den Juni-Protesten 2013 in Brasilien machte der Ausspruch „Der Gigant ist aufgewacht“ die Runde. Seitdem wird er dauernd als gängige argumentative Praxis zur Beschreibung des daraus resultierenden politischen Erdbebens und zur Hervorhebung der breiten gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung eingesetzt. Die Milliardenkosten der Fußball-WM, die massiv steigenden Lebenshaltungskosten, sowie die eklatanten Defizite im Bereich der Bildungspolitik, der Korruptionsbekämpfung und des Gesundheitswesens, ermöglichten und kanalisiert in diesem Kontext das Zusammenarbeiten und Agieren diverser gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppierungen.

## Ist der *Gigant* eingeschlafen?

von Igor Birindiba Batista

Nach der anfänglichen medialen und politischen Fokussierung auf die Bewegung *Movimento Passe Livre-MPL*, die für einen funktionierenden und sozial gerechten öffentlichen Nahverkehr kämpft, musste die fassungslose brasilianische politische Klasse mit großem Unbehagen feststellen, dass die Forderungen der „aufgewachten“ Massen deutlich über die Preiserhöhung von 20 Centavos hinausgingen. Sie bemängelten unter anderem den starken Einfluss von Partikularinteressen auf die Politik, die auffallende Ungleichverteilung des Wohlstandes, die tendenziösen Massenmedien – die ein verzerrtes Bild der brasilianischen sozialen Wirklichkeit vermitteln – sowie das FIFA-Diktat. Die nachvollziehbaren Einwände verschiedener gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure gegen die ungerechtfertigten, und zum Teil willkürlichen Fahrpreiserhöhungen des öffentlichen Nahverkehrs in zahlreichen brasilianischen Großstädten, sind zudem mit der Forderung nach dem „Recht auf den Nichtausschluss“ von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft verknüpft. Öl ins Feuer der Protestierenden war zudem die unverhältnismäßige Gewaltanwendung des staatlichen Repressionsapparates, der wie im Fall des 43-jährigen Maurers Amarildo de Souza, Menschen ermorden und verschwinden lässt. Das Verschwinden von Amarildo de Souza, der vor seiner Wohnung in der Favela Rocinha von

Polizisten angehalten und abtransportiert wurde, ist zum Symbol für die Willkür, Korruption und Skrupellosigkeit der brasilianischen Militärpolizei geworden.

Als die Proteste schließlich ungeahnte Dimensionen annahmen und zum nationalen Phänomen wurden, reagierten die erfolgsverwöhnten politischen Eliten in Brasília ohne Konzept und wirkten verblüfft oder zum Teil konsterniert. Haben sie nicht alles getan, um die Bevölkerung aus der Misere zu holen? Geht es den Brasilianer\*innen nicht besser als vor zehn Jahren?

Eine abschließende Erklärung für die Proteste 2013 lässt sich kurz vor Anpfiff zur Fußballweltmeisterschaft der Männer noch nicht liefern. Eine Zwischenbilanz bestätigt jedoch, dass die „Generation Y“, in der Soziologie die Generation der zwischen 1980 und 2000 Geborenen, zu der ich auch gehöre, sich seit den Juni-Protesten endlich gegen die zuvor begründeten Klagen und Vorwürfe der Älteren über den vermeintlichen Werteverfall, Faulheit, Zügellosigkeit, Gleichgültigkeit und Politikverdrossenheit der brasilianischen Jugend widersetzt haben. In einer unübersichtlichen Mischung aus Einzelengagement, sozialen Netzwerken und Massenhappening entdeckt eine bislang desinteressierte Jugend die Politik. Einige Demonstrierende brachten es am 18. Juni 2013 mit dem Slogan „Der Gigant ist aufgewacht“ auf den Punkt. Es war der Tag nach den landesweiten Protesten mit mindestens 240.000 Teilnehmer\*innen – so vielen, wie seit dem Amtsenthebungsverfahren gegen den damaligen Präsidenten Fernando Collor de Mello 1992 nicht mehr.

Angesichts der Tatsache, dass die Protestbewegung und die positive Grundstimmung in Brasilien Anfang des Jahres 2014 am Boden liegen, stellt sich unweigerlich die Frage, ob der Gigant wieder eingeschlafen ist. Obwohl viele Forderungen der Demonstrierenden nicht erfüllt wurden, hat sich das Protestklima erheblich verändert. Die willkürliche Polizeigewalt und die mediale Inszenierung der Protestbewegungen, die sich auf die Narrative der Gewalt fokussiert, erweist sich den politischen Eliten in Brasília, die nach wie vor business as usual betreiben, als sehr nützlich, da nun die Bevölkerung von Bildern der Zerstörung und Gewalt abgeschreckt wird. Seit August 2013 liefern sich Aktivist\*innen des sogenannten Schwarzen Blocks und Polizist\*innen bei kleineren Protestaktionen gewaltsame Gefechte. Die Schwarzen Blocks, in Brasilien *black blocs* genannt, mischen vor allem in Rio de Janeiro und São Paulo so gut wie jede Demonstration

auf – und diskreditieren damit deren Anliegen. Das Phänomen war in Brasilien bis dato eher unbekannt aber nicht inexistent. Auch wenn in den brasilianischen Medien der Anschein eines wirklich neuen Phänomens erweckt wird, geschah der erste öffentliche Auftritt der *black blocs* bereits während des Besuchs von US-Präsident Barack Obama am 19. März 2011. Die Radikalisierung der Juni-Proteste hat sie folglich nur sichtbar werden lassen.

Aber wer sind dessen Mitglieder? Sind es bezahlte Vandalen, die die Gewalt bewusst schüren und Brasilien vor den Augen der Weltöffentlichkeit blamieren wollen? In der Regel handelt es sich bei den *black blocs* um ganz in schwarz gekleidete, zumeist junge Brasilianer\*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, bei denen sich Abenteuerlust mit der Wut auf einen Staatsapparat, der auf die legitimen Forderungen der Bevölkerung bisher nur mit Polizeigewalt und leeren Versprechungen reagiert, mischt. Darüber hinaus verstehen sie sich als Verteidiger\*innen der „zivilen“ Demonstrierenden gegen die Militärpolizei und ihre gefürchtete Schocktruppe. Hierbei verwüsten sie auch Banken und greifen staatliche Einrichtungen an. Obwohl bisher keine politisch motivierte Infiltrierung nachgewiesen werden konnte, wird dem Schwarzen Block des Öfteren eine durch linke Gruppen und Gewerkschaften gelenkte Motivation nachgesagt. Das erst kürzlich in Rio de Janeiro erlassene Gesetz, das die Vermummung von Demonstrierenden verbietet, betrachten die Mitglieder des Schwarzen Blocks wiederum als Versuch, den Demonstrierenden die Bildung einer

kriminellen Vereinigung anzuhängen und somit die Bewegung direkt zu spalten und zu demobilisieren.

Hinsichtlich dieser spürbaren Veränderungen sorgte der Tod eines Journalisten am 6. Februar 2014 während einer Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen in Rio de Janeiro für erhebliche Spannungen. Dabei wurde der Kameramann des Fernsehsenders Bandeirantes, Santiago Andrade, bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei von einem Feuerwerkskörper tödlich am Kopf getroffen. Seit diesem tragischen Vorfall versuchen sowohl Politiker\*innen als auch die etablierten Medien den Eindruck zu erwecken, die gewaltbereiten Demonstrierenden seien gegenwärtig das „wichtigste“ und „größte“ Problem des Landes. Die Zerstörungswut mancher Gruppierungen, die der Polizeigewalt und der medialen Kriminalisierung Tür und Tor öffnet, schreckt die Mehrheit der Bevölkerung ab, die Angst hat, weiter für ihre Anliegen auf die Straße zu gehen. Alle Gruppen, die in der Lage wären und Legitimität besäßen, Bürger\*innen zu mobilisieren, halten sich seitdem zurück, weil sie nicht mit Vandalismus oder dem Schwarzen Block in Verbindung gebracht werden wollen. Getreu dem nationalen Credo aus der Militärdiktatur „Ordnung und Fortschritt“ und um Kontrolle über die momentane Proteste zu erlangen, wird zurzeit im brasilianischen Kongress über den Gesetzentwurf PL 499/2013 diskutiert, der in Fällen von „Terrorismus“ und „Unruhestiftung“ zur Anwendung kommen soll. Dieses Gesetz gefährdet jedoch enorm die Meinungs- und Versammlungsfreiheit aller Bürger\*innen. Der Entwurf sieht

V.l.n.r.: Militärpolizei im Einsatz. Foto: Matheus José Maria | Es wird keine WM geben! Rio de Janeiro, 20.06.2013. Foto: João Lima/flickr.



bis zu 30 Jahre Haft für sehr vage definierte Vergehen vor, zum Beispiel für „das Auslösen oder das Verbreiten von Terror und allgemeiner Panik“. Viele befürchten nun, dass die Kriminalisierung der Protestbewegungen drastisch und massiv voranschreiten wird, da schon in den letzten Monaten die Aufhetzung der brasilianischen Militärpolizei gegen maskierte Protestierende als Freibrief für rücksichtsloses Durchgreifen interpretiert wurde (siehe auch Interview mit dem Anwalt João Tancredo in diesem Heft).

Die rückläufige Präsenz der Demonstrierenden verglichen mit Juni 2013 ist offensichtlich und kann nicht monokausal unter dem Aspekt der Gewaltbereitschaft einiger Aktivist\*innen erklärt werden. Unter dem Druck der Proteste und gleichzeitig mit dem Ziel, die Protestbewegung einzudämmen, kündigte die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff in ihrer Fernsehansprache am 21. Juni 2013 an, sie wolle das öffentliche Verkehrssystem ausbauen, mehr Öleinnahmen in die Bildung investieren und Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland anwerben. Dabei vergaß Rousseff zu erwähnen, dass die riesigen Ölfelder vor der brasilianischen Küste noch nicht erschlossen sind – und daher keine Erlöse einbringen können – und dass die Anwerbung 6.000 ausländischer Ärztinnen und Ärzte bereits einen Monat vor der Protestwelle durch den ehemaligen Außenminister Antonio Patriota annonciert wurde.

Die Gründe für die geringere Beteiligung an großen Kundgebungen im Jahre 2014 sind vielfältig und meistens nicht leicht durchschaubar. Die zwischenzeitliche Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen und das inhaltliche Vakuum bezüglich der diffusen Forderungen der Protestbewegung spielen sicherlich eine Rolle. Nach dem Gesetzesentwurf PEC 37 wären zudem nur noch Polizisten und nicht mehr Staatsanwälte berechtigt, Straftaten zu verfolgen.

Ein weiterer, oft unterschätzter Faktor für das aktuelle Ausbleiben großer Massenkundgebungen ist die Planungs- und Organisationsschwierigkeit eines großen Teils der brasilianischen Jugend, die in ihrer überwiegenden Mehrheit immer noch von Armut und sozialen Disparitäten geprägt ist und entgegen der Erzählung einer homogenen, aufstrebenden Jugend nicht über den Zugang zu neuen Kommunikationskanälen wie Facebook, Twitter oder WhatsApp verfügt. Ihre geringe Beteiligung offenbart auf der anderen Seite den tiefen Graben zwischen den etablierten, politisch organisierten sozialen

Bewegungen und einem großen Teil der brasilianischen Jugend.

Am 1. April 2014 jährt sich zum 50. Mal die Machtübernahme der Militärs in Brasilien und im Oktober des gleichen Jahres finden die Präsidentschaftswahlen statt. In diesem ereignisreichen Jahr macht der Gigant eine verdiente Winterpause vor dem großen Auftakt im Sommer. Die Fußball-WM 2014 hat reizvolle Facetten für Brasilien, die bei genauerer Betrachtung voller Widersprüche sind. Einerseits freuen wir uns, die Welt willkommen zu heißen, aber andererseits schämen wir uns, wie die Weltmeisterschaft auf dem Rücken der sozial Marginalisierten ausgetragen wird. Was die vorwiegend friedlichen Massendemonstrationen zu etwas Besonderem macht, ist das historische Zusammentreffen einer segregierten Gesellschaft und die Stärkung verschiedener zivilgesellschaftlicher Sektoren, die ihre Basis vergrößern und festigen konnten. Diese Protestbewegung der Post-Militärdiktatur-Generation ist ein erstes Zeichen und Resultat des demokratischen Fortschritts.

Es ist anzunehmen, dass die Massenkundgebungen im unmittelbaren Vorfeld und während des Megaevents zunehmen werden, da über Facebook, Twitter und andere soziale Medien laufend weitere Aufrufe zu Protesten stattfinden und organisiert werden. Jede gesellschaftliche Bewegung ist dynamisch, diskontinuierlich, oszillierend und unterliegt Veränderungen und momentaner Euphorie. Selbst eine vorsichtige Prognose für Juni 2014 ist extrem gewagt, denn die Juni-Proteste 2013 haben uns exemplarisch gelehrt: Die Gesellschaft folgt nicht mathematischen Kriterien, sondern gehorcht ihren eigenen Gesetzen. ■

\* Igor Birindiba Batista, studiert derzeit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Geschichte (BA) an der Ruhr Universität Bochum, Mitarbeit in der Brasilicum-Redaktion.

1 Cláudia Freitas: Os "Black Blocs", para quem servem?, in: Jornal do Brasil, 13.10.2013. [www.jb.com.br/rio/noticias/2013/10/13/os-black-blocs-para-quem-servem/](http://www.jb.com.br/rio/noticias/2013/10/13/os-black-blocs-para-quem-servem/), Abrufdatum: 13.03.2014



Brasiljour 233\_234 | April 2014

**Bauarbeiten nahe der *Comunidade Vila Asa Branca* im Westen der Stadt. Diese befindet sich in unmittelbarer Nähe des Olympischen Dorfes.**

*Barra da Tijuca*, Rio de Janeiro, März 2013  
Foto: Shift-Photoproject | HFK Bremen.

**Der** unter dem Namen „Olympischer Akt“ bekannte Rechtsakt Nr. 12.035/2009 ist der erste in einer langen Liste rechtlicher und regulatorischer Maßnahmen, welche die Grundlagen für eine Situation schaffen, die nur als Verstoß gegen den bestehenden Rechtsstaat verstanden werden kann.

## Die Stadt im Ausnahmezustand

von ANCOP - Landesweites Netzwerk der WM-Basiskomitees

Dieses Gesetz sichert unter anderem Ausnahmebedingungen und Privilegien bei der Vergabe von Einreisegenehmigungen, bei der Ausübung bestimmter gewerbmäßiger Tätigkeiten seitens eines durch das *Internationale Olympische Komitee IOC* zugelassenen Personenkreises und von Unternehmen, die das IOC sponsern, sowie die Überlassung öffentlichen Vermögens in der Form von Grund und Boden, Schutz von Marken und Logos und Symbolen, die mit den Olympischen Spielen zu tun haben. Im Übrigen wird die Vergabe von Exklusivrechten zur Nutzung und zum Verkauf von Werbeflächen sowie von Dienstleistungen geregelt, davon zahlreiche ohne jegliche Kosten für das Organisationskomitee. Darüber hinaus berechtigt das Gesetz nach Logik einer kapitalistischen Marktordnung, aus welcher jegliches Risiko ausgeschlossen wurde, „die Vergabe von Mitteln zur Deckung laufender Defizite des Organisationskomitees der Olympischen Spiele 2016.“

Von hier an folgt auf nationaler, bundesstaatlicher und kommunaler Ebene eine endlose Liste von Gesetzen und Verordnungen, Ausnahmeregelungen, Dekreten, Beschlüssen, Verfügungen und Verwaltungserlassen verschiedenster Art, die letzten Endes zur Schaffung der „Ausnahmestadt“ beitragen. Jegliche Art von finanziellen und steuerlichen Ausnahmeregelungen werden sowohl für die Planung der Spiele zuständigen Organisationen gewährt als auch einer Unzahl von „gleicheren Bür-

ger\*innen“, die keine Steuern, keine Grundstücksabgaben und keinen Zoll bezahlen. Flächenentwicklungspläne und andere öffentliche Dokumente, Ergebnisse langer und reichhaltiger gesellschaftlicher Diskussionsprozesse, werden in Schwindel erregendem Tempo zur Makulatur angesichts der Gier von Bauunternehmen, Immobilienspekulanten, Investitionen von Hotel- und Tourismusunternehmen und – aus naheliegenden Gründen – von Sponsoren der Großereignisse. Gleichzeitig werden Grundstücke der öffentlichen Hand in bester Lage fast mit Handkuss großen Unternehmen überlassen, während das Bundesgesetz 11.124/2005 unmissverständlich festlegt, dass „Grundstücke im öffentlichen

Besitz vorrangig für den sozialen Wohnungsbau“ genutzt werden müssen. In offenem Widerspruch zur bestehenden Gesetzgebung werden Schenkungen, Konzessionen und städtebauliche Maßnahmen genehmigt, die nichts mit gemeinnützigen Interessen und sozialen Belangen zu tun haben. In Rio de Janeiro legt die Verordnung 30.379/2009 etwa fest, dass die Stadtverwaltung „alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen muss, um die Nutzung von kommunalen Gütern zu ermöglichen, soweit diese für die Durchführung der Olympischen Spiele in Rio im Jahr 2016 erforderlich sind – selbst wenn diese gegenwärtig noch von Dritten genutzt werden.“ Hier wird sichtbar, wie die öffentliche Hand im Namen der Großereignisse eingespannt wird, um Grundstücke von ihren Bewohner\*innen und deren Häusern zu „säubern“ und die frei gewordenen Flächen Grundstücksspekulant\*innen zu überlassen.

In einem traurigen Rückgriff auf die dunklen Jahre der Militärdiktatur richtet die Regierung einen speziellen Sicherheitsapparat ein, die „Außerordentliche Sicherheitsbehörde für Großveranstaltungen“ (Verordnung Nr. 7.536/2011). Das Szenario des Ausnahmezustandes vervollständigend, sieht das „Rahmengesetz für die Fußballweltmeisterschaft“ einen neuen Katalog von Straftatbeständen und eine gesonderte Gerichtsbarkeit vor. Für eine Gesellschaft und ein Land, das vor weniger als 30 Jahren noch unter den Bedingungen einer Diktatur

zu leben hatte, bedeutet die systematische Verletzung unseres Rechtssystems und die Schaffung der „Ausnahmestadt“ ein unannehmbares Vermächtnis.

Der moderne Totalitarismus kann in diesem Sinne definiert werden als Entfesselung eines „legalen Bürgerkrieges“ durch die Verhängung des Ausnahmezustandes. Dieser erlaubt die physische Vernichtung nicht nur des politischen Gegners, sondern auch ganzer Bevölkerungsgruppen, die, aus welchen Gründen auch immer, offenbar nicht in das herrschende politische System zu integrieren sind. (Giorgio Agamben 2004: Ausnahmezustand. São Paulo: Boitempo, S. 13).

## LEI GERAL DA COPA

Die Abgeordneten schworen,  
die Verfassung zu verteidigen –  
aber sie haben ihr Versprechen  
gebrochen!



### Garantien der Regierung für eine „private Weltmeisterschaft“

Das Jahr 2007 ist ein wichtiger Meilenstein in dieser Entwicklung. Der damalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva unterzeichnete in Anwesenheit von elf Minister\*innen seines Kabinetts und des Chefanwaltes des brasilianischen Staates die Urkunde der Regierungsgarantien Brasiliens gegenüber dem Weltfußballverband FIFA. Dabei handelt es sich um eine Art Knebelvertrag, mit welchem sich der brasilianische Staat einseitig verpflichtet, den Auflagen des Verbandes bedingungslos Folge zu leisten – ein Akt äußerst bedenklicher politischer Unterwerfung. Diese „Gewährleistungen“ setzen in der Praxis die Forderungen von beteiligten Unternehmen, Konsortien und Finanzierungsgremien nach mehr Rechtssicherheit für ihre Geschäfte und Investitionen um. Im Rahmen einer detaillierten Untersuchung könnten sich die eingegangenen Verpflichtungen als ungültig herausstellen, da sie nie der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben wurden und zudem die Vorgaben von Artikel 49 Abschnitt 1 der Verfassung Brasiliens außer Acht lassen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass alle Austragungsorte der Olympischen Spiele durch die Unterzeichnung des „Host-City-Agreements“ ähnliche Verpflichtungen eingegangen sind. Die wichtigste Konsequenz dieser Entwicklung war auf nationaler Ebene die Ratifizierung des Fußballrahmengesetzes *Lei Geral da Copa* im Mai 2012. Während der neunmonatigen Debatte des Gesetzesprojektes im brasilianischen Parlament wurde seine ursprüngliche Fassung immer wieder verändert, dies hauptsächlich aufgrund der Mobilisierung und politischen Einflussnahme der brasilianischen Zivilgesellschaft. Diese wies die Anpassung, Aussetzung und Auf-

### Forderungen der FIFA, die sich im Allgemeinen Gesetz zur Fußball-WM wiederfinden

50%ige Ermäßigung der Eintrittspreise für Senioren und Studierenden wird tatsächlich nur in der untersten Preiskategorie gewährt. Erlaubnis des Verkaufs von Pauschalangeboten (Eintrittskarte in Verbindung mit einer Pauschalreise). Die FIFA ist nicht verpflichtet, die Verbraucherschutzgesetze Brasiliens beim Einkauf von Eintrittskarten zu beachten.

Einrichtung von so genannten Ausschlusszonen mit Einschränkungen für Straßenhändler\*innen und für Fußgänger\*innen im Umkreis von 2000 Metern um die Austragungsstätten der Spiele und der Trainingsplätze, Fan-Meilen und anderer Bereiche (Kapitel 2, Abschnitt 2).

Privatisierung und Ausschließlichkeit der kommerziellen Nutzung von Symbolen, Abzeichen und Maskottchen der Brasilianischen Auswahl, ohne jegliche soziale Kontrolle durch das Nationale Institut für Industrielles Eigentum (Kap. 2, Abschnitt 1).

Verbot von Unterricht in staatlichen und privaten Schulen während der Weltmeisterschaft 2014 (Art. 64).

Definition von speziellen Straftatbeständen (Kap. 8) und zivilrechtlichen Strafen (Kap. 2, Abschnitt IV) zugunsten von Vermarktung, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.

Beschränkungen im Bereich der Aufnahme und Wiedergabe von Bild und Ton (Kap. 2, Abschnitt III).

Verantwortungs- und Risikoübernahme durch den Staat für jedwede Schäden und Beschädigungen bei Verletzung der Sicherheitsbestimmungen mit Schadensersatzansprüchen der FIFA (Kap. 4).

verletzen

die Verfassung  
Brasiliens

X

Rechte der Verbraucher\*innen (Artikel 5, XXXII und Artikel 170, V).

X

Recht auf Arbeit (Artikel 5, XIII und Artikel 6), Recht auf Bewegungsfreiheit (Artikel 5, XV).

X

Schutz des kulturellen Erbes Brasiliens (Artikel 216).

X

Recht auf Erziehung und Ausbildung (Artikel 205).

X

Freiheit des Ausdrucks (Artikel 5, IX) und der Betätigung (Artikel 170).

X

Presse- und Informationsfreiheit (Art. 220, Abs. 1).

X

Schutz öffentlichen Eigentums (Art. 23, I).

Das Allgemeine Gesetz für die Fußballweltmeisterschaft 2014  
ist verfassungswidrig!

hebung von sozialen und Grundrechten zurück, die einen erheblichen politischen Rückschritt bedeutet hätten. In nur wenigen Fällen hat Präsidentin Dilma Rousseff – nicht immer zum Besten – von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht: Sie hat sich für die Ausgabe vergünstigter Eintrittskarten an Geringverdiener\*innen ausgesprochen und verhindert, dass von Kommunen und Bundesstaaten gewährte Vergünstigungen dieser Art außer Kraft gesetzt werden, die Verschärfung der Einreisebestimmungen (Visa) abgelehnt und die Arbeit von FIFA-Freiwilli-

gen während der Spiele zugelassen. Dennoch gab es keine Gelegenheit für eine öffentliche Diskussion über die kritischen Teile des Gesetzestextes oder eine formelle Beteiligung der durch die neuen Bestimmungen betroffenen Gruppen der Bevölkerung. Es entstand ein Schriftstück, das vor Widersprüchen und Verfassungswidrigkeiten wimmelt, die in sieben Hauptthemen zusammengefasst werden können (siehe Grafik, S.47). So „allgemein“ wie es der Titel *Lei Geral da Copa* verspricht, ist das WM- Rahmengesetz nicht. Erstens ist sein Inhalt weit davon entfernt, öffentliche Interessen zu schützen. Vielmehr liegen ihm zweitens gewerbliche Vereinbarungen zugrunde, also äußerst spezifische privatwirtschaftliche Interessen. Überdies ist es nicht das erste und wohl auch nicht das letzte Gesetz, das zu diesem Thema verabschiedet wird. Über das Rahmengesetz hinaus wurden unzählige weitere Steuerbefreiungen gewährt, wie beispielsweise in der Verordnung 7.578/2011 festgelegt. Zudem wurden Beschränkungen hinsichtlich der maximalen Verschuldung von Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft und der Olympischen Spiele geändert (Gesetz 12.348/2010).

Zentral bei der Gesetzgebung und Rechtsprechung für Großereignisse ist das Gesetz 12.462/2011, mit welchem Ausnahmeregelungen für öffentliche Ausschreibungen geschaffen wurden (*Regime Diferenciado de Contratações Públicas - RCD*), die das öffentliche Vergaberecht geradezu umgehen und durch die erhebliche Summen öffentlicher Mittel an den privatwirtschaftlichen Sektor vergeben werden können. Nicht von ungefähr wurden diese Bestimmungen zudem durch eine sogenannte „Einstweilige Maßnahme“ (der Regierung; d. Übers.) in Kraft gesetzt.

In naher Zukunft zeichnen sich mindestens zwei weitere Gesetzesvorhaben des Senates ab, die Bedrohungen ähnlicher Art (für den Rechtsstaat; d. Übers.) darstellen. Die Initiative PLS 394/2009 sieht vor, dass Symbole, Wortverbindungen wie „Brasilianische Fußballnationalmannschaft“ sowie Spitznamen wie „*Canarinho*-Mannschaft“ („kleiner Kanarienvogel“) ausschließlich durch den Brasilianischen Fußballverband CBF genutzt werden dürfen. Vorhaben PLS 728/2011 schränkt das Streikrecht ab drei Monaten vor Beginn der WM ein, eröffnet die Möglichkeit, durch einstweilige Verfügungen Fans für bis zu 120 Tage den Zutritt zu Stadien zu untersagen und definiert eine Reihe von neuen strafbaren Handlungen, darunter den Straftatbestand des „Terroris-

mus“, der bis heute in Brasilien nicht existiert. Vorgesehen sind Strafen von bis zu 30 Jahren Haft. Zudem sind Sondergerichtsbarkeiten ebenso vorgesehen wie Eilverfahren.

Zwar werden diese Maßnahmen und Vorgaben als 'Übergangsregeln' bezeichnet, es besteht jedoch die Gefahr, dass sie in die Gesetzgebung und Rechtsprechung eingehen, nachdem sie im „Versuchslabor“ der Großereignisse getestet worden sind. Reichweite, Bedeutung und Tempo dieser Veränderungen lassen es zu, sie als Ausnahmeregelungen zu gestalten, als – nach Worten des Philosophen Giorgio Agamben – „rechtliche Ausformung dessen, was keine rechtliche Form haben darf.“ ■

\* Der Text ist ein Auszug aus dem Dossier der WM-Basiskomitees „Großevents und Menschenrechtsverletzungen in Brasilien“ (Juni 2012). Eine gekürzte deutsche Fassung des umfangreichen Dossiers findet sich auf der Webseite der Heinrich Böll Stiftung: [www.boell.de](http://www.boell.de), die portugiesischsprachige Version unter: <http://www.portalpopulardacopa.org.br/>

Aus dem brasilianischen Portugiesisch übersetzt von Jürgen Stahn.

**Brasilien** erlebt derzeit eine Verschärfung der öffentlichen Sicherheitspolitik. Die Medien verbreiten ein Gefühl von Unsicherheit und propagieren das gewaltsame Durchgreifen der Polizei. Allerdings wird zunehmend, von unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, die sich verschärfende Militarisierung zwischen Staat und Gesellschaft angeprangert. Mit Besorgnis beobachten Menschenrechtler\*innen die Sondereinheiten und Sonderstrukturen, die am Rande der staatlichen Sicherheitsstrukturen geschaffen werden.

2011 wurde innerhalb des Justizministeriums das „Sondersekretariat für die Sicherheit von Großveranstaltungen“ geschaffen und mit eigenständigem Etat ausgestattet. Laut Staatssekretär José Ricardo Botelho de Queiroz steht die Armee für Interventionen bereit, sollte die Polizei nicht mehr in der Lage sein, Konfliktsituationen unter Kontrolle zu bringen. Außerdem werden neue Repressionsstrukturen geschaffen: Eine Kammer im Verwaltungskomitee der Weltmeisterschaft 2014, eine Arbeitsgruppe für die WM im Bundessekretariat für Öffentliche Sicherheit, die für die Haftung der Regierung gegenüber dem Weltfußballverband FIFA zuständig ist, und die Sonderkommission für Öffentliche Sicherheit im Justizministerium.

Das eingeführte Modell der öffentlichen Sicherheit sieht die Verzahnung aller Ebenen der öffentlichen Sicherheit des Landes durch die so genannten „integrierten Befehls- und Kontrollzentren“ vor, um für die speziellen Erfordernisse der sportlichen Großereignisse gerüstet zu sein und die Haftung gegenüber der FIFA sicherzustellen.

Die Maßnahmen werden mit dem Vorwand gerechtfertigt, die Eindämmung von Krawallen zu verbessern und die Polizeipräsenz in der Umgebung von Sportstätten, Wettkampfanlagen, touristischen Gebieten und „Gefahrenzonen der öffentlichen Sicherheit“ zu verstärken. Die Überwachung dieser Orte wird verstärkt werden und es sind präventive Polizeipräsenz und Repressionsmaßnahmen vorgesehen.

Neben einer Verschärfung polizeilicher Sicherheit sollen nach FIFA-Vorgaben in den Stadien die Leistungen privater Sicherheitsfirmen in Anspruch genommen werden, was bereits in entsprechenden Gesetzen geregelt

## Öffentliche Sicherheit

von ANCOP - Landesweites Netzwerk der WM-Basiskomitees

wurde. Warum sollte die Öffentliche Sicherheit in öffentlichen Räumen und Einrichtungen in die Hände von privaten Firmen gegeben werden? Es wird befürchtet, dass dieses Modell nach den Großereignissen fortgeführt wird und jene nur als Vorwand dafür dienen, einen Parallelstaat aufzubauen, in dem sich Sonderpolitik und Sondersicherheitsbehörden langfristig durchsetzen und der öffentlichen Kontrolle entziehen.

V.l.n.r.: Familie in der mittlerweile geräumten *Comunidade Comando* im Süden São Paulos. Campo Belo, São | Informeller Händler in den Straßen der *Comunidade Estação*. Vila Estação, São Paulo | Für den Ausbau der Verbindungsstraße *Linha Amarela* wird das Trainingscenter der beiden Boxerinnen geschlossen. Madureira, Rio de Janeiro. 2013.





„Das Geld, das für die WM in die Hand genommen wird, wird an falscher Stelle eingesetzt. Die Brasilianer\*innen brauchen Investitionen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit. Die Stadien, die vorhanden waren, waren für den normalen brasilianischen Spielbetrieb vollkommen ausreichend. Die mit den FIFA-Regularien einhergehenden Milliardenkosten für Um- und Neubauten von Stadien kommen nicht dem brasilianischen Volk zu Gute, sondern lediglich einer Vorzeigeveranstaltung, die das wahre Gesicht Brasiliens verstecken will.“

Maria Nazareth Cupertino, 46, Leiterin einer Obdachlosenunterkunft.

### Unterdrückung und Kriminalisierung der Zivilgesellschaft

In Brasília wurden zwei Mitglieder der WM-Basiskomitees wegen eines friedlichen Protestes während einer öffentlichen Anhörung im Senat festgenommen – sie hielten einen Banner hoch. Während der Feier zum „Countdown der letzten 1000 Tage bis zur Weltmeisterschaft“, wurde die einkommensschwache Bevölkerung der Satellitenstädte Brasílias durch eine massive Polizeipräsenz mit 30 Dienstwagen eingeschüchtert. Während der Operation wurden mehr als 3000 Menschen von der Polizei durchsucht.

In Rio de Janeiro werden die berüchtigten Einheiten der sogenannten Befriedungspolizei *Unidade de Polícia Pacificadora (UPP)* bevorzugt in Vierteln eingesetzt, die sich in touristischen Gebieten befinden: In der Nähe des Stadions *Maracanã*, in der *Zona Sul Carioca* und in der Nähe der Flughäfen. Obwohl der Aufbau dieser Einheiten offiziell nicht in Zusammenhang steht mit der Weltmeisterschaft und der Olympischen Spiele, dienen die Großereignisse als Teil der Rechtfertigung und Grundlage für das Vorgehen.

Die öffentliche Sicherheit wird selektiv durch die paramilitärische Besetzung von armen Gebieten hergestellt, um wirtschaftlich und strategisch wichtige Gebiete zu sichern. Die Einwohner\*innen klagen über Aktionen wie die Durchsuchung von Wohnungen ohne Beschluss, erniedrigende Personenkontrollen, Ausgangssperre und Sonderregelungen, die u.a. gegen das Recht auf Bewegungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit verstoßen. Diese Vorgehensweise bekommen viele Bewohner\*innen der betroffenen Gebiete am eigenen Leib zu spüren.

Cleonice Dias, Gemeindevorsteherin in *Cidade de Deus*, die von einer Einheit der Befriedungspolizei bereits 'befriedet' wurde, beschwert sich: „Wir aus der Gemeinde wissen, dass die UPP's dem politischen Willen in Rio de Janeiro und in Brasilien entsprechen, Kontrolle über die benachteiligten Viertel zu erlangen. Damit soll demon-

striert werden, dass es nun sicher ist, weil wir, die Armen, unter Kontrolle sind. Die Investitionen für die Großereignisse können also kommen.“ Das elitäre und repressive Modell der öffentlichen Sicherheitspolitik Rio de Janeiros wird auch in andere brasilianische Bundesländer weitergetragen, die

die sportlichen Großereignisse ausrichten. Salvador hat bereits eine UPP-Einheit. Curitiba hat bisher zwei eigene Einheiten der UPP (*Unidade Paraná Seguro, UPS*) in Gebieten aufgestellt, die als unsicher gelten. Kein Zufall, dass sich das erste 'befriedete' Gebiet genau auf dem Weg vom Flughafen zum Zentrum befindet. Die Hauptinvestitionen liegen nicht in der Sicherheit für die Bevölkerung, sondern in der Schaffung eines Schutzgürtels für die Stadien und neuer Gebiete für die Ausweitung von Immobilienflächen. Außerdem soll ein neues starkes Bild des Staates verbreitet werden, der die Kontrolle über die Kriminalität behält. Zum gesamten Programm gehören Diskurse über den angeblichen Kampf gegen Drogen, der in den WM-Austragungsstädten höchst repressive Formen angenommen hat, die vor allem auf der Straße Lebende und Drogenabhängige betreffen. Manchmal werden sogar die nationalen Streitkräfte eingesetzt, wie in der Gemeinde *Santo Amaro* (Rio de Janeiro) im Mai 2012. Es wurde bereits ähnliche Besetzungen in anderen Kommunen angekündigt und die Methode der „Zwangsinternierung“ zur allgemeinen Richtschnur erhoben. ■

\* Der Text ist ein Auszug aus dem Dossier der WM-Basiskomitees „Großereignisse und Menschenrechtsverletzungen in Brasilien“ (Juni 2012). Eine gekürzte deutsche Fassung des umfangreichen Dossiers findet sich auf der Webseite der Heinrich Böll Stiftung: [www.boell.de](http://www.boell.de), die portugiesischsprachige Version unter: <http://www.portalpopulardacopa.org.br/>

Aus dem brasilianischen Portugiesisch übersetzt von Diego Curvo.

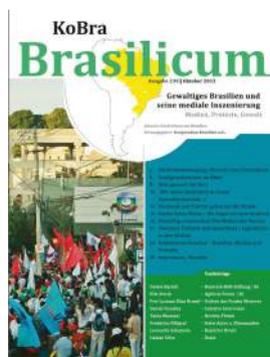
## KoBra - Kooperation Brasilien e.V. ist ein

Netzwerk an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur\*innen der sozialen Bewegungen in Deutschland und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit. Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltige Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra durch politische Bildungsarbeit globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

### Konkret heißt das:

- Wir bieten ein kritisches Austauschforum für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen deutschsprachigen und brasilianischen Organisationen.
- Jährlich organisieren wir den **Runden Tisch Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.
- Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.
- Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.
- Die Website informiert über unsere Schwerpunktthemen, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.
- Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

## Außerdem erhältlich:



Brasilicum #230 | Oktober 2013  
*Gewaltiges Brasilien und seine mediale Inszenierung*



Brasilicum #231 | März 2014  
*Nunca mais - Brasiliens vergessene Militärdiktatur*



Brasilicum # 232 | iz3w 340  
Januar/Februar 2014  
*Eigentor Brasilien - vom Elend eines Global Players*

**Herausgeberin** KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

**V.i.S.d.P.** Yôko Woldering

**Redaktion** Michael Althaus, Manuel Armbruster, Igor Birindiba Batista, Uta Grunert, Yôko Woldering, Peter Zorn.

**Übersetzungen** Michael Althaus, Mirja Annawald, Diego Curvo, Roland Müller-Hasselbeck, Tina Kleiber, Jürgen Stahn.

**Druck/Design** printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork mit Opensource Software unter GNU Lizenz: Fabiana Cenzi-Filder.

**Titelbild** Blick von der *Comunidade Buraco Quente* über eines der teuersten Viertel São Paulos. *Campo Belo*, São Paulo, März 2013. Foto: Fotoprojekt HFK Bremen [www.shift-photoproject.org](http://www.shift-photoproject.org) | Rückseite: Graffiti *Weinendes Kind*, Metrô Manguera, Rio de Janeiro. Foto: CataCom / Rio on watch | CC BY-NC-SA 2.0.

**Statements: Was hält Du von der WM?** Interviews, Fotos und Übersetzung: Maria van de Sand/ Michael Althaus.

**Bezug/Kontakt** KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg

Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: [info@kooperation-brasilien.org](mailto:info@kooperation-brasilien.org) | [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor\*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

Unsere Zeitschrift Brasilicum erscheint viermal jährlich zu wechselnden Themenschwerpunkten. Sie können das Brasilicum im Jahresabonnement bestellen und erhalten damit nicht nur aktuelle Hintergrundinformationen zu Brasilien, sondern unterstützen auch die Arbeit von KoBra. Gedruckt: 20€ (Inland); PDF: 16€.

## Wer noch mehr wissen will...

.... findet auf der Website der Kooperation Brasilien aktuelle Informationen, Analysen, Bildungsmaterialien und Hintergrundberichte.

[www.kooperation-brasilien.org/de/kick-for-one-world](http://www.kooperation-brasilien.org/de/kick-for-one-world)



## fair statt foul - im Sport und in der Wirtschaft!!



Die Kampagne fairplay der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre verlangt von den deutschen Unternehmen, Menschen- und Arbeitnehmerrechte einzuhalten und die Umwelt zu schützen - in Brasilien und weltweit.

Unterschriftenaktion an Vorstandsvorsitzende unterzeichnen!

Weitere Informationen und Unterschriftenaktion an Vorstandsvorsitzende deutscher Unternehmen: [www.kritischeaktionaeere.de/fairplay.html](http://www.kritischeaktionaeere.de/fairplay.html)

## „Anpfiff für Kinderrechte!“

Die Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar rückt vor allem die Auswirkung der FIFA-WM auf die Kinderrechtssituation in den Fokus. In einem „Intercâmbio“-Projekt tauschen sich Kinder und Jugendliche aus Brasilien und Österreich über ihr „Recht auf Spiel“ aus.

Pädagogische Materialien, Hintergrundinfos und Mitmach-Aktion: [www.dka.at/nossojogo](http://www.dka.at/nossojogo)



## Petition unterzeichnen!

Mit einer Petition fordert die *Initiative Nosso Jogo* von FIFA, IOC und der brasilianischen Regierung, dass die Vergabe und Umsetzung von sportlichen Megaevents im Einklang mit nationalen Verfassungen und mit den Menschenrechten zu erfolgen haben.

Weitere Informationen und Petition zum Unterzeichnen: [www.nossojogo.at](http://www.nossojogo.at)

